

➤ **PLATONISCHE FREUNDSCHAFTEN**

Marina Dölker

AUFSTIEG ODER ABSTIEG?

Das Göttliche und seine Folgen bei Platon und Nietzsche

Annika Roth

DIE SPALTUNG EUROPAS IN DER IRAK-FRAGE

Ein Abschied vom Leitbild der Zivilmacht?

Tim Kraski

„NEUE MEDIEN“ IM US-WAHLKAMPF

Hat Barack Obama 2008 den Präsidentschaftswahlkampf revolutioniert?

Saskia Scholz

FREMDERWARTUNG IN DER ROLLENTHEORIE

Japanische Sicherheitspolitik unter dem Einfluss der USA

Liebe Leserin, lieber Leser,

willkommen zur zweiten Ausgabe des Passauer Journals für Sozialwissenschaften.

Nach dem erfolgreichen Start des PJS im Februar dieses Jahres mit hunderten von Downloads und Abrufen auf der Website hoffen wir auf weiter steigendes Interesse und viele interessante Arbeiten.

Zur Erinnerung: Neben der Empfehlung durch Hochschullehrer sind Eigenbewerbungen für die Veröffentlichung sehr guter Arbeiten, die an der Universität Passau geschrieben wurden, jederzeit möglich – schickt Eure Arbeit einfach an redaktion@pjs-online.de. Mehr Infos zur Eigenbewerbung findet Ihr auch unter www.pjs-online.de. Kritik und Anmerkungen zum PJS und den Artikeln nehmen wir gerne unter der oben genannten Emailadresse entgegen.

Unter dem Titel „Platonische Freundschaften“ versammeln sich auch in diesem Heft wieder Themen aus verschiedenen Feldern der Sozialwissenschaft: Marina Dölker beschäftigt sich in ihrem Artikel mit der Frage nach der Existenz Gottes und daraus folgenden Implikationen für das menschliche Leben bei Platon und Nietzsche. Annika Roth geht anhand der Zivilmachttheorie der Frage nach, inwiefern das Verhalten Europas in der Irakkrise 2003 vor dem Hintergrund einer Europäischen Sicherheitsstrategie einen Widerspruch darstellt. Tim Kraski untersucht die Rolle neuer Medien im Wahlkampf Barack Obamas und stellt die Frage, ob in diesem Zusammenhang wirklich von einer „Revolution“ gesprochen werden kann. Schließlich setzt sich Saskia Scholz am Beispiel der freundschaftlichen Beziehung zwischen den USA und Japan kritisch mit der Rolle von Fremderwartungen in der Zivilmachttheorie auseinander.

Unser Dank geht an die Autoren der zweiten Ausgabe und an Euch Leserinnen und Leser für das Interesse und Feedback zur ersten Ausgabe; sowie an die Dozenten, die uns durch ihre Tipps weiter mit spannenden Themen versorgen.

Und nun viel Vergnügen bei der Lektüre!

Die Redaktion

4 ...	<i>Marina Dölker</i> AUFSTIEG ODER ABSTIEG? Das Göttliche und seine Folgen bei Platon und Nietzsche
20 ...	<i>Annika Roth</i> DIE SPALTUNG EUROPAS IN DER IRAK-FRAGE Ein Abschied vom Leitbild der Zivilmacht?
36 ...	<i>Tim Kraski</i> „NEUE MEDIEN“ IM US-WAHLKAMPF Hat Barack Obama 2008 den Präsidentschaftswahlkampf revolutioniert?
54 ...	<i>Saskia Scholz</i> FREMDERWARTUNG IN DER ROLLENTHEORIE Japanische Sicherheitspolitik unter dem Einfluss der USA
74 ...	Impressum

Marina Dölker

AUFSTIEG ODER ABSTIEG?

Das Göttliche und seine Folgen bei Platon und Nietzsche

Marina Dölker

B.A. Governance &
Public Policy,
Universität Passau,
6. Fachsemester,
marina.doelker
@gmx.de

Abstract

Die Frage nach der Existenz Gottes und damit verbunden nach absoluten Normen und Werten für das menschliche Leben steht seit jeher maßgeblich im Fokus der Philosophie. Die Erkenntnisse und daraus gezogenen Konsequenzen reichen von der völligen Ablehnung der Existenz Gottes bis hin zur Annahme universaler göttlicher Werte als Maßstab für das eigene Dasein. Diese beiden Extreme werden in der vorliegenden Arbeit durch die Gegenüberstellung der Philosophien Platons und Nietzsches dargestellt und analysiert. Hierbei steht zudem die Überlegung im Mittelpunkt, welche Auswirkungen ein göttlicher Glaube auf das menschliche Leben hat. Fördert er das Leben und lässt es zu einem Aufstieg werden oder hindert er den Menschen an wahrer Größe und treibt ihn in den Abstieg? Die Antworten der beiden Philosophen hierauf könnten unterschiedlicher nicht sein.

Einleitung

Platon gilt als einer der wesentlichen Begründer der abendländischen Philosophie und hat als solcher ein Konzept des Erkenntnisanstiegs entwickelt, das knapp 2300 Jahre später von einem anderen Mann namens Friedrich Nietzsche zu einem Konzept des menschlichen Abstiegs demontiert wurde. Während der erstere Gott an die Spitze des Aufstiegs stellt, ist dieser bei letzterem Grund für die Einleitung des Abstiegs.

Die vorliegende Arbeit befasst sich mit der Ausgangsfrage, was Platon und Nietzsche jeweils darunter verstehen, wenn sie von Gott schreiben; des Weiteren sollen die Folgen, das heißt der Auf- oder Abstieg, den das Göttliche für beide jeweils nach sich zieht, untersucht werden.

Im Einzelnen werden beide Autoren zunächst einer eigenen eingehenden Untersuchung unterzogen. Diese zielt jeweils darauf ab, den Begriff des Göttlichen bei beiden nachvollziehbar zu machen, um anschließend die Folgen desselben erläutern zu können.

Bei Platon wird zum ersten auf die Idee des Guten als das Göttliche eingegangen. Hierbei folgt einer Einordnung der Begriffe Gott und Götter eine allgemeine Erklärung des Ideenkonzepts Platons und eine genauere Bestimmung der Idee des Guten anhand des Sonnengleichnisses, um diese daraufhin mit dem zuvor angeschnittenen Begriff Gott in das richtige Verhältnis setzen zu können. Nachdem das Liniengleichnis als Veranschaulichung die Grundlagen für das Verständnis des zweiten Teils gelegt hat, folgt in diesem schließlich die Versinnbildlichung des Aufstiegs anhand des Höhlengleichnisses.

Bei Nietzsche umfasst der erste Teil eine Untersuchung von Nietzsches Gottes-Begriff als eine Erfindung des Menschen. Während hierbei durch Ausführungen zu Nietzsches Ablehnung universaler Ansprüche der Grund für die darauf folgenden Abschnitte gelegt wird, folgt als nächstes eine ausführliche Erklärung darüber, warum von der Erschaffung Gottes ausgegangen wird und wie dies zustande kam. Daran anschließend werden die Folgen, welche aus dem Einsetzen der Transzendenz entstehen, erläutert, woraufhin dargelegt wird, was den Aufstieg bei Nietzsche ausmacht. Der zweite Teil rundet die Untersuchung durch die Versinnbildlichung des Abstiegs anhand einer Parodie Nietzsches auf das

Höhlengleichnis ab.

In einem dritten Hauptteil werden die wesentlichen Ergebnisse der ersten beiden Teile schließlich dargelegt, in direkte Beziehung zueinander gestellt und anhand verschiedener Vergleichsperspektiven kritisch hinterfragt.

Der Schlussteil schließt die Arbeit mit einer kurzen Zusammenfassung in Gestalt einer Beantwortung der Ausgangsfrage ab.

Das Göttliche bei Platon: Die Idee des Guten

Folgt man Platon, so zieht die Existenz eines höheren Seins hinter der Welt einen lebenslangen Aufstieg des Menschen nach sich. Um diesen Aufstieg, versinnbildlicht durch das Höhlengleichnis, jedoch verstehen zu können, muss untersucht werden, wie er das Göttliche an und für sich definiert.

Liest man Platon zum ersten Mal, so stolpert man oft über die Begriffe Idee des Guten, Vernunft, Gott und Götter, ohne genau zu wissen, in welchem Zusammenhang diese stehen. Umso wichtiger ist es, die Begriffe eingehender zu betrachten, um herausfinden zu können, was Platon meint, wenn er vom Göttlichen spricht.

Platon lebte in einer Zeit in Athen, in der die Homerische Götterwelt allgegenwärtig war. Umso erstaunlicher ist es, dass er durchgehend monotheistisch zu argumentieren scheint. Die Untersuchungen Bordts (Bordt 2006: 56 ff.) zum individualisierenden und generalistischen Gebrauch von *ho theos* im Griechischen (übersetzbar mit der Gott oder die Götter) haben ergeben, dass Platon durchgängig „*ho theos*“ individualisierend gebraucht, um einen Gott zu bezeichnen, bei dem unklar bleibt, wer damit gemeint sein kann“ (Bordt 2006: 79). Ein erster Hinweis darauf, dass Platon trotz zahlreicher Erwähnungen von Göttern einen Gott an der Spitze dieser glaubte. Der Dialog *Timaios* verfestigt diese Vermutung, geht es hierbei doch um das Verhältnis eines (oberen) Gottes zu den vielen Göttern. So erzählt *Timaios* von einer Rede des einen ewigen Gottes an die vielen Götter, die folgendermaßen beginnt: „Ihr Götter göttlichen Ursprungs, welcher Urheber und Vater ich bin, die sind als durch mich hervorgebracht ohne meinen Willen unauflösbar“ (Platon 1959b: 41a). Die Götter unterscheiden sich also gravierend

von dem (Schöpfer-)Gott: Sie wurden zum einen geschaffen und sind zum zweiten auflösbar, sofern es der eine Gott will. Es besteht eine klare Hierarchie zwischen dem einen Gott und den vielen Göttern, deren Gott-Sein vollkommen von dem einen Gott als letzte Ursache abhängt (Bordt 2006: 86). Man kann hier deshalb von einem „Monotheismus im Polytheismus“ (ebd.) sprechen. Dieses monotheistische Element bei Platon, das heißt die Rückführung auf eine Ursache, ist gleichzeitig die Verbindung zum Christentum.

Was Platon aber genau meint, wenn er von „Gott“ spricht, lässt sich nur verstehen, wenn man sein Konzept der Idee einer näheren Betrachtung unterzieht. Die Ausgangsfrage dieses Konzepts ist die Frage nach dem Sein hinter dem Werden; das heißt die Frage, ob hinter den wandelbaren und wahrnehmbaren Gegenständen der Sinneswelt eine jeweils höhere gleichbleibende Instanz besteht, durch welche die gesehene Gegenstände erst in vollem Maße erkannt werden können. Laut Platon ist dies der Fall; er nennt dieses Sein hinter dem Werden „Idee“ (Platon 1958c: 507b). Die Idee bezeichnet folglich, „was eine Sache selbst ist, jenseits bloßer Meinung, jenseits bloßer Setzung“ (Zehnpfennig 2001: 51). Während also das Viele der Einzeldinge „gesehen werde, aber nicht gedacht“, heißt es „von den Ideen hingegen, daß sie gedacht werden, aber nicht gesehen“ (Platon 1958c: 507b). Während die Einzeldinge durch sinnliche Wahrnehmung erfasst werden können, ist für die Erkenntnis der Ideen die vernünftige Einsicht notwendig; sie sind Objekte des Wissens. Die Idee ist Urbild der jeweiligen Abbilder einer Sache (vgl. Platon 1958b), Ursache für die Existenz von Eigenschaften (vgl. Platon 1957a) und das Ganze im Verhältnis zum Teil (vgl. Platon 1958a). Und diese Ideen sind es, die Sokrates in seinen Dialogen zu finden sucht. So gibt er sich mit scheinbaren Definitionen seiner Gesprächspartner nicht zufrieden, die lediglich einen Teilaspekt oder ein Beispiel einer Sache beinhaltet, sondern fragt weiter, um zum eigentlichen Wesen, zur Idee der Sache zu gelangen. Dass diese Dialogführung Sokrates‘ geradezu gefürchtet wurde und nicht selten die Meinungen und Vorstellungen seiner Dialogpartner grundlegend widerlegt hat, macht deutlich, wie wenig diese ihre Vorstellungen zuvor eigens hinterfragt hatten und wie voraussetzungslos ihr Denken war.

Beispielsweise diskutieren Laches und Nikias darüber, ob die Fechtkunst zur Tapferkeit erzieht oder nicht, ohne die Tapferkeit per se definiert zu haben. Sokrates offenbart diese Schwäche, indem er Laches auffordert, das Wesen der Tapferkeit zu bestimmen und dessen Definition, nämlich „in Reih und Glied standhaltend die Feinde abzuwehren und nicht zu fliehen“ (Platon 1957b: 190e), als bloße Erscheinungsform der Tapferkeit offenlegt. Denn es kann unter bestimmten Umständen tapferer sein zu fliehen und Tapferkeit tritt nicht nur im Krieg zutage. Hinter allem sinnlich Wahrnehmbaren und Wandelbaren sieht Platon also Ideen, zu denen vorzudringen der Mensch gezwungen ist, will er nicht nur Teilaspekte benennen, sondern das Wesen einer Sache erkennen.

Platon sieht die Welt folglich in zwei Dimensionen: die Sinneswelt, deren Gegenstände durch Wahrnehmung, das heißt durch die Sinnesorgane, erschlossen werden können, und die Geisteswelt, deren Gegenstände durch Denken begriffen werden müssen. Die Verbindung dieser beiden Welten wird durch Sokrates im Sonnengleichnis im sechsten Buch der *Politeia* konkretisiert. Mit unserem Sehvermögen alleine könnten wir die Gegenstände der sinnlichen Welt nicht erkennen; ein Drittes muss beide wie ein „Bande“ (Platon 1958c: 508a) miteinander verbinden. Dieses Band ist die Sonne, die das nötige Licht spendet und so die Dinge für das Sehvermögen erst sichtbar macht. Die Sonne ist hernach Ursache des Gesichtssinns und Band zwischen Vermögen und Gegenstand der sinnlichen Wahrnehmung. Da die Sonne weiterhin „jene[r] Sprößling des Guten“ ist, „welchen das Gute nach der Ähnlichkeit mit sich gezeugt hat“ (ebd.: 508b-c), kann von der Funktion der Sonne in der sinnlichen Welt auf die der höchsten Idee, der Idee des Guten, in der geistigen Welt geschlossen werden. Sokrates bestimmt die Funktion der Idee des Guten folgendermaßen: „Dieses also, was dem Erkennbaren die Wahrheit mitteilt und dem Erkennenden das Vermögen hergibt“ (ebd.: 508e).

Die Idee des Guten ist dementsprechend im Bereich des Denkbaren das Band, welches das Denkvermögen mit dem Gedachten verbindet (Pleger 2009: 124); sie ist darüber hinaus Ursache des Erkennens und der Wahrheit (Platon 1958c: 508e). Oben wurde ausgeführt, dass die Idee einer Sache deren Wesen bestimmt; so ist die Idee des

Guten folglich das Gute an sich (ebd.: 507b), das Ursache der Erkenntnis und Wahrheit ist. Aber läge es nicht nahe, dass die Idee des Guten nur Ursache aller guten Dinge ist und nicht, wie Sokrates sagt, Ursache der Wahrheit, also Ursache aller Dinge? Dieser scheinbare Widerspruch lässt sich auflösen, indem durchdacht wird, was einem Gegenstand sein Sein gibt. Zehnpfennig gibt hierzu das Beispiel eines Messers, das nur wirklich ist, wenn es seinen Nutzen erfüllen kann; das heißt, wenn „es das ist, wozu es gut ist“ (Zehnpfennig 2001: 129). Je unschärfer es wird, desto weniger besitzt es das ihm Wesentliche, desto weniger ist es.

Über ihre Funktion des Lichtgebens hinaus ermöglicht die sinnliche Sonne auch „Werden und Wachstum und Nahrung, unerachtet sie selbst nicht Werden ist“ (Platon 1958c: 509b). Übertragen auf die Idee des Guten ist diese die Ursache allen Seins, die „über das Sein an Würde und Kraft hinausragt“ (ebd.). Die Problematik, die sich daraus ergibt, ist keine geringe: Das Gute muss einerseits unveränderlich und vorgegeben jenseits der Welt und über dem Sein stehen, um Ursache des Guten in der Welt sein zu können, soll andererseits aber von der Welt her erkannt werden können, um als Maßstab der Lebensführung dienen zu können (Schrastetter 1989: 244f.). Wie soll aber etwas jenseitig vorgegebenes über-der-Welt-Stehendes von der Welt her erkannt werden und Maßstab des weltlichen Lebens sein? Die Antwort darauf gibt das Liniengleichnis, das dem Sonnengleichnis folgt: Die Idee des Guten steht demnach zwar über und außerhalb der Welt, kann jedoch durch die Vernunft erlangt werden, wie später genauer gezeigt werden wird.

Es scheint, als führe Platon zwei oberste Prinzipien ein: zum einen der eine Gott, der über allen anderen Göttern steht, zum anderen die Idee des Guten. Um das Verhältnis der beiden zueinander zu klären, hilft eine gründlichere Betrachtung des Wesens dieses einen Gottes.

Sokrates Bestimmung Gottes ist klar: „Nun ist doch Gott wesentlich gut und auch so darzustellen? – Wie sollte er nicht!“ (Platon 1958c: 379b). Während heutzutage diese Aussage nicht sonderlich zu überraschen mag, so war sie zu Platons Zeit geradezu revolutionär, da sie eine Abkehr von dem damals herrschenden Verständnis der Götter als mit Zorn, Neid, Hass und Zerstörungswillen behaftet bedeutete. Für Platon dagegen folgt aus dem Gut-Sein Gottes

auch rein gutes Handeln, denn Gutes kann niemals Schlechtes hervorbringen, wie Sokrates im Dialog mit Adeimantos darlegt (ebd.: 379a-380c). Gott ist gut und somit Ursache alles Guten in der Welt. Weiter argumentiert Sokrates, dass Gott, da er „in jeder Hinsicht vollkommen“ (ebd.: 381b) ist, auch unveränderlich (ebd.), einfach und wahr (ebd.: 382e) sein muss. Gott ist also zusammengefasst das oberste unveränderliche Prinzip der Wahrheit, das in sich die Summe des Guten enthält und somit auch Ursache alles Guten ist. Es fällt auf, dass Gott mit denselben Eigenschaften beschrieben wird wie die Idee des Guten: Gleich wie Gott unveränderlich ist, muss diese Eigenschaft auch den Ideen zukommen, damit sie mögliche Objekte des Wissens sein können (ebd.: 479a). So wie Gott gut und letzte Ursache ist, so ist auch die Idee des Guten letzte Ursache. Heißt das nun, dass beides ein und dasselbe ist? Platon selbst legt diese Schlussfolgerung durch deren Bestimmung nahe; darüber hinaus benutzt er die Begriffe „Gott“ und „das Gute“ des Öfteren synonym (Bordt 2006: 147). Das Gute und Gott ist untrennbar eins; deshalb soll Gott auch der einzig wahre Maßstab für den Menschen sein, wie der antike Philosoph in den *Nomoi* ausführt: „Der Gott aber möchte uns wohl am meisten als das Maß aller Dinge sein, und das weit mehr als, wie sie sagen, irgendein Mensch“ (Platon 1959a: 716c). Damit stellt sich Platon deutlich gegen die von Protagoras und den Sophisten vertretene These, der Mensch sei das Maß aller Dinge, das heißt die Menschen müssten gemeinschaftlich und demokratisch festlegen, was gerecht und ungerecht ist. Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit, gut und böse, kann nicht per Übereinkunft gesetzt werden, da es bereits jenseits vorgegeben ist, so Platon.

Doch wie kann der Mensch diese jenseits vorgegebene Idee des Guten, das heißt das Gute per se, begreifen und erkennen und sich dadurch Gott nähern? Der Schlüssel hierfür ist die Vernunft, wie auch der Athener weiter ausführt: „Wer nun einem solchen [Gott, Anm. d. Verf.] wohlgefällig zu werden begehrt, der muß notwendig, soweit er es vermag, möglichst auch selbst ein solcher werden, und so ist, dieser Rede zufolge, unter uns Menschen der Besonnene dem Gotte wohlgefällig, denn er ist ihm ähnlich“ (ebd.). Sich Gott zu nähern heißt gleichzeitig, sich der Vernunft zu nähern und besonnen zu werden. Gott ist die Idee des Guten und die Vernunft. Dass Gott mit dem ersteren gleichgesetzt werden kann,

wurde bereits erörtert. Aber was hat es nun mit der Vernunft auf sich? Warum sieht Platon eine Einheit von Gott und der Vernunft? Antwort darauf gibt das Liniengleichnis.

Die Zweiteilung der Welt in eine sinnliche und eine geistige Welt, die bereits im Sonnengleichnis vorgenommen wurde, wird im Liniengleichnis von Sokrates eingehender erklärt und differenziert. Dies wird veranschaulicht durch eine (vertikale) Linie, die in zwei ungleiche Teile geteilt wird. Der untere größere Teil symbolisiert dabei die Sinneswelt, „das Sichtbare“, der obere kleinere Teil die Geisteswelt, „das Denkbare“ (Platon 1958c: 509d). Wenn man sich nun vorstellt, dass beide Teile im gleichen Verhältnis noch einmal geteilt werden, dann entsteht daraus eine Veranschaulichung der verschiedenen Seinsstufen in der Sinnes- und Geisteswelt. Während das Sichtbare der sinnlichen Welt ständigem Werden ausgesetzt ist, ist das Denkbare der geistlichen Welt unveränderlich und damit dem wirklich Seienden näher.

Der unterste und gleichzeitig größte der vier Teilabschnitte symbolisiert die Schattenwelt, das heißt die Bilder von Dingen als Spiegelbilder im Wasser oder Schatten. Diese Bilder besitzen also das am wenigstens „seinshaltige[...] Sein“ (Pleger 2009: 127). Darüber folgt der zweite Teil der Sinneswelt, nämlich die Welt der natürlichen und künstlichen Dinge, sprich der Originale zu den Bildern der untersten Seinsstufe. Geht man nun einen Schritt weiter, gelangt man in die untere Stufe des Denkbaren, welche die mathematischen Gegenstände veranschaulicht. In der obersten Seinsstufe schließlich finden sich die nicht-mathematischen Gegenstände, die Ideen, wieder. Jeder dieser Stufen entspricht nun ein anderer Grad des Wissens. Angefangen bei der bloßen Vermutung in der Schattenwelt, wird der nächsten Stufe der natürlichen und künstlichen Dinge die Überzeugung zugeordnet, den mathematischen Gegenständen die Verstandeseinsicht und einzig den Ideen die Vernunftkenntnis, die sichere Gewissheit schaffen kann (Zehnpfennig 2001: 122). Durch die alleinige Untersuchung der sinnlichen Welt ist der Mensch lediglich imstande, eine Meinung, das heißt Ungewissheit, zu erlangen; das Wissen bleibt dem Denkbaren vorbehalten. Je höher der Seinsgehalt des Gegenstandes, desto höher die Sicherheit der Erkenntnis (Pleger 2009: 127). Sichere Erkenntnis besteht nur, sobald

das Denken voraussetzungslos, also nicht mehr an Annahmen gebunden ist. In der Sinneswelt können die Schatten- und Spiegelbilder nur durch die Annahme des abgebildeten Originals als solche erkannt werden; zum Beispiel kann man den Schatten eines Baumes nur als solchen erkennen, wenn man den abgebildeten Baum voraussetzt.

Ähnlich verhält es sich mit dem Verstand im Bereich des Denkbaren. Auch hier kann keine Gewissheit gewonnen werden, da der Verstand die Gegenstände des Denkens als Abbilder des wirklich Denkbaren, der Ideen, nimmt, gleich wie die Schatten- und Spiegelbilder lediglich Abbilder der originalen Dinge sind (Platon 1958c: 510e-511a). Beispielsweise werden von einem auf dem Papier gezeichneten Viereck mathematische Schlussfolgerungen gezogen, als wäre es das Viereck per se; das heißt von dem Abbild eines Vierecks, derer es sehr viele gibt, wird auf Eigenschaften des Vierecks im Allgemeinen geschlossen (ebd.: 510d-e). Der Verstand ist also immer an „Voraussetzungen“ (ebd.: 511a) gebunden, die es ihm zwar erlauben, zu den jeweiligen Erscheinungen eines Gegenstands ihr Wesen denken und so zwischen Erscheinungen verschiedener Wesensart unterscheiden zu können, die ihn aber gleichzeitig daran hindern, zu wahrer Erkenntnis, zum „Anfang“ (ebd.: 511a), zu gelangen, da das jeweilige Wesen als Gedachtes bereits vorausgesetzt wird.

In Bezug auf die Idee des Guten tritt in diesem Zusammenhang das oben ausgeführte Dilemma auf: Weil das Gute jenseitig vorgegeben ist, um Ursache von allem zu sein, kann es gleichzeitig durch den Verstand von der Welt her nicht erkannt werden. Warum? Da der Verstand das Gute denken muss, obwohl er es aufgrund dessen Transzendenz nicht denken kann. Genauer gesagt muss der Verstand zwei Voraussetzungen setzen: zum einen, dass das Gute überhaupt existiert, und zum zweiten, dass es erkennbar ist (Schrastetter 1989: 247). Jeder, der das Gute zu erkennen sucht, setzt diese Annahmen notwendigerweise und ungeprüft.

Doch wie kann sich der Mensch aus diesem scheinbar ausweglosen Dilemma befreien? Platon gibt die Antwort mit der Erläuterung der Dialektik: „So verstehe denn auch, daß ich unter dem anderen Teil des Denkbaren dasjenige meine, was die Vernunft selbst ergreift mittels des dialektischen Vermögens, indem sie die

Voraussetzungen nicht zu Anfängen, sondern wahrhaft zu Voraussetzungen macht, gleichsam als Zugang und Anlauf, damit sie, bis zum Nichtvoraussetzungshaften an den Anfang von allem gelangend, diesen ergreife, und so wiederum, sich an alles haltend, was mit jenem zusammenhängt, zum Ende hinabsteige, ohne sich überhaupt irgendeines sinnlich Wahrnehmbaren zu bedienen, sondern nur der Ideen selbst an und für sich, und so bei Ideen endigt“ (Platon 1958c: 511b-c).

Die höchste Stufe der Erkenntnis, die der Ideen, kann nur mittels der Vernunft erreicht werden. Dies ist möglich, da die Vernunft die Voraussetzungen des Verstandes nicht übernimmt, sondern ermittelt, ob sie zu Recht bestehen, und ihnen so die wirkliche Funktion von Annahmen erst verleiht: als Hilfsmittel, die nicht ungeprüft hingenommen werden dürfen. Die Vernunft deckt die Schwäche des Verstandes auf, der das von ihm Gesuchte bereits voraussetzt, obwohl es als jenseitig gedacht wird. So setzt sie die Möglichkeit der Erkenntnis des Guten nicht wie der Verstand voraus, sondern geht „vom eigenen Mangel der notwendigen Erkenntnis“ (Schrastetter 1989: 247) aus. Indem sie die Voraussetzungen des Verstandes als solche offenbart und hinterfragt, setzt sie selbst keine eigenen, sondern sucht voraussetzungslos nach der Erkenntnis des Guten. Das heißt sogar ohne die Annahmen, dass dieses überhaupt existiert und erkannt werden kann. Dadurch gelangt sie am Ende zu der Idee des Guten, zu Gott. Aus dem Glauben an ein höheres Sein heraus wird der Mensch angetrieben, nach dieser letzten Ursache zu suchen, wobei er seinen Glauben, der an Annahmen gebunden ist, jedoch wieder fallen lässt, um zu finden, was er nicht als etwas zu Findendes voraussetzt. Vernünftig werden ist Annäherung an Gott. Was die vollkommene Vernunft als ihr Fehlendes voraussetzungslos sucht, ist sie demnach selbst: das Gute. Das Rätsel, wie Gott das Gute und gleichzeitig die Vernunft sein kann, ist gelöst.

Bleibt nun zu klären, wie es der Mensch schafft, vernünftig zu werden. Was sind die Bedingungen dieses Aufstiegs zum Guten, zu Gott? Aufschluss darüber gibt das Höhlengleichnis.

Das Höhlengleichnis als Versinnbildlichung des Aufstiegs

Sokrates führt im Höhlengleichnis das zuvor

Beschriebene fort und beantwortet dadurch die letzte offen gebliebene Frage nach den Bedingungen des Aufstiegs zu Gott. So geht es hier um die Rolle der Bildung, besser gesagt um das, was richtige Bildung im Menschen vollbringt (vgl. Rehn 2005: 170).

Sokrates beschreibt die Situation von Menschen, die „von Kindheit an“ (Platon 1958c: 514a) in einer dunklen Höhle gefesselt sind. Wie Platon selbst später ausführt, steht die Höhle für das sinnlich Wahrnehmbare, die Welt außerhalb der Höhle für das Denkbare (vgl. ebd.: 517b). Die Gefesselten können ihren Blick nur auf die ihnen gegenüberliegende Wand richten; zu ihren Rücken ist eine Mauer aufgerichtet, hinter der Menschen verschiedene künstlich erzeugte Gegenstände vorbeitragen. Ein Feuer, das einzige Licht in der Höhle, das sich weiter oben hinter ihnen und der Mauer befindet, wirft die getragenen Objekte, die über die Mauer hinausragen, als Schatten an die Wand vor den Gefesselten.

Dieses Feuer symbolisiert die sinnliche Sonne, die im Sonnengleichnis Sehvermögen und Gegenstand miteinander verbindet. Weil die Schatten das einzige sind, was die Gefangenen je in ihrem Leben gesehen haben und das Echo der Stimmen der Träger von der Wand widerhallt, als würden die Schatten selbst sprechen, halten die Gefesselten diese Schatten für die Realität. Sie stehen demzufolge auf der untersten Stufe der Erkenntnis des Liniengleichnisses, dem der Vermutung. Als noch gravierender erscheint ihre Situation, bedenkt man, dass selbst die Schatten, die sie sehen, von künstlichen Dingen herrühren: Selbst der Schein ist kein wirklicher (Kersting 2006: 225).

Wenn aber nun einer der Gefangenen befreit und gezwungen würde, sich umzudrehen und die vorbeigetragenen Gegenstände selbst im Licht des Feuers anzusehen, so hätte er „Schmerzen“ und könnte „wegen des flimmernden Glanzes“ (Platon 1958c: 515c) kaum etwas erkennen, da er zuvor lediglich die Dunkelheit gekannt habe. Für jenen bleibt also bereits die zweite Stufe auf dem Erkenntnisweg, die der Überzeugung, weitgehend verschlossen. Dieser Zustand würde sich verstärken, wenn er gezwungen wäre, direkt in das Feuer zu blicken und ins Unermessliche gesteigert, würde er aus der Höhle hinauf in die Welt des Denkbaren und ins gleißende Licht der Sonne, welche die Idee des Guten und die Vernunft veranschaulicht, geschleppt. So ist es

nicht verwunderlich, dass jener es als Unsinn abstempelt, wenn man ihm sagt, er wäre der Realität des wirklich Seienden nun näher; vielmehr drängt der unwillentlich Befreite auf jeder Stufe zurück zu dem, „was er anzusehen imstande ist“ (ebd.: 515e): in die Schattenwelt. Der Aufstieg ist fehlgeschlagen.

Dagegen wäre der Aufstieg ein anderer, wäre er geprägt von langsamer Gewöhnung: Während der gezwungenermaßen Entfesselte außerhalb der Höhle sofort in die Sonne sieht und geblendet wird, gewöhnt sich der zweite Befreite zunächst an die Schatten der natürlichen Dinge, drängt daraufhin weiter zu den Spiegelbildern der Gegenstände im Wasser und ist am Ende fähig, diese selbst zu betrachten. Gleichermaßen gewöhnt er sich an die Lichter des Himmels erst in der Nacht, bevor er imstande ist, am Tage direkt in die Sonne zu blicken. So schafft er es über sein Verstandesvermögen (die Nacht) hinweg zu seinem Vernunftvermögen (den Tag) zu gelangen und wird die Sonne als letzte Ursache allen Seins erkennen (ebd.: 516b-c). Dies ist der Grund, warum ihn nun nichts mehr zurück in die Schattenwelt ziehen könnte, der er entstammt. Sollte er jedoch eines Tages dahin zurückkehren, so müsste er sich genauso wieder an die Dunkelheit der Höhle gewöhnen und hätte anfangs große Schwierigkeiten, der Tradition gemäß mit den Gefesselten um das Erraten der Schatten an der Wand zu wetteifern. Daraufhin würden diese ihn auslachen und sich in ihrer Überzeugung bestätigt fühlen, niemals die Schattenwelt zu verlassen und jeden, der käme, um sie zu entfesseln, umzubringen.

In diesem letzten Teil des Gleichnisses, dem Rückstieg, zeigt sich deutlich, was Platon zu erklären versucht. Die Tatsache, dass die in der Höhle verbliebenen Gefangenen den Rückkehrer umbringen wollen, ist ein klarer Hinweis auf Sokrates selbst. Sein Fragen und Suchen ist losgelöst von Vorurteilen; es ist voraussetzungslos: in Sokrates hat sich der zweite erfolgreiche Aufstieg bereits verwirklicht. Das Fragen und Suchen, das dem ersten gescheiterten Aufstieg entspricht, besteht dagegen nur pro forma, um sich der eigenen vorgefertigten Urteile bestätigt zu sehen; es ist voller Voraussetzungen und folglich kein wirkliches – wie so oft bei den sokratischen Gesprächspartnern (vgl. Schrastetter 1989: 252). Nicht verwunderlich daher, dass alle Dialogpartner am Ende vor

den eigenen Widersprüchlichkeiten stehen; die Voraussetzungen ihres Verstandes haben sich als solche entpuppt und als falsch erwiesen.

Beim ersten Aufstieg wird der Gefesselte gezwungen, den Erkenntnisweg zu gehen, obwohl dieser aufgrund mangelnden Hinterfragens überhaupt keine Ahnung davon hat, dass die scheinbare Wahrheit der Schattenwelt, an der er sein Leben lang festhält, keine wirkliche ist. Der Drang zum Aufstieg kommt von außen – für Platon der falsche Weg der Bildung, unter dessen Umständen die Erlangung der Vernunft nicht möglich ist und notwendig scheitern muss. Grund dafür ist die falsche Selbstliebe (vgl. Platon 1959a: 726a-727c), wodurch einem die eigene Unwissenheit als Weisheit erscheint und woraus eine Zementierung im status quo folgt, da kein Streben nach dem guten Maßstab besteht. Diese Selbstliebe ist das Böse im platonischen Sinne, die der vollkommen vorbildlichen Haltung Sokrates fundamental entgegensteht und das ungerechte Leben nach sich zieht.

Beim erfolgreichen Aufstieg hingegen weiß der Befreite, dass er nichts weiß. Er geht von der Existenz und Möglichkeit der Erkenntnis des Guten nicht aus, wodurch sich das Gute erst in ihm verwirklichen kann: Er wird vernünftig. Das Gute ist also etwas, das der Aufsteigende erst durch eigenes Hervorbringen erlangt. Das schließt eine Förderung von außen, wie beispielsweise im Zuge des Dialogs durch Sokrates, nicht aus, bleibt letztendlich jedoch immer an Willen und Bereitschaft der Loslösung von zuvor geglaubtem Wissen des einzelnen gebunden. Das Gute kommt aus einem selbst heraus und nicht von außen.

Dadurch vermögen äußere Zufälle das Leben immer weniger zu erschüttern (vgl. Platon 1958c: 381a); die Autonomie des Erkennenden wächst mit dem Grade der Erkenntnis. Der Mensch nähert sich der Unveränderlichkeit und damit Gott an, je weiter fortgeschritten sein Aufstieg ist. Dadurch erlangt er Glückseligkeit, da er sich selbst überschreitet, sich selbst nicht mehr zum Maßstab nimmt; er wird gerecht. Zur Vollkommenheit wird er die Erkenntnis allerdings niemals erlangen, ist ihr Suchen doch dasjenige, das seinem Leben Auftrieb gibt. So hat die Dialektik kein Ende, da das von ihr Gesuchte, das Gute, nicht besessen werden kann, sondern verwirklicht werden muss durch den voraussetzungslosen Aufstieg.

Das Göttliche bei Nietzsche: Eine Erfindung des Menschen

Während Platon Gott und die Idee des Guten als Ursprung eines möglichen lebenslangen menschlichen Aufstiegs ausmacht, liegen die Dinge bei Nietzsche gegenteilig. Durch den Glauben an übernatürliche universelle Werte, so seine Schlussfolgerung, wird der Mensch daran gehindert, zu wahrer Größe zu gelangen und verfällt dem menschlichen Abstieg.

Nietzsche sieht Gott und die Transzendenz im Allgemeinen als eine Erfindung des Menschen an. Sein Weg zu diesem Schluss, dass es kein Sein hinter dem Werden gibt, soll im Folgenden näher betrachtet werden.

Die Vorstellung Nietzsches, dass es kein höheres jenseitiges Sein hinter der diesseitigen Welt gibt, ist für ihn derart elementar, dass er eines seiner bedeutendsten Werke, Zur Genealogie der Moral, mit einer grundlegenden Kritik und Ablehnung der gesamten abendländischen Philosophie einleitet. So wendet er sich im ersten Aphorismus der Vorrede gegen die Vorstellung, es gäbe eine absolute Wahrheit, die durch den Geist erlangt werden könne. Er wirft den „Erkennenden“ vor, sie kümmerten sich „von Herzen eigentlich nur um Eins – Etwas ‚heimzubringen‘“ (Nietzsche 1988: 3). Die Philosophen, so meint Nietzsche, sind derart darauf besessen, etwas zu erkennen, das ihnen Sinn gibt, was jedoch darin mündet, dass sie dem Wunsch nach Erkenntnis der Wahrheit die Wahrheit selbst opfern. Obwohl sich Nietzsche von diesem harten Vorwurf nicht auszunehmen scheint – so schreibt er in der ersten Person Plural: „wir Erkennenden“ (ebd.) –, besitzt er den Anspruch, nicht wie die Philosophen das eigentliche Ziel zu verfehlen, sondern eine derartige Versessenheit auf die Wahrheit zu vermeiden. Der erste Schritt, den er dabei unternimmt, ist die Bewusstmachung des eigenen subjektiven Kontextes, in dem jeder Mensch notwendigerweise steckt. Im zweiten Aphorismus führt Nietzsche die Metapher eines Baumes ein, der aufgrund seiner eigenen besonderen Beschaffenheit auch seine eigenen Früchte trägt, sinnbildlich für jeden Menschen, der aufgrund seiner Sozialisation und Lebensumstände in seiner Erkenntnis von diesen immerzu geprägt ist. So kommt Nietzsche zu dem Schluss, dass niemand ein Recht darauf hat, „irgend worin einzeln zu sein“ (ebd.: 4). Niemand kann von sich behaupten,

objektive Erkenntnis erlangt zu haben, da jeder als Individuum in seinem Bewusstsein gefangen ist.

Man könnte nun meinen, Nietzsche bestreite lediglich die Möglichkeit der Erkenntnis des Göttlichen, nicht aber seine Existenz an sich. Allerdings macht er im dreizehnten Aphorismus der ersten Abhandlung der Genealogie der Moral durch die Blitz-Metapher deutlich, dass das nicht so ist: Obwohl das Volk das Sein vom Werden und so „den Blitz von seinem Leuchten trennt und letzteres als Thun, als Wirkung eines Subjekts nimmt, das Blitz heisst“ (ebd.: 34), stellt sich Nietzsche dem vehement entgegen. Denn erst durch die Trennung von Sein und Tun kann jemand für eine Handlung verantwortlich gemacht werden, kann der Schwache den Starken aufgrund seiner Stärke verurteilen. Allerdings gibt es „kein ‚Sein‘ hinter dem Thun, Wirken, Werden“, denn „das Thun ist Alles“ (ebd.). Nietzsche stellt sich mit dieser These gegen die Auffassung Platons, das Sein stehe hinter dem Werden und über allem. Dabei ist sich Nietzsche der Folgen dieses Standpunktes durchaus bewusst: Durch den Wegfall eines höheren Seins gibt es keine objektive Richtlinie mehr, an der sich der Mensch orientieren könnte. So müssen die Menschen selbst setzen, was gerecht und ungerecht ist, da es keine universelle Gerechtigkeit mehr gibt. Je nachdem, wer an der Macht ist, wird der Begriff der Gerechtigkeit deshalb mit anderen Inhalten gefüllt (vgl. ebd.: 60 ff.). Ein Gesetz ist folglich gemäß dem Rechtspositivismus lediglich „die imperativische Erklärung darüber, was [...] als erlaubt, als recht, was als verboten, als unrecht zu gelten habe“ (ebd.: 66).

Aufschluss darüber, wie Nietzsche zu dem Standpunkt gelangen konnte, dass kein Sein hinter dem Werden besteht, gibt eine grundlegende Betrachtung seiner Untersuchung und Kritik der vorherrschenden Moral und ihres Universalitätsanspruchs.

Laut Nietzsche ist der Mensch ursprünglich „tabula rasa“ (ebd.: 46) und außer dem vorgegebenen Trieb zur Stärke, „Lust am Leben“ (Köster 1972: 56), oder Schwäche, „Unlust am Leben“ (ebd.), vollkommen formbar. So gibt es zwei Gruppen von Menschen, die er maßgeblich unterscheidet: die Starken und die Schwachen. Im Zuge seiner Untersuchungen zur Entstehungsgeschichte der vorherrschenden Moralvorstellungen in der Genealogie der Moral beschreibt Nietzsche den ursprünglichen

vor-moralischen Zustand und dessen Zustandekommen in der frühen Aristokratie. Ursprung des Guten ist ihm zufolge die aktive Stärke; also nicht nur passives Empfangen von Gutem, sondern ein aktives Selbstempfinden des Guten. Die natürliche Überlegenheit einer Gruppe von Menschen über eine andere gibt dieser das Recht, Werte zu setzen: so befinden sich die „Vornehmen, Mächtigen, Höhergestellten und Hochgesinnten“ (Nietzsche 1988: 66) in der frühen Aristokratie selbst als gut und setzen die allgemein gültigen Werte entsprechend ihrem eigenen Wesen. Die Werturteile gut und schlecht entstehen somit aus dem „Pathos der Distanz“ (ebd.: 15) heraus. Bezeichnend ist hierbei vor allem, dass diese Wertsetzung noch ohne moralische Wertung behaftet ist; das Gegensatzpaar „gut“ und „schlecht“ (ebd.) kennzeichnete lediglich die Abgrenzung „einer höheren herrschenden Art im Verhältniss zu einer niederen Art“ (ebd.). Dies ist der Grund dafür, warum die Unterdrückung der Schwachen, welche die Herrschaft der Starken nach sich zieht, nicht bewusst geschieht, sondern notwendigerweise. Denn gleich wie der Raubvogel das Lamm nicht tötet, weil er es nicht mag oder überdies hasst, sondern im Gegenteil gar liebt („[N]ichts ist schmackhafter als ein zartes Lamm.“ (ebd.: 34)), unterdrücken die Starken die Schwachen nicht aufgrund negativer Gefühle, sondern da die Unterdrückung notwendiges Resultat der Entladung ihrer natürlichen Instinkte ist. Aber gerade das ist es, was die Schwachen nicht verstehen. Ihre immer wieder erfahrene Unterlegenheit führt schließlich zum Hass auf die Starken; ein dauerhaftes Ressentiment (von lat. re-sentire, „wieder-fühlen“ (Raffinsoe 2007: 49)) entsteht. Das Ressentiment reagiert nun mit einem Nein-Sagen zu den Starken, während die Starken selbst von aktivem Ja-Sagen geprägt sind (Nietzsche 1988: 26 f.). Ihr innerer Motor des Willens zur Macht, den Nietzsche zufolge jeder Mensch besitzt, beginnt anzulaufen. Da sie jedoch aufgrund körperlicher Unterlegenheit gebunden sind, auf dieser Ebene gegen die Herrschenden vorzugehen, werden sie „nothwendig endlich klüger sein [müssen] als irgend eine vornehme Rasse“ (ebd.: 28). Das Ressentiment versucht den Starken mit etwas zu unterhöheln, in dem es überlegen ist: mittels des Geistes und der daraus resultierenden „imaginären Rache“ (ebd.: 26). Wie? Indem es den Starken böse macht und

dieses Werturteil an eine höhere Instanz, an Gott, anbindet. Die Schwachen werden wie Lämmer, welche die Raubvögel für ihre Stärke verantwortlich machen, da sie sich ein Sein hinter dem Tun erfinden. Weil die Mitleids-Moral der Schwachen in der Realität nicht greift, erschaffen sie sich eine Parallelwelt, die es ihnen erlaubt, absolute Werte zu setzen. Nietzsche sieht den Beginn dieses erfundenen Jenseits bei Platon und ihre Vollendung bei den Juden durch die Kreuzigung von Jesus (ebd.: 23 ff.). Die Menschen des Ressentiments gelangen dadurch in eine Position, die es ihnen erlaubt, die Werte von Grund auf umzuwerten: Die bisherige Stärke wird zur Schwäche umgelogen; die Starken werden zu den Bösen. Plötzlich gilt nicht mehr das impulsive unbedachte Starksein als gut, sondern das Unegoistische (ebd.: 15 f.); es gilt weiterhin „die Ohnmacht, die nicht vergilt,“ als „Güte“, „die ängstliche Niedrigkeit“ als „Demuth“, „die Unterwerfung vor Denen, die man hasst,“ als „Gehorsam“, das „unvermeidliche[...] Warten-müssen“ als „Geduld“ (ebd.: 37). Während die Starken zuvor Werte gesetzt hatten, die den Menschen in seiner Stärke fördern, bewirkt die Mitleids-Moral das Gegenteil: Der moderne Mensch lebt in der Dekadenz, im Rückgang, im Abstieg.

Dieses „Rückgangssymptom“ (ebd.: 9) besitzt drei Dimensionen, die, folgt man Nietzsche, der Erfindung Gottes entspringen.

Zum ersten ist es die Fremdbestimmung, die in der moralischen Phase die Selbstbestimmung der vor-moralischen Phase ablöst. Dies geschieht dadurch, dass dem Menschen ein „Gedächtniss“ (ebd.: 50) gemacht wird, durch das er seine natürliche Vergesslichkeit verliert und die Fähigkeit erlangt, Versprechen zu geben. Dies geschieht mittels der Strafe, durch die der Mensch lernt, sich regelkonform zu verhalten und über die Konsequenzen seines Handelns nachzudenken: Vernunft ist demnach ein Produkt blutiger Dressur und kein Resultat eines moralischen absoluten Kerns im Menschen (ebd.: 49 ff.). Erst durch die Fähigkeit des Versprechens und die dadurch entstandene Möglichkeit des Wortbruchs entsteht schließlich der Begriff der Schuld und des schlechten Gewissens (ebd.: 52 f.). Dies wiederum ermöglicht letztendlich die Fremdbestimmung des Menschen: Dem Individuum werden von außen Verpflichtungen auferlegt, die ihn bestimmen, und die ihm mit der

Zeit auch ohne fortdauerndes Strafen als natürlich erscheinen (vgl. Raffinsoe 2007: 70). Deshalb spricht Nietzsche davon, dass der Mensch von Natur aus ein „nothwendig vergessliche[s] Thier“ (Nietzsche 1988: 47) ist, um selbstbestimmt leben zu können. Die Schuldgefühle des Menschen werden schließlich von den Anhängern des Ressentiments ins Unermessliche gesteigert, indem sie mit dem christlichen Gott als „Gott der maximalen Liebe“ auch ein maximales Schulgefühl schaffen: Durch den Tod Jesu treibt die Priesterkaste das schlechte Gewissen und die Abhängigkeit des Menschen auf die Spitze (ebd.: 83 ff.).

Die zweite Folge der geschaffenen Transzendenz ist die Gleichmacherei der Menschen, die aus der Zähmung des Menschen vom „Raubthiere“ zum „zahme[n] und civilisirte[n] Thier“ (ebd.: 32) resultiert. Sie sorgt dafür, dass jegliche Individualität und Kreativität verlorengelassen, es somit niemand mehr schafft, aus der Masse herauszustechen und die Menschheit nur noch als „Gewürm“ (ebd.) besteht. Da die Schwachen den Starken körperlich unterlegen sind, werden die Vornehmen mittels auferlegter Maßstäbe und Normen gezwungen, das hemmungslose Ausleben ihrer natürlichen Instinkte zu unterdrücken und sich der Masse anzugleichen.

Die dritte wesentliche Dimension, die der Erfindung Gottes entspringt, ist die des Vitalitätsverlusts. Nietzsche verachtet die absolute Fixierung auf Geistiges, wie sie im Ressentiment geschieht; dagegen sollte das Vitale immer über dem Geistigen stehen. So gilt Geistiges lediglich als „nettes Accessoire“ der Starken: „die Klugheit bei vornehmen Menschen [hat] leicht einen feinen Beigeschmack von Luxus und Raffinement“ (ebd.: 28). Dagegen ist die Vitalität Ausdruck gesunden Schaffens und Vorankommens. Durch die Erfindung einer jenseitigen Parallelwelt nimmt der Mensch hingegen das Sein wichtiger als das Werden und artet aus in kranke Passivität. Dadurch, dass das Leben nunmehr etwas von Gott Gegebenes ist, fehlt dem Menschen der Antrieb zum eigenen Schaffen. Nietzsche bezeichnet diesen Abstieg des Menschen von der Aktion zur Reaktion gar als „Nihilismus“ (ebd.: 32).

An den Folgen, die Nietzsche aus der geglaubten Erschaffung Gottes zieht, deutet sich bereits seine Schlussfolgerung an: Sein ganzes Denken ist auf den Tod Gottes aufgebaut, da

der Wegfall Gottes alles ins Wanken bringt und wieder verfügbar macht. Für Nietzsche steht dabei nicht im Vordergrund, ob sich die Glaubenslehre des Christentums als falsch erwiesen hat; für ihn ist entscheidend, dass die Verhaltenslehre des Christentums den Menschen zum vermeintlichen Abstieg führt; sie hält einer Überprüfung Nietzsches in Bezug auf Förderlichkeit beziehungsweise Schädlichkeit nicht Stand (Pfeil 1975: 75 f.). So strebt Nietzsche ein „Jenseits von Gut und Böse“ (Nietzsche 1988: 44) an, das heißt eine Loslösung von den Werturteilen der herrschenden Mitleids-Moral, und will zurück zu dem „Gut und Schlecht“ der vor-moralischen Phase. Der Grundsatz „Gott ist tot“ ist logische Voraussetzung für die Entfaltung wahrer menschlicher Größe und schöpferischer Aktivität des Menschen (vgl. Köster 1972: 58), da er erst hierdurch von äußeren Sinnzusammenhängen befreit wird und fähig ist, sich Sinn und Ziele selbst zu setzen. Erst durch die Abschaffung der geschaffenen Parallelwelt steht das Werden, Schaffen, Aktivsein wieder im Vordergrund – der (Wieder-)Aufstieg des Menschen.

Diese Überwindung der Sklavenmoral, die Nietzsche anstrebt, jedoch manches Mal kaum mehr zu hoffen vermag (Nietzsche 1988: 33), mündet schließlich in den „Übermenschen“ (Nietzsche 1994: 10), das „souveraine Individuum“ (Nietzsche 1988: 48), welches aufgrund der bewussten Befreiung von den Zwängen der moralischen Phase sogar noch höher steht als die Vornehmen der frühen Aristokratie, deren Ja-Sagen unbewusster Art war. Obwohl Nietzsche den Begriff des Übermenschen nicht eingehend konkretisiert, wird klar, dass dieser Schritt der Überwindung der Entartung den wenigen Starken vorbehalten bleibt, die über die vielen Schwachen herrschen werden (ebd.). Gleichzeitig kommt ihnen das Vorrecht zu, eigene Werte zu setzen und so eine Ordnung zu etablieren, der sich die Schwachen unterwerfen müssen, außerhalb derer jedoch sie selbst stehen und von der sie sich abgrenzen (ebd.: 78 f.). Deshalb beschreibt Nietzsche diesen Standpunkt der Starken als „Jenseits des Rechts“ (ebd.: 63).

Die Parodie auf Platons Höhlengleichnis als Versinnbildlichung des Abstiegs

Wie anhand der Darstellung von Nietzsches Argumentation deutlich wird, besitzt er ein

zu Platon gegensätzliches Verständnis des Göttlichen und seiner Folgen. Während bei Platon der Mensch durch inneren Antrieb einem lebenslangen Aufstieg zu Gott nachgehen kann, liegt bei Nietzsche im Glauben an das Göttliche ein Rückgangssymptom, das zum menschlichen Abstieg führt. Dieser Abstieg wird durch Nietzsche im vierzehnten Aphorismus der ersten Abhandlung in der Genealogie der Moral veranschaulicht, wo sich einige Bezugnahmen auf Platons Höhlengleichnis finden lassen.

Es geht hierbei um einen Dialog zwischen Nietzsche und einem Unbekannten, der sich auf das Fragen Nietzsches sofort bereit erklärt, hinabzusehen in „das Geheimnis“ (ebd.: 36) des Ressentiments. Jener Unbekannte ist eine der Masken Nietzsches, die dieser immer wieder einführt, um den „braven, nachplappernden Leser“ (Stegmaier 1994: 127) zu ironisieren. So ist es nicht verwunderlich, dass jener Schaulustige alle Vorgänge ganz im Sinne Nietzsches betrachtet und interpretiert; sogar seine bilderreiche Sprache wird nachgeahmt. Gleichzeitig ist eine gewisse Selbstironie Nietzsches bemerkbar, ist er doch derjenige, der die dunkle Entstehungsgeschichte der Sklaven-Moral beobachtet hat und ihre Machenschaften und Widersprüche nun für alle sichtbar aufdeckt und anprangert (ebd.).

Der Unbekannte aber möchte sich nun sofort eifrig ins Geschehen stürzen und hinabblicken in „diese dunkle Werkstatt“ (Nietzsche 1988: 36), um zu erkennen, was dort vor sich geht. Allerdings wird er von Nietzsche mit der spöttischen Bemerkung zurückgehalten, sein Auge müsse „sich erst an dieses falsche schillernde Licht gewöhnen“ (ebd.). Dieser erste boshafte Seitenhieb auf Platon macht Nietzsches Intention nochmals deutlich: Die dunkle Werkstatt veranschaulicht für Nietzsche nicht etwa die Höhle in Platons Gleichnis, sondern das Außerhalb, der Bereich des Denkbaren, zu dem der Entfesselte aufsteigt. Das Höhlengleichnis wird somit in zweifacher Hinsicht umgedreht: Erstens ist das von Licht durchflutete Außerhalb bei Nietzsche die dunkle Werkstatt, in der es lediglich trügerisches Licht gibt; zweitens steigt der Mensch in diese Werkstatt nicht auf, sondern „hinab und hinunter“ (ebd.). Ein ähnliches Bild lässt sich im ersten Aphorismus der Vorrede des Zarathustra wiederfinden, in dem Zarathustra behauptet, seine Erkenntnis in einer Höhle erlangt zu haben. Gleichzeitig wird

der These Platons, dass der Mensch die Sonne, die Vernunftkenntnis, braucht, widersprochen, indem Zarathustra die Abhängigkeit der Sonne von den Menschen postuliert (Nietzsche 1994: 7).

Mit der Höherstellung des Bereichs des Denkbaren, der Geisteswelt, gegenüber der Sinneswelt durch Sokrates begann der Ansicht Nietzsches zufolge der gravierende Abstieg der griechischen Kultur (Stegmaier 2011: 124). Während zuvor vorrangig Musik und Tragödie den athenischen Alltag prägten, wurde durch Sokrates, dem eigentlichen Gründer der Philosophie, die Dialektik eingeführt, welche auf logische Rechtfertigung im Bereich des Denkbaren abzielt und versucht, das Sinnliche hinter sich zu lassen. Dieses Sinnliche ist jedoch, was nach Nietzsche die Tiefe und den Wert des wahren Lebens ausmacht. Durch die Flucht in den Geist wurde die Vitalität als oberster Maßstab des förderlichen Lebens verdrängt. Dagegen unterwarf die Philosophie durch die Schaffung eines Seins hinter dem Werden das Leben einer „Selbstillusionierung“ (ebd.: 125), welche das Leben am Vorankommen hinderte. Da es dieses Sein, diese absolute Wahrheit gemäß Nietzsche jedoch überhaupt nicht gibt, bezeichnet er das Licht, das bei Platon als Sonnenlicht die Wahrheit widerspiegelt, als falsch schillernd.

Folgt man nun weiter den Erzählungen des Unbekannten von seinen Beobachtungen, bekommt man eine Beschreibung dessen, was da unten vor sich geht: Es werden „Ideale fabriziert“ (Nietzsche 1988: 36), „aus allen Ecken und Winkeln“ wird ein „tückisches leises Munkeln“ (ebd.: 37) gehört; die List des Ressentiments der Umwertung der Werte nimmt seinen Gang. Die ehemals als schlecht gegoltenen Eigenschaften werden zu guten „umgelogen“, beispielsweise das „Sich-nicht-rächen-Können“ zum „Sich-nicht-rächen-Wollen“ oder gar zur „Verzeihung“ (ebd.). Manche zuvor schlechten Eigenschaften, wie das „Warten-müssen“, das jetzt zur „Geduld“ wird, erlangen überdies den Status einer „Tugend“ (ebd.) – ein weiterer Fingerzeig auf Platon. All die Tugenden, deren Wesen, das heißt deren Sein, Sokrates im Dialog zu erlangen sucht, werden von Nietzsche als gesetzt und als vom Menschen des Ressentiments hinterlistig umgelogen dargestellt.

Auch die Glückseligkeit bleibt in der Parodie nicht ausgespart. So berichtet der Schaulustige von der Vorstellung der Schwachen, sie hätten es trotz all ihres Leidens „besser“ oder würden

es „jedenfalls einmal besser haben“ (ebd.: 38). Ebenso wie das Christentum, das an dieser Stelle vorrangig gemeint ist, geht jedoch auch die platonische Ethik davon aus, dass, wer richtiges tut, auch für sich selbst das Beste schafft, ohne das Ergebnis des Glücks vorherzusehen, da gutes Zutun keiner Selbstliebe entstammt. Diese Vorstellung nimmt Nietzsche hier auseinander und offenbart sie als vermeintliche Selbstlüge zur Rechtfertigung der eigenen Schwachheit und des daraus resultierenden Leidens.

Schließlich gibt der Beobachtende wieder, dass sich die Menschen des Ressentiments als „die Gerechten“ (ebd.) bezeichnen, die sich in Bezug auf den letzten Lohn ihrer Gerechtigkeit scheinbar voll und ganz auf Gott, den Ursprung des Gerechten, verlassen und nicht auf die eigene Rache. Diese verlogene Behauptung benötigt schließlich keine weitere Erwiderung Nietzsches, da sie im Kontext als solche bereits aufgedeckt wurde, ist doch alles, was sich in der dunklen Werkstatt vollzieht, eine einzige Rache an den Starken und Vornehmen.

Der Aufstieg in die Vernunft, wie ihn Platon darlegt, ist laut Nietzsche ein Abstieg in die Verlogenheit. Wie die Schlange, die versinnbildlichte Klugheit und gleichzeitig Hinterlist, im Zarathustra, an die Erde gebunden und zu keinem Aufstieg fähig ist, so bleiben die Schwachen letztlich dem Rückgang verfallen. Dagegen wird es das souveräne Individuum schaffen, wie der Adler, die versinnbildlichte Kraft, aufzusteigen, so Nietzsches Hoffnung (vgl. Nietzsche 1994: 7 ff.).

Die Folgen des Göttlichen bei Platon und Nietzsche im kritischen Vergleich

Da die bisherigen Ausführungen das Göttliche und seine jeweiligen Folgen bei Platon und Nietzsche relativ unabhängig voneinander dargestellt haben, bleibt nun beides zusammenzuführen, unter verschiedenen Gesichtspunkten zu vergleichen und einer kritischen Betrachtung zu unterziehen.

Die erste Vergleichsperspektive hierbei ist das Verhältnis von Sein und Werden. Während Nietzsche ein Sein hinter dem Werden klar verneint, geht Platon von einem solchen in seinem Konzept der Ideen aus. Das höchste Sein hinter der Welt ist demnach die Idee des Guten, also Gott. Für Platon stellt die

Vernunft die Verbindung der Vollkommenheit Gottes zur Unvollkommenheit des Menschen dar; die Möglichkeit seines Ergreifens ist in jedem Menschen als göttlich-unveränderliches Prinzip verankert. Laut Nietzsche dagegen ist alles im Werden; nichts ist konstant oder statisch. Da es daher nichts Überzeitliches, wie beispielsweise Gott, gibt, sind keine Aussagen über Realität möglich, weil selbst die Vernunft ein geschaffenes Produkt und folglich im ständigen Fluss ist. Nietzsche schließt aus, dass es eine absolute Wahrheit gibt. Er erkennt, dass es keine Erkenntnis gibt. Bei eingehender Betrachtung ein Zirkelschluss, da er einerseits die Wahrheit bestreitet, um diese Erkenntnis andererseits wiederum als Wahrheit zu deklarieren. Nietzsche zerstört zwar alte Wahrheiten, um jedoch neue an deren Stelle aufzurichten. Platon dagegen geht als Grundlage seiner Lehre zwar von der Existenz und Erkenntnis der Idee des Guten aus, bindet den Erkenntnisweg jedoch gleichzeitig an die voraussetzungslose Suche, also an die Loslösung von den Annahmen, dass das Gute existiert und erlangt werden kann. Dies wiederum ermöglicht es ihm, seinem eigenen Konzept treu zu bleiben.

An die Frage nach Sein und Werden schließt sich die Auseinandersetzung über das Verhältnis von Theorie und Praxis bei Platon und Nietzsche an. Obwohl Platon vom Philosophen, der den Erkenntnisweg bereits beschritten hat, verlangt, zurück in die Höhle zu gehen, wirft Nietzsche ihm mangelnden Praxisbezug vor. Der denkende Mensch entzieht sich dem Leben notwendigerweise, da er sich lediglich auf seinen Geist, anstatt auf seinen Körper konzentriert – für Nietzsche das Merkmal des Ressentiments schlechthin, da für ihn dem Leben förderlich ist, was ihm Vitalität bringt. Allerdings ist die Erkenntnis der Philosophen nicht nur Erkenntnis der Wirklichkeit, sondern auch Handlungswissen, das zum Wohle der ganzen Polis eingesetzt werden soll. Die „vita contemplativa“, das heißt das sich am Denken orientierende philosophische Leben, muss Hand in Hand gehen mit der „vita activa“ (Rehn 2005: 178). Allerdings könnte Platon vorgeworfen werden, lediglich mit Idealtypen zu hantieren, da die Herrschaft der Philosophen im Staat deren vorangegangenen inneren Aufstieg voraussetzt, der jedoch nicht bis zur vollkommenen Annäherung an Gott möglich ist. Bezogen auf Nietzsche könnte man den gleichen Vorbehalt formulieren: Auch sein

Konzept des Idealzustandes, der Rückkehr zur vor-moralischen Phase, aber gleichzeitig deren Überschreitung durch den Übermenschen, hinkt aufgrund seines Ideal-Anspruchs.

Als dritte Vergleichsperspektive liegt daher die Gegenüberstellung der beiden Idealtypen – den Philosophen bei Platon und den Übermenschen bei Nietzsche – nahe. Wie Platon den Philosophen, so sieht demnach auch Nietzsche im Idealzustand den für ihn dem Leben am nächsten stehenden Menschen an der Macht: den Übermenschen, das souveräne Individuum. Auch sind es in beiden Modellen die Wenigen, die herrschen, da jeweils nur eine Elite den Aufstieg (bei Platon zur Erkenntnis, bei Nietzsche zur Selbstbestimmung) durchlaufen kann. Bleibt zu fragen, welche Funktionen die Philosophen, beziehungsweise die Übermenschen in der jeweiligen Herrschaft einnehmen werden und was sie antreibt. Platon sieht die Philosophen an der Spitze des Idealstaates, da nur sie den richtigen objektiven Maßstab für Entscheidungen innerhalb der Polis besitzen. Dieser Maßstab ist das erkannte Gute, als solches unveränderlich und daher nicht durch äußere Erschütterungen aus der Bahn zu bringen. Der Philosoph hat bereits das höchste Gut erlangt, nämlich das Gute, und läuft folglich nicht Gefahr, das Wohl aller dem eigenen Interesse unterzuordnen; „er hat Besseres als Macht“ (Zehnpfennig 2001: 132). Bei Nietzsche dagegen bleiben die herrschenden Übermenschen, die Starken, im Naturzustand, während sie die Schwachen einer von ihnen gesetzten Ordnung unterwerfen, an die sie selbst nicht gebunden sind. Den Starken geht es nur um das eigene Wohl und Interesse; ist ihr innerer Antrieb doch der nach Nietzsche jedem Menschen immanente Wille zur Macht, ein „Überwältigen-Wollen“, „Niederwerfen-Wollen“, „Herrwerden-Wollen“ (Nietzsche 1988: 34). Während die Philosophen erziehen wollen, züchten die Übermenschen einen neuen Menschen heran, wie er ihnen gefällt.

Zuletzt bleibt der direkte Vergleich der Folgen des Göttlichen – bei Platon der Aufstieg, bei Nietzsche dagegen der Abstieg des Menschen. Bei Platon ist der Aufstieg ein Überwinden des Sinnlichen durch den Verstand und somit die Annäherung an Gott. Bei Nietzsche dagegen ist der Aufstieg entgegengesetzt, nämlich von der Geisteswelt, die durch das Ressentiment erst erschaffen wurde, zurück zur Sinneswelt, das heißt in den Urzustand der frühen Aristokratie.

Der Antrieb des Aufstiegs bei Platon ist der Wille zur Erkenntnis; bei Nietzsche ist es der Wille zur Macht. Doch wie ist dies nun zu bewerten? Nietzsche behauptet voraussetzungslos zu sein; so nimmt er sich beispielsweise an der Kritik der abendländischen Philosophie im ersten Aphorismus der Vorrede der Genealogie der Moral nicht aus und bestreitet Universalitätsansprüche jeder Art. Allerdings setzt er letztendlich den Willen zur Macht an die Stelle Gottes und damit eine neue Wahrheit, von der er sagt, es gäbe sie gar nicht. Dagegen gesteht Platon ein, dass der Mensch sich einem vollkommen voraussetzungslosen Leben der Vernunft zwar annähern kann, letztendlich jedoch immer eine Diskrepanz zwischen ihm und der Idee des Guten bestehen bleibt. Darüber hinaus ist die Bedingung des Aufstiegs die grundlegende Umkehr von bisherigem Wissen hin zur voraussetzungslosen Suche, die nicht einmal mehr das Gute per se als existent annimmt, sondern sich von allen Vorurteilen frei macht. Auch wenn diese Antwort auf den ersten Blick nicht zufriedenstellend sein mag, da mit ihr zunächst an Sicherheit eingebüßt wird, so vollbringt Platon durch sie genau das Gegenteil von dem, was Nietzsche ihm und der gesamten abendländischen Philosophie vorwirft: Platon opfert der Wünschbarkeit nicht die Wahrheit.

Schluss

Die Ausgangsfrage der Arbeit war, wie Platon und Nietzsche das Göttliche sehen und welche Folgen sie ihm zurechnen.

Im Zuge der Untersuchung wurde zum einen dargelegt, dass Platon ein recht abstraktes Konzept des Göttlichen verfolgt, welches er abwechselnd die Idee des Guten, Gott und auch die Vernunft nennt. Alle drei Begriffe beinhalten jedoch dasselbe. So erfüllt die Idee des Guten als jenseits Vorgegebenes und über allem Sein Stehendes dieselben Funktionen, die auch Gott und der Vernunft zukommen: Alle drei beinhalten das Gute und sind unveränderlich. Allerdings stößt der Mensch, der sich nun auf die Erkenntnissuche begibt, früher oder später an ein scheinbar unüberwindbares Dilemma, nämlich etwas von der Welt her erlangen zu wollen, was jenseits und vorgegeben ist. Abhilfe schafft in diesem Punkt die Vernunft, welche die Unvollkommenheit des Suchenden mit der

Vollkommenheit des Göttlichen verbindet. Dies schafft sie, indem sie die Voraussetzungen des Verstandes, die dieser gezwungenermaßen tätigen muss, um seine Funktion zu erfüllen, als solche offenlegt und hinter sich lässt. Der Suchende, der sich von seinen Annahmen löst, also nicht mehr glaubt zu wissen, was er doch erst suchen möchte, wird somit der Vernunft und damit Gott und dem Guten ähnlicher. Durch sein Vernünftig-Werden, durch sein immer neues Eingestehen des eigenen Fehlens des Guten, verwirklicht sich dieses schließlich in ihm selbst. So wird das Leben zum lebenslangen Aufstieg des Menschen hin zur Erkenntnis Gottes und des Guten.

Die Betrachtung Nietzsches hat dagegen ergeben, dass das Göttliche bei ihm per se Ablehnung erfährt, da die Transzendenz im Allgemeinen, egal wie sich diese äußert, eine Erfindung des Menschen darstellt zur Rechtfertigung der eigenen Schwäche. Durch seine Untersuchungen zur Entstehungsgeschichte der herrschenden Moral hat Nietzsche erkannt, dass aufgrund der Unterdrückung der Schwachen durch die Starken in der frühen Aristokratie die Schwachen wegen ihrer körperlichen Unterlegenheit eine Parallelwelt erschufen, durch die ihre Werte, die denen der Vornehmen fundamental entgegenstehen, allgemeine Gültigkeit erlangten. Dieses Handeln ist wie jedes menschliche Handeln getrieben vom Willen zur Macht. Bei der Bewertung der Moral geht es Nietzsche nicht um ein Wahr oder Falsch der Lehre, sondern um die Auswirkungen auf das Leben des Menschen, die ein Glaube an absolute Werte nach sich zieht. Da er im Zuge seiner Untersuchung festgestellt hat, dass die Moral der Schwachen, die an Gott gebunden ist, den Menschen in die Dekadenz treibt und ihm Selbstbestimmung, Individualität und Vitalität raubt, propagiert Nietzsche eine Rückkehr zum vor-moralischen Zustand der frühen Aristokratie mit dem notwendigen Ausgangspunkt „Gott ist tot“.

Sowohl Platon als auch Nietzsche gehen also von einem Aufstieg aus. Während ersterer diesen Aufstieg jedoch an die Idee des Guten koppelt, ist für letzteren erst die Loslösung vom Transzendenten der Schlüssel zum Aufstieg. Gleichermassen ist für Platon ein Abstieg gegeben, sobald die geistige Welt zugunsten der sinnlichen Welt verlassen wird. Dagegen bedeutet für Nietzsche die Fixierung auf das Geistige im

Gegensatz zur hemmungslosen Auslebung der natürlichen Instinkte einen Abstieg. ■■■

Literaturverzeichnis

Bordt, Michael, 2006: Platons Theologie, Freiburg/München.

Kersting, Wolfgang, 2006: Platons „Staat“, Darmstadt.

Köster, Peter, 1972: Der sterbliche Gott: Nietzsches Entwurf übermenschlicher Größe, Meisenheim am Glan.

Nietzsche, Friedrich, 1988: Zur Genealogie der Moral: Eine Streitschrift, Stuttgart.

Nietzsche Friedrich, 1994: Also sprach Zarathustra, Stuttgart.

Pfeil, Hans, 1975: Von Christus zu Dionysos: Nietzsches religiöse Entwicklung, Meisenheim am Glan.

Platon, 1957a: Euthyphron, in: Otto, Walter F./Grassi, Ernesto und Gert Plamböck (Hg.): Sämtliche Werke: Band 1, Hamburg.

Platon, 1958a: Parmenides, in: Otto, Walter F./Grassi, Ernesto und Gert Plamböck (Hg.): Sämtliche Werke: Band 4, Hamburg.

Platon, 1958b: Phaidon, in: Otto, Walter F./Grassi, Ernesto und Gert Plamböck (Hg.): Sämtliche Werke: Band 3, Hamburg.

Platon, 1958c: Politeia, in: Otto, Walter F./Grassi, Ernesto und Gert Plamböck (Hg.): Sämtliche Werke: Band 3, Hamburg.

Platon, 1957b: Laches, in: Otto, Walter F./Grassi, Ernesto und Gert Plamböck (Hg.): Sämtliche Werke: Band 1, Hamburg.

Platon, 1959a: Nomoi, in: Otto, Walter F./Grassi, Ernesto und Gert Plamböck (Hg.): Sämtliche Werke: Band 6, Hamburg.

Platon, 1959b: Timaios, in: Otto, Walter F./

Grassi, Ernesto und Gert Plamböck (Hg.):
Sämtliche Werke: Band 5, Hamburg.

Pleger, Wolfgang H., 2009: Platon, Darmstadt.

Raffinsoe, Sverre, 2007: Nietzsches „Genealogie
der Moral“ Paderborn.

Rehn, Rudolf, 2005: Platons Höhlengleichnis:
Das Siebte Buch der Politeia, Mainz.

Stegmaier, Werner, 1994: Nietzsches „Genealogie
der Moral“, Darmstadt.

Stegmaier, Werner, 2011: Friedrich Nietzsche zur
Einführung, Hamburg.

Schrastetter, Rudolf, 1989: Die Erkenntnis
des Guten: Platons Sonnen-, Linien- und
Höhlengleichnis, in: Hofmann, Rupert/Jantzen,
Jörg und Henning Ottmann (Hg.): Anodos:
Festschrift für Helmut Kuhn, Weinheim, 237-
258.

Zehnpfennig, Barbara, 2001: Platon zur
Einführung, Hamburg.

Annika Roth

DIE SPALTUNG EUROPAS IN DER IRAK-FRAGE

Ein Abschied vom Leitbild der Zivilmacht?

Abstract

Annika Roth

M.A. Governance
& Public Policy,
Universität Passau,
4. Fachsemester,
annika.roth@web.de

Die Europäische Union spreche nicht mit einer Stimme, so ein häufiger und alt bekannter Vorwurf. Als Paradebeispiel für diese These im Bereich der Außenpolitik gilt der Irak-Konflikt 2003, der die Divergenzen der europäischen Staaten hinsichtlich grund-legender außenpolitischer Prinzipien deutlich zu Tage brachte und in der Spaltung Europas in Kriegsgegner und Kriegsbefürworter kulminierte. Trotz aller Gegensätze verabschiedeten die EU-Mitgliedsstaaten jedoch nur wenige Monate danach die Europäische Sicherheitsstrategie und bekannten sich darin klar zum Leitbild der Zivilmacht. Auf Grundlage des theoretischen Zivilmacht-konzepts von Hanns W. Maull untersucht die vorliegende Arbeit diese scheinbare Widersprüchlichkeit vor dem Hintergrund einer gemeinsamen strategischen Kultur in der EU. Die Analyse der deklaratorischen Außenpolitik von Deutschland, Frankreich und Großbritannien in der Irak-Frage anhand einer qualitativen Inhaltsanalyse zeigt dabei deutlich, dass die jeweiligen Argumente und Positionen nicht weit auseinander liegen. Ein Abschied vom Leitbild der Zivilmacht ist somit nicht zu erkennen.

Vom ‚alten‘ und ‚neuen‘ Europa

Im Jahr 2002 beschrieb der neokonservative Vordenker Robert Kagan (2002: 3) in seinem kontrovers diskutierten Aufsatz über „Power and Weakness“ die Metapher von Europa als ‚Venus‘ in Gegenüberstellung zu den USA als ‚Mars‘: Europa bewege sich jenseits von Macht in einer abgeschlossenen Welt von Regeln und Gesetzen, transnationalen Verhandlungen und Kooperation, um so der Verwirklichung des Kantischen Ewigen Friedens näher zu kommen. Die USA hingegen seien verhaftet in der Hobbes’schen Welt der Anarchie, in welcher Sicherheit aufgrund der Unzulänglichkeit von internationalen Gesetzen und Vereinbarungen letztlich nur auf dem Besitz und Gebrauch von militärischer Macht beruhe. Auch wenn Kagan bewusst spitz und provokant formuliert, so ist die Beschreibung Europas und genauer gesagt der Europäischen Union (EU) als Zivilmacht doch zutreffend. Schon aus ihrem Selbstverständnis als Friedensprojekt heraus versteht sich die Union als solche. Dieser Umstand wird darüber hinaus durch die im Dezember 2003 verabschiedete Europäische Sicherheitsstrategie bestätigt, die für viele Kommentatoren geradezu prototypisch für die Zivilmachtorientierung der EU steht (Maull 2005: 792f.; Howorth 2007: 199-205; Whitman 2006: 9f.).

Die mit dem Irak-Konflikt Anfang 2003 zu Tage getretenen Divergenzen innerhalb Europas und der Union scheinen jedoch gar nicht in dieses Rollenverständnis der EU als Zivilmacht zu passen. Im Zuge der Irak-Frage teilte sich Europa in das Lager der pro-amerikanischen Kriegsbefürworter (u. a. Großbritannien, Spanien und Italien) auf der einen und der Kriegsgegner unter deutsch-französischer Führung auf der anderen Seite. Es erfolgte eine Spaltung, die US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld in einer Pressekonferenz am 22. Januar 2003 mit der Unterscheidung zwischen dem ‚neuen‘, sprich pro-interventionistischen, und dem ‚alten Europa‘, das einen Krieg im Irak ablehnt, zementierte. Die Irak-Krise verdeutlicht, dass die Bruchlinie bezüglich grundlegender Prinzipien der Weltordnung nicht mehr nur zwischen den Europäern und den USA, sondern mitten durch die angebliche Zivilmacht EU verläuft. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU wird somit von vielen als „das erste Opfer der Irak-Krise“ (Risse 2003: 117)

angesehen.

Angesichts dieses Tatbestands will die vorliegende Arbeit untersuchen, inwiefern die beiden gegensätzlichen Positionen der EU-Mitgliedsstaaten in der Irak-Frage sich im Rahmen des von der Europäischen Sicherheitsstrategie 2003 vorgegebenen Leitbilds der Zivilmacht bewegen. Verbunden mit dieser Fragestellung sind zudem die Auswirkungen der Spaltung Europas auf die Entwicklung einer gemeinsamen strategischen Kultur. Die Analyse konzentriert sich dabei auf Deutschland, Frankreich und Großbritannien als die so genannten ‚Großen Drei‘ der EU im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die darüber hinaus zum entscheidenden Zeitraum Anfang 2003 über einen Sitz im UN-Sicherheitsrat verfügten und dadurch gestaltenden Einfluss auf die Entscheidungen hinsichtlich des Irak-Konflikts nehmen konnten.

Als theoretische Grundlage soll zunächst auf das Zivilmacht-konzept nach Maull eingegangen und ein speziell auf die Irak-Frage abgestimmtes Kategoriensystem erstellt werden. Daran schließt sich eine Inhaltsanalyse der deklaratorischen Außenpolitik der drei vorgestellten Staaten bezüglich des Irak-Konflikts an, die zur Überprüfung der Zivilmachthypothese dienen soll. Zur besseren Kontrastierung erfolgt die Untersuchung dabei in die beiden Lager des ‚alten‘ und ‚neuen Europas‘ getrennt. Abschließend werden die Analyseergebnisse in Relation zur Europäischen Sicherheitsstrategie gesetzt, um der Frage nach den Implikationen der Spaltung auf das Entstehen einer gemeinsamen europäischen strategischen Kultur nachzugehen.

Das Rollenkonzept der Zivilmacht

Als geistiger Vater des Zivilmacht-konzepts ist gemeinhin François Duchêne zu nennen, der zu Beginn der 1970er Jahre den damaligen Europäischen Gemeinschaften das Leitbild einer Zivilmacht zuschrieb, welches bis heute das Selbstverständnis der EU maßgeblich prägt (Rinke 2007: 112). In der Folge war es insbesondere Hanns W. Maull, der das Konzept der Zivilmacht in den 1990er Jahren im Rahmen eines Forschungsprojektes über die deutsche, amerikanische und japanische Außenpolitikstrategien operationalisierte (Maull et al. 1997) und somit als Teil der konstruktivistischen Rollentheorie innerhalb der

Internationalen Beziehungen etablierte.

Die Rollentheorie als reflexiver Ansatz legt den Fokus dabei auf die Innenperspektive des Akteurs, der seine Interessen stets situativ und endogen im Rahmen von Normen und Werten definiert (Kirste/Maull 1996: 285). Diese selbstauferlegten Normen und Regeln bilden schließlich den Handlungsrahmen des Akteurs und leiten bzw. beschränken sein Verhalten. Der regelgeleitete Akteur handelt folglich wertrational, d. h. entsprechend der von ihm verinnerlichten spezifischen Werteordnung und nicht primär gemäß den eigenen Interessen wie der klassisch nutzenmaximierende homo oeconomicus (Kirste/Maull 1996: 285). Dennoch ist es auch dem wertrationalen homo sociologicus daran gelegen, seine normorientierten Interessen zu verwirklichen.

Das aus der Soziologie stammende Konzept der Rollentheorie findet auch in den Internationalen Beziehungen Anwendung, indem es das außenpolitische Verhalten von Staaten anhand spezifischer Rollentypen analysiert und dadurch qualitative Unterschiede in der Außenpolitik deutlich macht. Eine außenpolitische Rolle ist dabei immer eine Kombination aus ego-part einerseits, d. h. des auf gemeinsamen Normen und Werten beruhenden kollektiven Selbstverständnisses, und alter-part andererseits, der sowohl die Rollenerwartungen anderer Akteure als auch die systemischen Einflüsse umfasst (Kirste/Maull 1996: 289). In dieser Konzeption fungiert der Staat bzw. die Regierung als Träger des Rollenkonzepts, das durch (historische) Sozialisierungsprozesse entstanden und weitergegeben wird und in der Folge das außenpolitische Verhalten des Staates maßgeblich beeinflusst (Kirste/Maull 1996: 287).

Hier besteht auch der Anknüpfungspunkt zur strategic culture-Forschung, die ebenfalls den Einfluss von ‚Kultur‘ – verstanden als Normen, Werte, Identität und historische Erfahrungen – auf die Außen- und Sicherheitspolitik von Staaten untersucht. Strategische Kultur beschreibt dabei ein spezifisches Set von Vorstellungen und Ideen, Traditionen sowie Denk- und Verfahrensweisen eines Kollektivs hinsichtlich der Außen- und Sicherheitspolitik, das sich in der Geschichte durch das Zusammenspiel von internen und externen Ereignissen herausgebildet hat und von Generation zu Generation weitergegeben wird (Longhurst 2000: 301f.). Dieses Bündel

von außenpolitischen Prädispositionen ist relativ konstant, jedoch weiterhin auch veränderbar und dient als Erklärungsmodell für das auswärtige Verhalten und die Beziehungen zu anderen Staaten. Die Rollentheorie ist der ersten Generation¹ der Strategischen Kultur-Forschung zuzuordnen: Gemäß der post-positivistischen Epistemologie bildet das staatlichen Rollenkonzept den Handlungsrahmen, indem es gewisse Verhaltensoptionen beschränkt und andere begünstigt, ohne jedoch das außenpolitische Verhalten des Staates als unabhängige Variable zu determinieren.

Eingebettet in diesen breiteren Kontext ist der Rollentypus der Zivilmacht somit als eine spezifische strategische Kultur anzusehen, deren Hauptziel in der Zivilisierung der internationalen Beziehungen besteht. Der innergesellschaftlich erreichte Grad der Zivilisierung wird gemäß der Logik der Angemessenheit externalisiert, um dadurch die Anarchie des internationalen Systems zu überwinden. Kirste/Maull (1996: 300) liefern folgende Definition: „Eine Zivilmacht ist ein Staat, dessen außenpolitisches Rollenkonzept und Rollenverhalten gebunden sind an Zielsetzungen, Werte, Prinzipien sowie Formen der Einflußnahme und Instrumente der Machtausübung, die einer Zivilisierung der internationalen Beziehung dienen.“

Eine Zivilmacht verfolgt demnach eine wertorientierte Außenpolitik, die auf folgenden Grundprinzipien und Handlungsmaximen beruht: einer Zählung einzelstaatlich organisierter Gewaltanwendung, einer zunehmenden Verregelung und Verrechtlichung in den internationalen Beziehungen, einer Intensivierung multilateraler Kooperation unter partizipatorischen Entscheidungsprozessen, einer Förderung von Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit auf globaler Ebene, einer

¹ Johnston (1995: 36-43) unterscheidet die folgenden drei Generationen in der Forschung über strategic culture: Während die erste Generation die Strategie als Teil der Kultur einordnet, Kultur und Verhalten sich somit gegenseitig bedingen und es keinen eindeutigen Kausalzusammenhang gibt (Post-Positivismus), stellt die dritte Generation eine klare Gesetzmäßigkeit zwischen strategischer Kultur und Verhalten auf, in der das außenpolitische Verhalten als abhängige Variable direkt aus der Kultur als unabhängiger Variable resultiert (Positivismus). Anders verhält es sich bei der zweiten Generation, die keinen Zusammenhang zwischen strategischer Kultur und Verhalten sieht und die Strategie lediglich als von der politischen Elite instrumentalisiertes Mittel zur Vertuschung der wahren Motive einer Handlung ansieht.

verstärkten Bildung von Institutionen zur Kontrolle und Durchsetzung von allgemeinen Normen einhergehend mit der Bereitschaft zu partiellem Souveränitätstransfer sowie der starken Beschränkung militärischer Gewaltanwendung, die besonderen Prinzipien und Auflagen unterworfen ist (Kirste/Maull 1996: 300f.). In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass Zivilmächte zwar primär auf nichtmilitärische Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele setzen, dies jedoch nicht bedeutet, dass sie über keine militärischen Kapazitäten verfügen und sie unter besonderen Auflagen nicht auch anwenden dürften. Maull (1992: 778) bemerkt hierzu: „Sie [die Zivilmacht, Anm. d. Verf.] muß jedoch auch in der Lage sein, sich gegen militärische Gewaltanwendung wirksam zu schützen und Prinzipien notfalls mit militärischer Gewalt durchzusetzen.“ Damit erteilt Maull einer Gleichsetzung von Zivilmacht und Pazifismus eine klare Absage.

Das Rollenkonzept der Zivilmacht ist als Idealtypus zu verstehen, der in Abgrenzung zur klassischen Großmacht oder Militärmacht als Referenzgröße zur Analyse des außenpolitischen Rollenverständnis und Rollenverhaltens eines Staates dient.

Kategoriendefinition

Im Folgenden wird das Rollenkonzept der Zivilmacht nun operationalisiert, indem die Kategorien zur Analyse der deklaratorischen Außenpolitik ausgewählter EU-Mitgliedsstaaten im Zuge der Irak-Frage definiert werden.

Kirste/Maull (1996) hatten zunächst einen sehr umfangreichen Katalog von sechs Kriterien² erstellt, den sie jedoch im Verlauf ihres Forschungsprojekts über Zivilmächte nochmals modifiziert und auf „drei unerläßliche Definitionsmerkmale einer Zivilmacht“ (Maull et al. 1997: 103) reduziert haben. Als zentrale Analysekatoren einer idealtypischen Zivilmacht müssen demnach erfüllt sein (Maull et al. 1997: 103f.):

(1) Gestaltungswille: Zivilmächte beanspruchen eine aktive Mitgestaltung der internationalen Politik im Rahmen partnerschaftlicher Kooperation. Sie zeichnen sich durch die Bereitschaft zur Übernahme von internationaler Verantwortung aus, ohne jedoch einen exklusiven Führungsanspruch zu erheben.

Vielmehr verfolgen sie eine exemplarische Außenpolitik mit Vorbildfunktion.

(2) Autonomieverzicht: Oberstes Ziel einer Zivilmacht ist langfristig die Zivilisierung der internationalen Beziehungen und die Überwindung der Anarchie durch Multilateralismus. Formal streben Zivilmächte daher nach Kooperation, Integration, Verrechtlichung, Regimebildung und Supranationalität. Internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen (UN) und dem Völkerrecht kommt eine besondere Bedeutung zu, insbesondere bei der kollektiven Legitimierung militärischer Gewaltanwendung.

(3) Interessensunabhängige Normdurchsetzung: Das außenpolitische Engagement einer Zivilmacht orientiert sich zuerst an internationalen Normen und Werten, noch vor und gegebenenfalls auch entgegen potenzieller (nationaler) Eigeninteressen. Universelle Werte wie Menschenrechte, Demokratie und Freiheit sind wichtiger Bestandteil der Außenpolitik und werden im Rahmen von good governance verfolgt. Die Zivilmacht zeichnet sich damit durch eine wertorientierte Außenpolitik aus.

Angesichts der Tatsache, dass die Diskussion über die angemessenen und geeigneten Mittel im Bedeutungskontext der Irak-Frage auf internationaler Ebene sowie innerhalb der europäischen Gesellschaften von entscheidender Bedeutung war, soll das bestehende Kategorienschema um die Wahl der außenpolitischen Instrumente – wie ursprünglich von Kirste/Maull (1996) vorgesehen – erweitert werden.

(4) Gewalt als ‚ultima ratio‘: Grundsätzlich stehen Zivilmächte der Androhung und Anwendung von Gewalt äußerst skeptisch gegenüber und bevorzugen politische Instrumente wie Verhandlungen, Diplomatie, Sanktionen und Konditionalität zur friedlichen Konfliktbeilegung. Dennoch sind Zivilmächte, wie bereits erwähnt, nicht pazifistisch und somit gegenüber militärischen Maßnahmen im bestimmten Falle der Selbstverteidigung oder unter der Voraussetzung einer kollektiven Legitimierung durch den UN-Sicherheitsrat aufgeschlossen (Kirste/Maull 1996: 303).

² Die sechs Analysekatoren umfassen (1) Gestaltungswille, (2) nationale Zielsetzungen, (3) internationale Zielsetzungen: organisatorisch, (4) internationale Zielsetzungen: inhaltlich, (5) außenpolitischer Stil und (6) außenpolitische Instrumente der Zivilmacht (Kirste/Maull 1996: 301ff.).

Gelingt es nun, grundlegende Merkmale der hier vorgestellten idealtypischen Prinzipien einer Zivilmacht in der deklaratorischen Außenpolitik der ‚Großen Drei‘ der EU im Vorfeld der Irak-Intervention zu belegen, so kann sowohl auf eine handlungsleitende Wirkung dieser Maximen in der Außenpolitik als auch auf eine Übereinstimmung der jeweiligen Positionen besagter Staaten mit dem von der EU vorgegebenen Leitbild der Zivilmacht geschlossen werden.

Methodische Vorgehensweise

Der Nachweis der genannten vier Prinzipien in der außenpolitischen Rhetorik soll mit Hilfe einer qualitativen Inhaltsanalyse erbracht werden. Diese eignet sich besonders gut für eine systematische, regel- und theoriegeleitete Analyse von fixierter Kommunikation, die mit dem Ziel verbunden ist, Rückschlüsse über den Sender und dessen Absichten, über die Wirkung auf den Empfänger sowie über den allgemeinen Kommunikationskontext zu gewinnen (Mayring 2010: 12f.). Eine „[q]ualitative Inhaltsanalyse ist immer ein Verstehensprozess von vielschichtigen Sinnstrukturen im Material“ und zielt neben dem „manifesten Oberflächeninhalt“ auch immer auf „latente Sinngehalte“ (Mayring 2010: 32) ab. Durch die Entschlüsselung der Sinndimensionen von Aussagen und die Interpretation derselben innerhalb des Kommunikationszusammenhangs liefert die Inhaltsanalyse anhand ihres konzeptbasierten Kategoriensystems insbesondere im Bereich der Politikwissenschaft wichtige Erkenntnisse bezüglich der politischen Grundüberzeugungen und Wertvorstellungen sowie des grundlegenden Politikverständnisses von Akteuren (Blatter et al. 2007: 74f.).

In der vorliegenden Arbeit soll die Strukturierung als zentrale Technik der qualitativen Inhaltsanalyse zur Anwendung kommen. Ziel der strukturierenden Inhaltsanalyse ist es, das vorab festgelegte Kategoriensystem an das zu untersuchende Material heranzutragen, die Textbestandteile entsprechend der Kriterien systematisch zu extrahieren, um so zu einem Querschnitt des Materials zu gelangen, der eine innere Struktur erkennen lässt und folglich eine Wirklichkeitskonstruktion ausgehend vom Text ermöglicht (Mayring 2010: 65f.; Wagner 2006: 171-173). Das Kategorienschema ist dabei deduktiv, d. h. auf Grundlage des theoretischen

Zivilmachtkonzepts und unter Anpassung an den Untersuchungsgegenstand im Voraus der Analyse erstellt worden (Kuckartz 2009: 340). Nichtsdestotrotz können die Kategorien im Verlauf der Untersuchung gegebenenfalls noch modifiziert werden. Als nicht-reaktives Verfahren arbeitet die qualitative Inhaltsanalyse überwiegend mit bereits vorhandenem Material (Kuckartz 2009: 336), wie in diesem Fall mit ausgewählten Reden und Erklärungen von europäischen Regierungsverantwortlichen, die als Datengrundlage dienen.

Der zeitliche Rahmen des untersuchten Materials umfasst die zwei Monate vor Beginn der Irak-Intervention am 20. März 2003, die von hitzigen Debatten bezüglich des Militäreinsatzes geprägt waren und sich somit besonders zur Überprüfung der Zivilmachtthese eignen. Der begrenzte Zeitraum stellt einerseits den gleichen Entstehungskontext des Datenmaterials sicher und verdeutlicht andererseits die Zuspitzung der Positionen beider Lager sowie die viel kommentierten Divergenzen innerhalb Europas. Bei der Auswahl ist zudem auf den weitgehend gleichen Umfang der Materialien zu jedem Staat geachtet worden, um eine objektive Untersuchung zu gewährleisten. Im Mittelpunkt der Analyse stehen deshalb folgende Dokumente in chronologischer Reihenfolge: das Interview von Bundeskanzler Schröder und Staatspräsident Chirac zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags am 22. Januar 2003 (Chirac/Schröder 2003b), der so genannte ‚Brief der Acht‘ vom 30. Januar 2003 (Aznar et al. 2003), die Reden vor dem UN-Sicherheitsrat von Außenminister Fischer (2003a; 2003b) und seinem französischen Kollegen de Villepin (2003a; 2003b) am 7. und 19. März 2003 sowie die Rede von Premierminister Blair vor dem britischen Unterhaus am 18. März 2003 (Blair 2003). Darüber hinaus wird im Hinblick auf die EU die Vereinbarkeit der jeweiligen Positionen von Deutschland, Frankreich und Großbritannien in der Irak-Frage mit der im Dezember 2003 verabschiedeten Europäischen Sicherheitsstrategie (Europäischer Rat 2003) überprüft.

Forschungsstand

Zur theoretischen Grundlage des Rollenverständnisses der EU gibt es eine Vielzahl an Literatur, die zum größten Teil den

zivilen Charakter der Union unterstreicht, jedoch unterschiedliche Konzepte und Bezeichnungen dafür ins Feld führt. So entsprechen Haines (2005) Ausführung der EU als ‚soft power plus‘ auf internationaler Ebene und Whitmans (2006) Untersuchung der Europäischen Sicherheitsstrategie dem von Maull etablierten Rollenbild der Zivilmacht. Auf der anderen Seite finden sich Autoren wie Smith (2005) oder Meiers (2007), die sich auf das klassische Bild einer Zivilmacht mit rein pazifistischen Mitteln berufen.

Diesem Ansatz zufolge kommt die fortwährende Entwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) einer Militarisierung der EU gleich, die sich somit vom Leitbild der Zivilmacht abwendet und sich auf dem Weg zu einer Militärmacht befindet. Rinke (2007) versucht diesen Gegensatz aufzubrechen, indem er die EU als Friedensmacht und zivil-militärischen Krisenmanager im internationalen System darstellt und die Komplementarität von vornehmlich zivilen mit militärischen Instrumenten betont, womit er im Grunde weitgehend der Maull’schen Konzeption folgt.

Der Irak-Krieg im Jahr 2003 und die damit einhergehenden Kontroversen spiegeln sich auch in der politikwissenschaftlichen Forschungslandschaft wider. So stehen oftmals die transatlantischen Spannungen und Divergenzen bezüglich der Irak-Frage im Fokus, die sowohl aus der neorealistischen Perspektive des Sicherheitsdilemmas untersucht (Reichinger 2010) als auch im größeren Kontext eines Weltordnungskonflikts behandelt werden (Risse 2003). Auf ein breites Echo stoßen ebenso die in der Irak-Krise ausgemachte Spaltung Europas sowie die Auswirkungen dieser Differenzen auf die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Während für die unterschiedliche Positionierung der EU-Mitgliedsstaaten häufig länderspezifische Erklärungsmodelle abgegeben werden (Staack 2004; Stark 2004; Müller-Brandeck-Bocquet 2004), untersucht Schuster (2004) systematisch die Aussagekraft von drei verschiedenen Erklärungsansätzen anhand der europäischen Reaktionen auf deren Gültigkeit.

Darüber hinaus rücken die Auswirkungen der Irak-Krise auf die Entwicklung einer gemeinsamen strategischen Kultur in der EU in den Mittelpunkt. Während Giegerich (2006) die nationalen strategischen Kulturen mehrerer

Mitgliedsstaaten auf Übereinstimmung mit der GSVP untersucht, stehen die Europäische Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2003 und die Zukunft der GSVP nach der Irak-Krise im Fokus mehrerer Autoren (Gariup 2009; Howorth 2007).

Analyse: Die Spaltung Europas in der Irak-Frage

Im Kontext des nach den Anschlägen vom 11. September 2001 von US-Präsident George W. Bush ausgerufenen ‚Krieg gegen den Terrorismus‘ und der Einbeziehung des Iraks in die ‚Achse des Bösen‘ im Januar 2002 rückte das Regime von Saddam Hussein wieder in das internationale Blickfeld. War der Irak bereits den im Gefolge des Golfkrieges 1990/91 verhängten Waffeninspektionen nur ungenügend nachgekommen, so stellten die Beschaffung bzw. der vermeintliche Besitz von Massenvernichtungswaffen durch den Irak in Kombination mit dem internationalen Terrorismus aus amerikanischer Sicht ein unkalkulierbares Risiko und große Bedrohung dar. Am 8. November 2002 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat daraufhin einstimmig die Resolution 1441, die den Irak unter Androhung von „serious consequences“ (UN-Resolution 2002: 5) nachdrücklich zur Abrüstungsverpflichtung und Zusammenarbeit mit den Waffeninspektoren aufforderte.

Die Möglichkeit eines Krieges gegen den Irak und die Konfrontationspolitik der Bush-Administration wurden auch in Europa verstärkt wahrgenommen und kontrovers diskutiert. So war die zweite Hälfte des Jahres 2002 deutlich von den transatlantischen Auseinandersetzungen und den ein oder anderen rhetorischen Speerspitzen geprägt. Während sich Großbritannien und Deutschland jeweils bereits im Spätsommer 2002 zur Irak-Frage positionierten, hielt sich Frankreich lange Zeit alle Optionen offen und bezog erst Anfang 2003 einen klaren Standpunkt. Somit lassen sich Großbritannien als „early promoter“, Deutschland als „early obstructor“ und Frankreich als „late obstructor“ (Stahl 2006: 153) im Verhältnis zur USA klassifizieren. Im Folgenden soll nun das der Argumentation der drei Staaten zugrunde liegende Rollenverständnis mit Hilfe des vorgestellten Kategoriensystems untersucht und auf Übereinstimmung mit dem Zivilmachtkonzept überprüft werden.

Das ‚alte Europa‘ als Kriegsgegner

Im Rahmen des 40. Jahrestages des Ellysée-Vertrags gaben Bundeskanzler Gerhard Schröder und Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac eine gemeinsame Erklärung ab und verständigten sich darin u. a. auf eine Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit innerhalb der EU sowie auf eine engere Abstimmung im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik in internationalen Gremien wie dem UN-Sicherheitsrat (Chirac/Schröder 2003a: 5f.). Im gemeinsamen Interview mit France2 vollzog sich schließlich auch der Schulterschluss beider Länder in der Irak-Krise, indem sie eine gemeinsame Sichtweise der Lage bekräftigten. Staatspräsident Chirac betont darin sowohl die Autorität des Sicherheitsrates zur Einleitung einer „Militäraktion“ als auch die Überzeugung, dass noch nicht alle Mittel auf dem Weg zur „unabdingbare[n] Abrüstung“ des Irak ausgeschöpft seien und Krieg „immer die schlechteste aller Lösungen“ (Chirac/Schröder 2003b) darstelle. Bundeskanzler Schröder macht darüber hinaus deutlich, dass er „keinen Raum für eine Zustimmung“ im UN-Sicherheitsrat für eine kriegslegitimierende Resolution sehe und weiter an einer „Umsetzung der Resolution mit friedlichen Mitteln“ (Chirac/Schröder 2003b) festhalte. Somit kann sowohl hinsichtlich der Betonung des Multilateralismus im Rahmen der UN als auch in Bezug auf die Bevorzugung ziviler Mittel, verbunden mit der klaren Absage an jegliche Gewalt, eine Analogie zum Rollenkonzept der Zivilmacht hergestellt werden.

Ihrer unmissverständlichen Ablehnung einer Militärintervention im Irak verliehen die beiden Staaten ferner in einer gemeinsamen Erklärung mit Russland am 5. März 2003 Nachdruck, indem sie ein Veto gegen jegliche Resolution, die eine Kriegslegitimierung beinhalte, ankündigten: „In these circumstances, we will not let a proposed resolution pass that would authorise the use of force“ (Joint Declaration 2003).

Frankreich

Die ‚Grande Nation‘, die über einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat verfügt, schien bis zum Januar 2003 einer UN-mandatierten Militäroperation gegen den Irak nicht abgeneigt zu sein (Stark 2004: 270), positionierte sich

schließlich aber doch an der Seite von Deutschland und nahm somit eine Führungsrolle in der Front der Kriegsgegner ein.

Im März 2003 kam es daraufhin zu einem „Showdown im Sicherheitsrat“ (Bierling 2010: 80f.), nachdem die beiden Inspektorenteams um Hans Blix und Mohammed El Baradei ihre jeweiligen Berichte vorgestellt hatten. Frankreich bleibt dabei seiner Argumentationslinie treu, indem es sowohl eine Resolution mit Kriegsermächtigung als auch ein Ultimatum an Saddam Hussein ablehne, solange es Fortschritte im Bereich der Abrüstung und der irakischen Zusammenarbeit mit den UN-Inspektoren gebe (De Villepin 2003a). „War is always an acknowledgement of failure“ (De Villepin 2003a) und bewirke anstatt einer Befriedung nur neuen Hass zwischen den Kulturen.

Darüber hinaus erteilt de Villepin auch den von den Kriegsbefürwortern implizierten „other objectives of a war“ wie „regime change“, „fighting terrorism“ oder „remolding the political landscape of the Middle East“ (De Villepin 2003a) eine deutliche Absage. Dies sei nicht Gegenstand der Resolution 1441 und „force is certainly not the best way to bring about democracy“ (De Villepin 2003a). Auch am Vorabend der Irak-Intervention, am 19. März 2003, definiert de Villepin Gewalt erneut als ‚ultima ratio‘ und beschwört die kollektive Verantwortung als Regel und Pflicht (De Villepin 2003b). Die Nähe zum Zivilmachtkonzept ist hier unverkennbar.

Die Frage von Krieg oder Frieden bedeutet für Frankreich zugleich die Wahl zwischen zwei Weltvorstellungen und eine Entscheidung über die Rolle der Vereinten Nationen:

Yes, we too want more democracy in the world. But we will achieve this objective only within the framework of a true global democracy based on respect, sharing the awareness of a true community of values and a common destiny. And its heart is here at the United Nations (De Villepin 2003a).

Ferner verdeutlichen die Betonung von Grundprinzipien der internationalen Staatengemeinschaft wie „respect for law“, „defense of freedom and justice“ und „dialogue and tolerance“ (De Villepin 2003b) sowie das Eintreten für die Transformation und Zivilisierung der Welt durch Frieden die Orientierung Frankreichs an universellen Werten (De Villepin

2003a), denen Vorrang vor nationalen Interessen eingeräumt wird.

Trotz der offenbaren Divergenzen im Vorfeld des Irak-Kriegs beschwört Frankreich die unbedingte Einheit der Staatengemeinschaft: „We must remain united“ (De Villepin 2003a). Der UN-Sicherheitsrat müsse während des Irak-Konflikts aktiv bleiben, um seinen Pflichten im Bereich der humanitären Hilfe und der Friedensschaffung nachkommen zu können: It is from the United Nations alone that the legal and moral authority can come for such an undertaking. Two principles must guide our action: respect for the unity and territorial integrity of Iraq; and the preservation of its sovereignty (De Villepin 2003b).

Des Weiteren schlägt Außenminister de Villepin die Errichtung eines dauerhaften Inspektionsregimes, „a disarmament body under the United Nations“ (De Villepin 2003b) vor. Die Stärkung des Multilateralismus im Rahmen der UN und der bewusste Verzicht auf Autonomie sind unabdingbare Prinzipien, die Frankreich auf dem Weg zur Zivilisierung der Weltgemeinschaft verfolgt. Zuletzt spielt de Villepin noch auf die moralische und politische Verantwortung zur Wiederherstellung von Einigkeit und Hoffnung an: „[i]n response to the clash of arms, there must be a single upwelling of the spirit of responsibility, voice and gesture“ (De Villepin 2003b). Frankreich äußert sich gewillt, diese Verantwortung zu tragen und der Welt mit gutem Beispiel voran zu gehen.

Frankreichs Haltung und deklaratorische Außenpolitik in der Irak-Krise stimmen in allen vier Kategorien mit dem Zivilmachtkonzept überein. Der Versuch, durch das Pochen auf die unbedingte Autorität der UN die USA wieder in die multilateralen Strukturen einzubinden, unterstreicht Frankreichs Selbstbild als „traditioneller Verbündeter und zugleich regulativer Räsionierer der USA“ (Reichinger 2010: 221).

Die politische Führung sieht sich in der „Rolle des Advokaten des Multilateralismus und des Bewahrs der Prinzipien des Völkerrechts“ (Reichinger 2010: 221). Darüber hinaus ist Frankreich aber auch um sicherheitspolitische Emanzipation der EU von den USA und die Schaffung eines Gegengewichts im Sinne einer Europe puissance bemüht (Giegerich 2006: 112ff.).

Deutschland

Zum 1. Januar 2003 trat Deutschland dem UN-Sicherheitsrat als nicht-ständiges Mitglied bei und vertrat dort vehement das bereits von Bundeskanzler Schröder zum Wahlkampfauftakt am 5. August 2002 festgelegte kategorische Nein zu einem Militäreinsatz im Irak, unabhängig davon, wie der Sicherheitsrat entscheiden würde (Schröder 2002). Dieser Kurswechsel von der einstigen ‚uneingeschränkten Solidarität‘ zum nunmehr ‚deutschen Weg‘ der offenen Herausforderung der USA bewirkte nicht nur eine tiefe Krise der bilateralen Beziehungen, sondern schränkte auch den Handlungsspielraum und die Einwirkungsmöglichkeiten Deutschlands auf seine Partner erheblich ein (Schuster 2004: 41f.).

Bei den Verhandlungen im März 2003 im UN-Sicherheitsrat setzt Außenminister Fischer auf eine friedliche Entwaffnung des Irak als greifbare Alternative zu Krieg. Die Kooperation mit dem Irak zeige Fortschritte, weshalb die diplomatischen Mittel noch nicht ausgeschöpft seien: „Are we really in a situation that absolutely necessitates the ultima ratio, the very last resort? I think not, because peaceful means are far from having been exhausted“ (Fischer 2003a). Ebenso deutlich wird er in der Sitzung am 19. März 2003, indem er der Politik der Militärintervention „no credibility“ einräumt und herausstellt, dass „Germany emphatically rejects the impending war“ (Fischer 2003b). Außerdem stellt Fischer die Verhältnismäßigkeit eines Krieges gegenüber der nicht zufriedenstellenden Kooperationsbereitschaft des Iraks deutlich in Frage (Fischer 2003b). Die zivilmachttypische Ablehnung von Gewalt und das Eintreten für eine friedliche Konfliktbeilegung sind wiederkehrende Muster in Fischers Argumentation.

Wie sein französischer Kollege sieht auch der deutsche Außenminister die Entscheidung im Sicherheitsrat als einen möglichen historischen Wendepunkt an und warnt vor den Auswirkungen eines Militäreinsatzes. Als Alternative möchte er Rahmenbedingungen für einen regionalen Prozess der Stabilität, Sicherheit und Kooperation schaffen, der auf Waffenkontrollen und einem kooperativen System der Vertrauensbildung beruhe (Fischer 2003a). Darüber hinaus spielt Fischer auf die europäische Vergangenheit der zwei Weltkriege an: „[w]e do not live on Venus [...] we are the survivors of Mars“ (Fischer

2003b). Die Schrecken des Krieges und die leidvollen Erfahrungen verpflichten zu einer normativen Ausrichtung der Außenpolitik und zu einem Primat der Wertevermittlung.

In Anlehnung an Frankreich sieht auch Deutschland das Ansehen der Vereinten Nationen durch die Irak-Krise gefährdet und sich selbst darüber hinaus in der Pflicht, die Funktion und Relevanz des Sicherheitsrates zu verteidigen. Um möglichen Schaden abzuwenden, bekräftigt Fischer: „[t]he Security Council has not failed. We must counter that myth. [...] The Security Council is not responsible for what is happening outside the United Nations“ (Fischer 2003b). Am Vorabend des Kampfeinsatzes im Irak gleicht dies einer klaren Schuldzuschreibung an die Kriegsbefürworter unter amerikanischer Führung. Der deutsche Außenminister beteuert abermals die Funktion des Sicherheitsrates als Hüter des Friedens und die große Bedeutung der UN-Charta (Fischer 2003b).

Deutschlands Position ist im Hinblick auf die vorgebrachten außenpolitischen Mittel und die generelle Werte- und Normorientierung in der Tradition einer Zivilmacht zu sehen. Das zunehmende Selbstbewusstsein in der deutschen Außenpolitik im Zuge des Wechsel des Regierungssitzes von Bonn nach Berlin, das in der Abgrenzung von der Bush-Administration im Irak-Konflikt sicherlich seinen Höhepunkt fand, verdeutlicht den Gestaltungswillen Deutschlands auf internationaler Ebene (Buras/Longhurst 2004: 227f.). Dennoch ist der Spielraum zur Gestaltung und Einflussnahme durch die frühe und entschlossene Positionierung Schröders zu Beginn stark eingeschränkt, wodurch gleichermaßen eine gemeinsame Haltung der EU-Mitgliedsstaaten erschwert wurde (Buras/Longhurst 2004: 237). Glückliche Umstände wie der Schwenk Frankreichs und die europaweiten Anti-Kriegsdemonstrationen im Februar 2003 befreien Deutschland schließlich aus der Isolation (Stahl 2006: 161).

In Bezug auf den für eine Zivilmacht typischen Autonomieverzicht und Stärkung des Multilateralismus fällt die Bilanz für Deutschland recht ambivalent aus. Zwar ist im Verlauf der Irak-Debatte wiederholt die Autorität der UN betont worden, doch lässt sich das angekündigte kategorische Nein zu einer Militärintervention im Irak, selbst im Falle eines ausdrücklichen UN-

Mandats, als Nichtbeachtung der Geltungshoheit des UN-Sicherheitsrates werten. Damit ist eines der Grundprinzipien der deutschen Außenpolitik, nämlich die Bearbeitung von Konflikten im Rahmen der Vereinten Nationen nach Regeln des Völkerrechts, verletzt worden (Staack 2004: 209).

Zwischenfazit

Deutschland und Frankreich argumentieren im UN-Sicherheitsrat während der Irak-Debatte im Sinne einer Zivilmacht und plädieren für eine friedliche Konfliktbeilegung durch eine Verlängerung der UN-Waffeninspektionen im Irak. Beide Staaten glauben an eine Transzendenz von Gewalt und kommen somit den strategischen Präferenzen der später noch zu behandelnden Europäischen Sicherheitsstrategie sehr nahe (Williams 2005: 94). Zugleich betonen aber beide Partner, dass die Inspektionen nicht auf unbestimmte Zeit fortgeführt werden können (De Villepin 2003a; Fischer 2003a). Einen konkreten Handlungsvorschlag im Falle einer weiteren Nichtbeachtung der Resolution 1441 durch den Irak bleiben sie jedoch schuldig. Herauszuheben sind in diesem Zusammenhang noch die Unterschiede in der Deutlichkeit der Ablehnung einer Militäraktion im Irak. Während Schröder dies kategorisch formuliert, ist Frankreichs Position nicht von der gleichen Entschlossenheit geprägt. Die Notwendigkeit einer zweiten, schärfer formulierten Resolution wird von französischer Seite nicht gesehen. Im Zweifelsfall könnte Frankreich allerdings jederzeit von seinem Veto-Recht als ständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates Gebrauch machen.

Das ‚neue Europa‘ als Kriegsbefürworter

Die deutsch-französische Haltung in der Irak-Krise und deren Anspruch, im Namen der EU zu sprechen, blieb auch im restlichen Europa und innerhalb der Union nicht unbeantwortet. Verärgert über den Alleingang von Deutschland und Frankreich, formierte sich eine Gruppe von europäischen Staaten, die den USA gegenüber ihre Solidarität beteuerten und sich demonstrativ hinter die amerikanische Irak-Politik stellten. Am 30. Januar 2003 veröffentlichten mit

Großbritannien, Spanien, Italien, Portugal und Dänemark fünf der damals 15 EU-Mitglieder und die drei mittelosteuropäischen Staaten Polen, Tschechien und Ungarn, die zum 1. Mai 2004 der Union betreten würden, den so genannten ‚Brief der Acht‘ im Wall Street Journal und anderen europäischen Zeitungen. Die Staats- und Regierungschefs berufen sich darin auf die mit den USA geteilten Werte wie Demokratie, persönliche Freiheit, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, die es gegen die terroristischen Feinde zu verteidigen gelte (Aznar et al. 2003).

In Anlehnung an das von der Bush-Administration verbreitete Bedrohungsszenario konstatieren sie: „The Iraqi regime and its weapons of mass destruction represent a clear threat to world security“ (Aznar et al. 2003). Angesichts der systematischen Verstöße des Iraks gegen die UN-Resolutionen stehen die Regierungen in der Verantwortung, dieser Bedrohung zu begegnen: „If they are not complied with, the Security Council will lose its credibility and world peace will suffer as a result“ (Aznar et al. 2003). In dieser Absicht formulieren sie eine eindringliche letzte Warnung an Saddam Hussein zur friedlichen Entwaffnung gemäß der Resolution 1441 und übertragen ihm die Verantwortung für das weitere Vorgehen: „The opportunity to avoid greater confrontation rests with him“ (Aznar et al. 2003).

Eine Solidaritätsbekundung gleicher Art stellte schließlich auch die gemeinsame Erklärung weiterer zehn mittel- und südosteuropäischer Länder der so genannten Vilnius-Gruppe am 5. Februar 2003 dar, unter denen sich mit Estland, Lettland, Litauen, der Slowakei und Slowenien weitere fünf Beitrittsstaaten aus dem Jahr 2004 befinden (Statement Vilnius Group 2003). Diese beiden Verlautbarungen zeigen, wie tief die Irak-Frage nicht nur Europa, sondern auch die EU spaltete. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, dass mit einer ähnlichen Argumentation wie die der zivilmachttypischen Kriegsgegner – Bezug zu universellen Werten, Verteidigung der Autorität des UN-Sicherheitsrates, Übernahme internationaler Verantwortung – hier die Weichen für eine Militäroperation im Irak gestellt werden. Eine notfalls gewaltsame Normdurchsetzung im Irak ist dabei zwar unterschwellig herauszulesen, wird aber nicht explizit erwähnt. Ein eindeutiger Bruch mit dem Zivilmachtkonzept ist zum damaligen Zeitpunkt somit nicht feststellbar.

Großbritannien

Großbritannien unter Premierminister Tony Blair hatte sich in der Irak-Frage früh auf die Seite der USA gestellt, zu denen es traditionell eine special relationship pflegt. Als US-Außenminister Colin Powell jedoch im UN-Sicherheitsrat Anfang Februar 2003 die vermeintlichen Beweise für die irakische Produktion von Massenvernichtungswaffen präsentierte und die Kriegsabsichten der Bush-Administration in der Folge immer offensichtlicher wurden (Bierling 2010: 60f.), geriet Blair zunehmend unter innenpolitischen Druck von Seiten seiner eigenen Labour-Partei und aufgrund des Widerstandes in der britischen Bevölkerung. Zusammen mit den USA und Spanien drängte er daraufhin auf eine zweite, nun eindeutig kriegslegitimierende UN-Resolution. Als sich die Mehrheit der Mitglieder des UN-Sicherheitsrates jedoch gegen einen Krieg und für eine Fortführung der Inspektionen aussprach, blieb Blair standhaft. In einer „hochdramatische[n], rhetorisch exzellente[n] Rede“ (Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 289) vor dem britischen Unterhaus gelang es ihm am 18. März 2003, die Zustimmung des Parlaments zu seinem Kriegskurs zu erhalten.

Für Premierminister Blair stellt die UN-Resolution 1441 den Endpunkt der langjährigen Entwaffnungsversuche Saddam Husseins dar: „1441 is a very clear resolution. It lays down a final opportunity for Saddam to disarm. [...] It says that this time compliance must be full, unconditional and immediate“ (Blair 2003). Blair erkennt an, dass das lange Zögern hinsichtlich militärischer Maßnahmen richtig gewesen sei, sieht nun aber den Zeitpunkt zum Handeln gekommen, da alle diplomatischen Mittel ausgeschöpft seien: „Our fault has not been impatience“ (Blair 2003). Nur durch Gewalt sei Saddam Hussein jetzt noch zur Einsicht und Entwaffnung zu bewegen (Blair 2003). Der Premier kritisiert insbesondere Frankreich für die Blockade des UN-Sicherheitsrates und den Widerstand gegen eine Resolution, die eine Militäraktion im Falle von Nichtbeachtung durch den Irak vorsehe: „The tragedy is that had such a resolution issued, he might just have complied. Because the only route to peace with someone like Saddam Hussein is diplomacy backed by force“ (Blair 2003). Großbritanniens grundsätzliche Bevorzugung politischer Instrumente und die

alleinige Anwendung von Gewalt als letztes Mittel treten hier zu Tage. Im Falle des Irak sieht Blair jedoch den Fall der ‚ultima ratio‘ gegeben, nicht zuletzt auch aufgrund der Weigerung Frankreichs.

Des Weiteren warnt der Premierminister vor den Gefahren eines Nichthandelns und der folgenschweren Wirkung auf andere tyrannische Regime: „Dangerous because one day they will mistake our innate revulsion against war for permanent incapacity“ (Blair 2003). Blair beschreibt die UN als Zentrum der Diplomatie und des Handelns und bekräftigt in diesem Zusammenhang, dass eine ausbleibende Reaktion gegen die irakischen Verstöße „the most deadly damage to the UN’s future strength“ bedeuten und die Staaten wieder auf den „very unilateralist path we wish to avoid“ (Blair 2003) zwingen würde. Die Glaubwürdigkeit und das Gewicht der UN in zukünftigen Konflikten stehen somit in Frage und müssen zum Wohle aller verteidigt werden. In diesem Kontext betont Blair ebenso, dass ein zivilmachttypisches Auftreten, welches sich nur auf Rhetorik und nicht auf Handeln stütze, auch Schwäche implizieren könne: „to talk, to discuss, to debate but never act; to declare our will but not enforce it; to combine strong language with weak intentions, a worse outcome than never speaking at all“ (Blair 2003).

In Analogie zu den USA baut Blair dasselbe Bedrohungsszenario auf: die Kombination von Terrorismus und Massenvernichtungswaffen. Allerdings betont er, dass die Verbindung momentan noch recht lose, sie aber im Begriff der Konsolidierung sei (Blair 2003). Die These der Irak-Intervention als Präventivkrieg ist somit nicht von der Hand zu weisen. Ähnlich ambivalent drückt sich Blair hinsichtlich eines Regimewechsels im Irak aus. Einerseits führt er die Resolution 1441 als Rechtsgrundlage an, die dies nicht vorsehe. Andererseits verweist er auf die Menschenrechtsverletzungen, das Armut und Leid der irakischen Bevölkerung und folgert mit einem Verweis auf Hitler: „Leave Saddam in place and that is how they will continue to live“ (Blair 2003). Blair beschwört somit auch die moralische Verpflichtung zum Eingreifen in den Irak.

Zuletzt geht der britische Premierminister auf das transatlantische und innereuropäische Auseinanderdriften ein. Die Lähmung der

UN sei ein direktes Resultat dieser Spaltung (Blair 2003). Ingeheim macht Blair somit die europäischen Kriegsgegner für den von ihnen so gefürchteten US-amerikanischen Unilateralismus verantwortlich. Mit einer rhetorischen Frage setzt er sich schließlich als Retter des Multilateralismus in Szene: „And if our plea is for America to work with others, to be good as well as powerful allies, will our retreat make them multilateralist?“ (Blair 2003). Blair möchte sich als verlässlicher Juniorpartner der USA präsentieren, um so die Chancen der Einflussnahme auf die Bush-Regierung zu wahren. Es sei an der Zeit für die rechte Sache einzutreten und Stärke angesichts der vielfältigen Bedrohungen zu beweisen, „to give a lead, to show that we will stand up for what we know to be right“ (Blair 2003).

Zwischenfazit

Mit Großbritanniens Teilnahme an der ‚Koalition der Willigen‘ im Irak-Krieg weicht Blair eindeutig vom Leitbild der Zivilmacht ab. Entgegen dem idealtypischen Rollenbild wird Gewalt ohne UN-Legitimierung angewandt und die Institution des Sicherheitsrates durch Anschluss an den US-amerikanischen Unilateralismus umgangen. Auffällig ist jedoch Blairs Argumentation, dass Großbritannien mit seinem entschlossenen Vorgehen gegen den Irak und durch die gewaltsame Normdurchsetzung gerade die Glaubwürdigkeit und den Einfluss einer Zivilmacht in den internationalen Beziehungen sichern wolle. Durch die Blockade des UN-Sicherheitsrates sieht sich Großbritannien gezwungen, als Vollstrecker eines vermeintlich kollektiven Willens der internationalen Staatengemeinschaft zu handeln und universelle Werte auf globaler Ebene zu verteidigen (Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 289). Damit unterliegt Blair der neokonservativen Instrumentalisierung von Normen und Institutionen sowie deren Rechtfertigung von Gewalt und Krieg zum Export demokratischer Werte. Die Irak-Politik Blairs stellt jedoch einen klaren Bruch mit den zu Beginn seiner Amtszeit ausgegebenen außenpolitischen Leitlinien dar, die eine Stärkung multilateraler Organisationen, ein Selbstverständnis als Brückenbauer zwischen Europa und den USA sowie allgemein eine integrative Rolle Großbritanniens im Herzen

Europas vorsahen (Reichinger 2010: 197).

Die Europäische Sicherheitsstrategie vom Dezember 2003

Angesichts dieser von den Mitgliedsstaaten der EU selbst ausgeführten amerikanischen divide et impera-Strategie (Reichinger 2010: 264) und der Uneinigkeit über das Vorgehen gegen den Irak scheint es verwunderlich, dass die Union am 12. Dezember 2003 ein gemeinsames sicherheitspolitisches Strategiepapier verabschiedet hat. Den politischen Eliten der EU ist es in der Irak-Krise nicht gelungen, eine gemeinsame europäische Realität zu konstruieren. Eine gemeinsame europäische strategische Kultur erscheint somit als Mythos (Williams 2005: 93). Dieser Frage soll abschließend bei der Untersuchung der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) nachgegangen werden.

Wie Haine (2005: 67) richtig bemerkt, erklärt der Zeitpunkt der Verabschiedung der ESS auch deren Inhalt: „It is more about a vision than about strategic interests, more about attitude than policies.“ Die Mitgliedsstaaten bekennen sich in der ESS zum Leitbild der Zivilmacht, welches der EU als eine Art Metarolle inhärent ist. Die EU möchte sich zu einem „glaubwürdigen und handlungsstarken Akteur“ verbunden mit der „Verantwortung für die globale Sicherheit“ (Europäischer Rat 2003: 1) entwickeln. Als Gefahren werden die neuen (asymmetrischen) Bedrohungen wie Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte, das Scheitern von Staaten sowie die organisierte Kriminalität genannt (Europäischer Rat 2003: 3ff.). Die EU beabsichtigt, diesen Gefahren durch die Kombination von zivilen und militärischen Instrumenten sowie durch Konfliktprävention und ziviles Krisenmanagement zu begegnen (Europäischer Rat 2003: 7). Als Handlungsgrundlage wird auf einen „wirksamen Multilateralismus“ (Europäischer Rat 2003: 9) im Rahmen der Vereinten Nationen und anderer regionaler Organisationen sowie auf das transatlantische Bündnis verwiesen. Die konkreten Fragen nach den außenpolitischen (Zwangs-) Mitteln, der Art und Bedingung ihrer Anwendung und wer darüber beschließt, sind jedoch weitgehend offen gelassen, nur sehr vage formuliert und lassen daher großen Interpretationsspielraum. So müssen diejenigen

Staaten, die sich von der internationalen Staatengemeinschaft abgekehrt haben, „dafür einen Preis bezahlen“ (Europäischer Rat 2003: 10). Des Weiteren schließt das Papier auch ein „frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen“ sowie „präventives Engagement“ (Europäischer Rat 2003: 11) nicht aus. Die ESS ist somit von großer sprachlicher Ambiguität gekennzeichnet, in der sowohl das ‚alte‘ als auch das ‚neue Europa‘ der Irak-Krise mit ihren unterschiedlichen Positionen einen Platz finden. Das Papier zeigt lediglich eine Reihe von strategischen Präferenzen an, ohne ein strategisches Gesamtkonzept zur kritischen Frage der Gewaltanwendung zu enthalten und kann folglich noch nicht mit einer gemeinsamen strategischen Kultur gleichgesetzt werden (Gariup 2009: 127). Howorth (2007: 202) beschreibt die ESS richtigerweise als „something of a compromise between different cultures and approaches among the EU member states.“ Als direkte Lehre aus den Irak-Erfahrungen hat jedoch auch die EU erkannt, dass gemeinsame Bedrohungsanalysen und Gefahrenabschätzungen die entscheidende Grundlage für gemeinsame Maßnahmen sowie konzertiertes Handeln sind und dies eine einheitliche Führung verlangt (Europäischer Rat 2003: 12f.). Der post-moderne comprehensive security-Ansatz der EU ist somit als erster Schritt zur Entwicklung einer gemeinsamen strategischen Kultur anzusehen.

Über die grundlegenden Normen und Werte der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik besteht dagegen weitgehende Einigkeit in den EU-Mitgliedsstaaten. Am Leitbild der Zivilmacht – wie von der ESS ausgehen – besteht kein Zweifel, auch wenn es bei den Mitgliedern unterschiedlich stark internalisiert sein mag. Meinungsverschiedenheiten und Divergenzen entstehen jedoch, wie es die Irak-Frage gezeigt hat, bei der Umsetzung und konkreten Anwendung von Normen in spezifischen Krisensituationen. In Bezug auf die EU und den Irak-Konflikt konstatieren Puetter/Wiener (2007: 1081):

Rather than departing from fundamentally different normative assumptions with regard to the key objectives of national foreign policy the diverging positions emerged at the very moment when policymakers made use of the underlying and largely shared normative structure in world politics.

Die Normoperationalisierung erfolgt zumeist

im nationalen Kontext, wodurch eine gewisse Abhängigkeit entstehen kann, wie im Falle Großbritanniens in der Irak-Krise geschehen. Ein kollektiver Prozess der Norminterpretation und –operationalisierung bei der Bewertung der geeigneten Politikinstrumente ist innerhalb der Union daher von herausragender Bedeutung, wenn die EU als einheitlicher und handlungsstarker Akteur auf internationaler Ebene auftreten möchte (Puetter/Wiener 2007: 1082).

Fazit

Obwohl sich das tatsächliche Verhalten von Deutschland, Frankreich und Großbritannien im Irak-Krieg grundsätzlich voneinander unterscheidet und sich in der Beteiligung oder Ablehnung der ‚Koalition der Willigen‘ ausdrückt, sind die in der deklaratorischen Außenpolitik der drei Staaten vertretenen Positionen nicht weit voneinander entfernt. In der Tradition des Zivilmachtkonzeptes wird auf die Verteidigung universeller Werte und Normen, den Schutz der Glaubwürdigkeit und Relevanz der Vereinten Nationen und des UN-Sicherheitsrates sowie auf die Pflicht zur Übernahme internationaler Verantwortung Bezug genommen. Ebenso stimmen beide Lager überein, dass die Verstöße des Iraks gegen die UN-Resolutionen und die dortigen Waffeninspektionen nicht endlos fortgeführt werden können und weisen somit indirekt auf eine Möglichkeit der Gewalt als ‚ultima ratio‘ hin. Der entscheidende Unterschied liegt jedoch in der divergierenden Einschätzung des irakischen Bedrohungspotenzials und dem damit verbundenen Zeitpunkt für eine solche gewaltsame Normdurchsetzung als letztes Mittel. Während dieser für Deutschland und Frankreich noch nicht gekommen ist, schließt sich Blair der neokonservativen Argumentation der Notwendigkeit einer Militäroperation an. Die Tatsache, dass er jedoch bis zuletzt auf eine weitere Resolution bzw. ein UN-Ultimatum an Saddam Hussein gedrängt hat und somit den Weg über die Vereinten Nationen gehen wollte, muss dem britischen Premierminister zugute gehalten werden. In dieser Hinsicht scheint auch Deutschlands Position des kategorischen Nein Inkonsistenzen mit dem Idealtypus der Zivilmacht aufzuweisen.

In Bezug auf die Rhetorik stimmen die

drei Akteure somit weitgehend mit dem in der Europäischen Sicherheitsstrategie formulierten Leitbild der Zivilmacht überein, was nicht zuletzt auch deren Unschärfe im Bereich der zu verwendenden Mittel und Instrumente geschuldet ist. Aufgrund dieser Ungenauigkeit und dem Fehlen konkreter Handlungsanweisungen sowie einer umfassenden Strategiekonzeption entstehen Abweichungen von der normativen Zivilmachtorientierung im tatsächlichen Rollenverhalten der EU-Mitgliedsstaaten. Es ergibt sich somit eine gewisse Doppeldeutigkeit des Zivilmachtkonzepts als normativ-präskriptives Leitbild einerseits, das die EU zweifelslos besitzt und vorgibt, und als empirisch-analytische Erklärungskategorie des spezifischen Handelns andererseits. So bemerken auch Maull et al. (1997: 111), dass das tatsächliche Rollenverhalten nicht immer mit dem Rollenkonzept einer Zivilmacht übereinstimmt, es durchaus Widersprüche gebe und die Rollentheorie somit als ein „Ansatz mittlerer Reichweite“ in Komplementarität zu anderen Erklärungsfaktoren zu verstehen sei.

Ein Abschied vom Leitbild der Zivilmacht ist daher in der EU trotz der Divergenzen in der Irak-Frage nicht festzustellen. Die EU entspricht zwar sicher nicht dem von Kagan überspitzt formulierten Bild der Venus, die sich im post-historischen Paradies des Kantischen Ewigen Friedens bewege, dafür sind die Umstände im internationalen System nicht gegeben; ein Streben nach Zivilisierung der internationalen Beziehungen ist aber deutlich erkennbar. Um diese Funktion effektiv wahrnehmen zu können, benötigt die EU gerade auch militärische Kapazitäten und Instrumente, die es jedoch in Übereinstimmung mit dem Zivilmachtkonzept gemeinschaftlich und im Rahmen der Vereinten Nationen anzuwenden gilt. Im Sinne einer realistischen, d. h. auf die Bedürfnisse und Anforderungen des internationalen Systems abgestimmten Zivilmachtkonzeption sind die Europäische Sicherheitsstrategie aus dem Jahr 2003 und der dazugehörige Fortschrittsbericht im Jahr 2008 als wichtige Wegmarken zu einer gemeinsamen europäischen strategischen Kultur zu werten. ■■■

Literaturverzeichnis

Primärliteratur

Aznar, José María/Barroso, José Manuel/Berlusconi, Silvio et al., 2003: *Europe and America must stand united*, in: *The Times* 30.01.2003, <http://www.timesonline.co.uk/tol/comment/article858456.ece> (25.09.2011).

Blair, Tony, 2003: *Rede vor dem britischen Unterhaus am 18. März 2003*, London, <http://www.guardian.co.uk/politics/2003/mar/18/foreignpolicy.iraq1/print> (25.09.2011).

Chirac, Jacques und Gerhard Schröder, 2003a: *Gemeinsame Erklärung zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags*, Paris 22. Januar 2003, <http://www.botschaft-frankreich.de/IMG/pdf/erklaerung-fa-40.pdf> (25.09.2011).

Chirac, Jacques und Gerhard Schröder, 2003b: *Interview zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrags*, Paris 22. Januar 2003, <http://www.france-allemande.fr/Interview-mit-Bundeskanzler,385.html> (25.09.2011).

De Villepin, Dominique, 2003a: *Rede vor dem UN-Sicherheitsrat am 7. März 2003 (4714)*, http://www.undemocracy.com/securitycouncil/meeting_4714#pg018-bk02 (25.09.2011).

De Villepin, Dominique, 2003b: *Rede vor dem UN-Sicherheitsrat am 19. März 2003 (4721)*, http://www.undemocracy.com/securitycouncil/meeting_4721#pg005-bk02 (25.09.2011).

Europäischer Rat, 2003: *Europäische Sicherheitsstrategie. Ein sicheres Europa in einer besseren Welt*, Brüssel 12. Dezember 2003, <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIDE.pdf> (25.09.2011).

Fischer, Joschka, 2003a: *Rede vor dem UN-Sicherheitsrat am 7. März 2003 (4714)*, http://www.undemocracy.com/securitycouncil/meeting_4714#pg009-bk02 (25.09.2011).

Fischer, Joschka, 2003b: *Rede vor dem UN-Sicherheitsrat am 19. März 2003 (4721)*, <http://www.undemocracy.com/securitycouncil/>

[meeting_4721#pg003-bk04](http://www.undemocracy.com/securitycouncil/meeting_4721#pg003-bk04) (25.09.2011).

Joint Declaration by Russia, Germany and France, Paris 5. März 2003, http://www.un.int/france/documents_anglais/030305_mae_france_iraq.htm (25.09.2011).

Schröder, Gerhard, 2002: *Rede zum Wahlkampfauftakt in Hannover am 5. August 2002*, http://www.powi.uni-jena.de/wahlkampf2002/dokumente/SPD_Schroeder_RedewahlkampfauftaktHannover.pdf (25.09.2011).

Statement of the Vilnius Group Countries vom 5. Februar 2003, <http://www.mfa.gov.lv/en/news/press-releases/2003/feb/2868/> (25.09.2011).

UN-Resolution 1441 vom 8. November 2002, <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N02/682/26/PDF/N0268226.pdf?OpenElement> (25.09.2011).

Sekundärliteratur

Bierling, Stephan, 2010: *Geschichte des Irakkriegs: Der Sturz Saddams und Amerikas Albtraum im Mittleren Osten*, München.

Blatter, Joachim K./Janning, Frank und Claudius Wagemann, 2007: *Qualitative Politikanalyse: Eine Einführung in Forschungsansätze und Methoden*, Wiesbaden.

Buras, Piotr und Kerry Longhurst, 2004: *The Berlin Republic, Iraq and the Use of Force*, in: *European Security* 13/3, 215-245.

Ehrhart, Hans-Georg/Jaberg, Sabine/Rinke, Bernhard et al. (Hg.), 2007: *Die Europäische Union im 21. Jahrhundert. Theorie und Praxis europäischer Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik*, Wiesbaden.

Gariup, Monica, 2009: *European Security Culture: Language, Theory, Policy*, Farnham.

Giegerich, Bastian, 2006: *European Security and Strategic Culture: National Responses to the EU's Security and Defence Policy*, Baden-Baden.

- Haine, Jean-Yves, 2005: *The European Security Strategy: Can the EU Become a Global Security Actor?*, in: Jäger, Thomas/Höse, Alexander und Kai Oppermann (Hg.): *Die Sicherheitsstrategien Europas und der USA: Transatlantische Entwürfe für eine Weltordnungspolitik*, Baden-Baden, 66-79.
- Heyrich, Wolfgang/Krause, Joachim/Nerlich, Uwe et al. (Hg.), 1992: *Sicherheitspolitik Deutschlands: Neue Konstellationen, Risiken, Instrumente*, Baden-Baden.
- Howorth, Jolyon, 2007: *Security and Defence Policy in the European Union*, New York.
- Jäger, Thomas/Höse, Alexander und Kai Oppermann (Hg.), 2005: *Die Sicherheitsstrategien Europas und der USA: Transatlantische Entwürfe für eine Weltordnungspolitik*, Baden-Baden.
- Johnston, Alastair Iain, 1995: *Thinking about Strategic Culture*, in: *International Security* 19/4, 32-64.
- Kagan, Robert, 2002: *Power and Weakness*, in: *Policy Review* 113, 3-28.
- Kirste, Knut und Hanns W. Maull, 1996: *Zivilmacht und Rollentheorie*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3/2, 283-312.
- Kuckartz, Udo, 2009: *Inhaltsanalyse*, in: Westle, Bettina (Hg.): *Methoden der Politikwissenschaft*, Baden-Baden, 334-344.
- Kümmel, Gerhard und Andreas Prüfert (Hg.), 2000: *Military Sociology: The Richness of a Discipline*, Baden-Baden.
- Longhurst, Kerry, 2000: *The Concept of Strategic Culture*, in: Kümmel, Gerhard und Andreas Prüfert (Hg.): *Military Sociology: The Richness of a Discipline*, Baden-Baden, 301-310.
- Maull, Hanns W., 1992: *Zivilmacht: Die Konzeption und ihre sicherheitspolitische Relevanz*, in: Heyrich, Wolfgang/Krause, Joachim/Nerlich, Uwe et al. (Hg.): *Sicherheitspolitik Deutschlands: Neue Konstellationen, Risiken, Instrumente*, Baden-Baden, 771-786.
- Maull, Hanns W./Frenkler, Ulf/Harnisch, Sebastian et al., 1997: *Deutsche, amerikanische und japanische Außenpolitikstrategien 1985-1995: Eine vergleichende Untersuchung zu Zivilisierungsprozessen in der Triade*, DFG-Projekt „Zivilmächte“: *Schlussbericht und Ergebnisse*, Universität Trier, <http://www.uni-heidelberg.de/md/politik/harnisch/person/publikationen/dfgfinal.pdf> (25.09.2011).
- Maull, Hanns W., 2005: *Europe and the New Balance of Global Order*, in: *International Affairs* 81/4, 775-779.
- Mayring, Philipp, 2010: *Qualitative Inhaltsanalyse: Grundlagen und Techniken*, 11. Auflage, Weinheim.
- Meiers, Franz-Josef, 2007: *EU als Militärmacht*, in: Ehrhart, Hans-Georg/Jaberg, Sabine/Rinke, Bernhard et al. (Hg.): *Die Europäische Union im 21. Jahrhundert: Theorie und Praxis europäischer Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik*, Wiesbaden, 133-147.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela, 2004: *Großbritannien im Irak-Konflikt – Juniorpartner oder Schoßhund der USA?*, in: Staack, Michael und Rüdiger Voigt (Hg.): *Europa nach dem Irak-Krieg: Ende der transatlantischen Epoche?*, Baden-Baden, 279-305.
- Puetter, Uwe und Antje Wiener, 2007: *Accommodating Normative Divergence in European Foreign Policy Co-ordination: The Example of the Iraq Crisis*, in: *Journal of Common Market Studies* 45/5, 1065-1088.
- Reichinger, Martin, 2010: *Sharing the burden – Sharing the lead? Euro-atlantische Arbeitsteilung im Zeichen des allianzinternen Sicherheitsdilemmas*, Baden-Baden.
- Rinke, Bernhard, 2007: *Von der Zivilmacht zur Weltmacht? Die Europäische Union als Akteur im internationalen System*, in: Ehrhart, Hans-Georg/Jaberg, Sabine/Rinke, Bernhard et al. (Hg.): *Die Europäische Union im 21. Jahrhundert: Theorie und Praxis europäischer Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik*, Wiesbaden, 108-122.
- Risse, Thomas, 2003: *Die neue Weltordnung: US-amerikanische Hypermacht – europäische Ohnmacht?*, in: *WeltTrends* 11/39, 110-119.
- Schuster, Jürgen, 2004: *Das ‚alte‘ und das ‚neue‘ Europa: Die Reaktionen der europäischen Länder auf die amerikanische Irak-Politik: Ein Vergleich dreier Erklärungsansätze*, Münster.
- Siedschlag, Alexander (Hg.), 2006: *Methoden der sicherheitspolitischen Analyse: Eine Einführung*, Wiesbaden.
- Smith, Karen E., 2005: *Still ‚Civilian Power EU‘?*, in: *European Foreign Policy Working Paper 1/2005*, <http://personal.lse.ac.uk/SMITHKE/EFPUworkingpaper2005-1.pdf> (25.09.2011).
- Staack, Michael, 2004: *Nein zur Hegemonialmacht: Deutschlands außenpolitische Entscheidungsprozesse im Irak-Konflikt*, in: Staack, Michael und Rüdiger Voigt (Hg.): *Europa nach dem Irak-Krieg: Ende der transatlantischen Epoche?*, Baden-Baden, 203-230.
- Staack, Michael und Rüdiger Voigt (Hg.), 2004: *Europa nach dem Irak-Krieg: Ende der transatlantischen Epoche?*, Baden-Baden.
- Stahl, Bernhard, 2006: *Vergleichende Außenpolitikanalyse: Das Verhalten ausgewählter EU-Staaten in der Irak-Krise*, in: Siedschlag, Alexander (Hg.): *Methoden der sicherheitspolitischen Analyse: Eine Einführung*, Wiesbaden, 135-167.
- Stark, Hans, 2004: *Frankreichs Außenpolitik zwischen Anpassungsdruck und Status Quo*, in: Staack, Michael und Rüdiger Voigt (Hg.): *Europa nach dem Irak-Krieg: Ende der transatlantischen Epoche?*, Baden-Baden, 257-277.
- Wagner, Wolfgang, 2006: *Qualitative Inhaltsanalyse: Die soziale Konstruktion sicherheitspolitischer Interessen in Deutschland und Großbritannien*, in: Siedschlag, Alexander (Hg.): *Methoden der sicherheitspolitischen Analyse: Eine Einführung*, Wiesbaden, 169-188.
- Westle, Bettina (Hg.), 2009: *Methoden der Politikwissenschaft*, Baden-Baden.
- Whitman, Richard, 2006: *Road Map for a Route March? (De-) civilianizing through the EU's Security Strategy*, in: *European Foreign Affairs Review* 11/1, 1-15.
- Williams, Michael J., 2005: *On Mars and Venus: Strategic Culture as an Intervening Variable in US and European Foreign Policy*, Münster.

Tim Kraski

„NEUE MEDIEN“ IM US-WAHLKAMPF Hat Barack Obama 2008 den Präsidentschaftswahlkampf revolutioniert?

Tim Kraski

Diplom Kulturwirt,
Universität Passau,
Gymnasiallehramt
Politik, Englisch,
Spanisch,
Universität Freiburg,
TimKraski@gmx.de

Abstract

Sowohl in den Medien als auch in der wissenschaftlichen Literatur wurden der US-Präsidentschaftswahlkampf und die Präsidentschaftswahl 2008 als historische Ereignisse wahrgenommen. Ein besonderes Novum wurde vor allem darin gesehen, wie Obamas Wahlkampfteam die sogenannten neuen Medien einsetzte. Obama war sehr erfolgreich darin, Partei und Wählerschaft unter Zuhilfenahme des Internets auf seine Seite zu bringen. Dies wirft mehrere Fragen auf: Erstens stellt sich die Frage, inwiefern die von Obama eingesetzten Wahlkampfmittel und -strategien wirklich so innovativ waren, wie häufig kolportiert wurde. Zweitens stellt sich in anwendungsorientiert-praktischer Hinsicht die Frage, inwiefern durch Obamas neue Herangehensweise ein Präzedenzfall geschaffen wurde, der bestimmenden Einfluss auf den Gang zukünftiger Wahlkämpfe haben könnte. Drittens stellt sich grundsätzlich die Frage, was der Einfluss der neuen Medien im Wahlkampf für die US-Demokratie bedeutet. In folgender Analyse soll das Zusammenspiel zwischen neuen Medien und US-Präsidentschaftswahlkampf beleuchtet werden, um Antworten auf die genannten Fragen zu finden.

Einleitung

Am 10. April 2012 gab Rick Santorum seinen Rückzug aus dem Vorwahlkampf der Republikaner bekannt (O.V., 2012). Das Rennen um die Präsidentschaft wird also allem Anschein nach zwischen Mitt Romney und Barack Obama stattfinden. Obama kündigte bereits am 4. April 2011, 20 Monate vor dem Wahltermin, seine Kandidatur über ein Online-Video an, auf das zuallererst diejenigen seiner Anhänger, die in der Datenbank seiner Wahlkampagne registriert sind, aufmerksam gemacht wurden (O.V. 2011a). In Obamas Video hieß es:

„Wir machen das jetzt, weil die Politik, an die wir glauben, nicht mit teuren Fernsehspots oder Spektakeln beginnt, sondern mit euch“ (O.V.2011b).

An dieser Nachricht lassen sich zentrale Elemente ablesen, die auch für Obamas Wahlkampf 2008 kennzeichnend waren: Der Einsatz des Internets und der persönliche und integrierende Ton, den Obama in der Verwendung dieses Mediums anschlägt.

Sowohl in den Medien als auch in der wissenschaftlichen Literatur wurden US-Präsidentschaftswahlkampf¹ und -wahl 2008 als geschichtsträchtige Ereignisse von einmaliger Qualität bezeichnet (vgl. dazu bspw. Fenn 2009: 210). Als Novum betrachtet wurde vor allem die Art und Weise, auf die Obamas Wahlkampfteam neue Medien einsetzte², um damit Partei und Wählerschaft auf die Seite des Kandidaten zu bringen. Dies wirft mehrere Fragen auf: Erstens stellt sich die Frage, inwiefern die von Obama³ eingesetzten Wahlkampfmittel und -strategien wirklich so neu und innovativ waren, wie häufig kolportiert wurde (siehe dazu beispielsweise Jacinto 2009). Zweitens stellt sich in anwendungsorientiert-praktischer Hinsicht die Frage, inwiefern die „neue“ Herangehensweise Obamas als Erfolgsvariable ein zentraler Faktor für das Erreichen des Wahlsiegs war und wie wahrscheinlich es ist, dass sie, im Sinne eines Präzedenzfalles, auch in Zukunft eine zentrale Erfolgsvariable bleiben wird. Drittens stellt sich auf der grundsätzlichen Ebene die Frage, was der Einfluss der neuen Medien im Wahlkampf für die US-Demokratie als solche bedeutet.

Im Folgenden soll das Zusammenspiel zwischen neuen Medien und US-Präsidentschaftswahlkampf analysiert werden,

um Antworten auf die genannten Fragen zu finden. Einerseits sollen die neuen Medien als Einflussfaktor auf und Erfolgsvariable im Präsidentschaftswahlkampf beleuchtet und davon ausgehend die Innovativität von Obamas Medienstrategie beurteilt werden. Andererseits soll die grundsätzliche Auswirkung der neuen Medien auf Wahlkämpfe und auf die US-Demokratie untersucht werden.

Herangehensweise und Struktur der Analyse

Den Fokus einer Untersuchung nur auf die Rolle neuer Medien im Präsidentschaftswahlkampf zu legen, mag die Kritik einer reduktionistischen Vorgehensweise hervorrufen. Wenn folgend nur dieser eine Faktor untersucht wird, soll dies nicht heißen, dass dieser Faktor der einzig relevante sei. Es gibt viele weitere Variablen, die Einfluss auf die Funktionslogik eines Wahlkampfes und den Wahlerfolg eines Kandidaten haben. Dazu gehören unter anderem die Wahlkampfthemen, die Haltung der Kandidaten zu diesen Themen, die Entscheidung über den Vizepräsidenten, die Frage, ob es sich um eine Wiederwahl handelt oder nicht, und nicht zuletzt der zeithistorische Kontext.

Dass sich die vorliegende Analyse auf neue Medien konzentriert, lässt sich wie folgt begründen. Nach Filzmaier und Plasser gelten die USA als „Prototyp der medienzentrierten Demokratie“ (Filzmaier/Plasser 2001: 137), die Medien spielen in der großräumigen Republik USA eine wichtige Rolle in Wahlkämpfen. Ändert sich nun das Mediensystem in seiner

¹ Wird im Verlauf des Textes von „Präsidentschaftswahlkampf“ (analog dazu: „Wahlkampf“) gesprochen, so wird dieser Begriff breit gefasst verstanden und bezieht sich sowohl auf die Phase der Vorwahlen als auch auf die Phase des Hauptwahlkampfes nach der Nominierung der Parteikandidaten. Soll zwischen diesen beiden Phasen unterschieden werden, wird respektive von „Vorwahlkampf“ und von „Hauptwahlkampf“ gesprochen.

² Im Falle der Medien von „Einsatz“ zu sprechen ist insofern problematisch, als dass Medien nicht nur „passives“ Wahlkampfmittel sind, sondern auch eine Akteursrolle einnehmen, sei es beispielsweise in Form großer Medienanstalten oder einzelner „Blogger“. Darauf wird noch einzugehen sein. „Hauptwahlkampf“ gesprochen.

³ Es ist klar, dass nicht Obama allein diese neue Herangehensweise bestimmt hat, sondern im Wahlkampf ein professionelles Team strategisch gearbeitet hat. Um den Leseprozess angenehmer zu gestalten, wird abwechselnd von Obama und Obamas Wahlkampagne oder -team gesprochen. Gemeint ist jeweils dasselbe.

Funktionslogik, wie dies mit der Entstehung und Entwicklung der neuen Medien der Fall ist, so hat diese Veränderung in einem medienzentrierten politischen System immer auch Rückwirkungen auf dieses System. Konkret könnte dies im untersuchten Fall in anwendungsorientiert-praktischer Hinsicht bedeuten, dass Obamas Einsatz neuer Medien zum „Präzedenzfall“ wird; das heißt, dass dieser Fall einen neuen Pfad begründen könnte, dem zukünftige Kandidaten, wenn sie Erfolg haben wollen, nicht zuletzt wegen der Erwartungen der Wähler folgen müssten. Der Faktor „Einsatz neuer Medien à la Obama“ wäre damit von allgemeingültiger Relevanz im Präsidentschaftswahlkampf. Als historisches Beispiel lässt sich hier die erstmalige Durchführung einer Fernsehdebatte im Wahlkampf 1960 zwischen Kennedy und Nixon nennen, die, mit zeitlicher Verzögerung, seit 1976 fest in den amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf integriert ist (vgl. dazu Filzmaier/Plasser 2001: 238f.). Eine isolierte Betrachtung der neuen Medien scheint in diesem Kontext also angemessen und findet in dem Bewusstsein statt, dass weitere Faktoren gleichfalls eine wichtige Rolle für den Ausgang von Präsidentschaftswahlen spielen.

In der Analyse des Faktors „neue Medien“ im Präsidentschaftswahlkampf wird dreistufig vorgegangen. In einem ersten Schritt wird geklärt, was in der Analyse unter „Medien“ und „neuen Medien“ verstanden wird und welche Funktionen diese im politischen Prozess und im US-Präsidentschaftswahlkampf erfüllen. Im zweiten Schritt wird ein historischer Überblick über die Entwicklung des Zusammenspiels von neuen Medien und Präsidentschaftswahlkampf gegeben, um die Grundlage für die Analyse und Beurteilung des Wahlkampfes 2008 zu legen. Anschließend wird die Rolle der neuen Medien im Wahlkampf 2008 analysiert, um unter Rückgriff auf die historische Überblicksdarstellung die Innovation von Obamas Herangehensweise und die Zentralität der Rolle der „neuen Medien“ für den Wahlerfolg beurteilen zu können (Was bedeuten die neuen Medien für Wahlkämpfer und Wahlkampf?). Im dritten und letzten Schritt sollen die grundsätzlichen Implikationen, die die neuen Medien mit sich bringen, aufgezeigt werden (Was bedeuten die neuen Medien für die US-Demokratie?).

Was sind „Medien“ – Was sind „neue Medien“?

Ganz allgemein sind Medien „Mittler von Informationen bzw. [...] Träger von Kommunikation“ (Strohmeier 2004: 25, im Original hervorgehoben). Auch Papier oder ein Computerbildschirm sind Medien. Alle Medien verfügen über eine „Doppelnatur“, die sich in zwei Potenzialen äußert (ebd.): dem kommunikationstechnischen Potential zur technischen Verbreitung von Informationen und dem sozialen Potenzial zur Entfaltung einer spezifischen sozialen Wirkung (Strohmeier 2004: 25f).

Wird in vorliegender Analyse von Medien gesprochen, so bezieht sich der Begriff auf die Medien der Massenkommunikation, die eine Kommunikation von einem Sender zu einer Vielzahl von Empfängern ermöglichen (Strohmeier 2004: 26) in der Aussagen „öffentlich durch technische Verbreitungsmittel indirekt und einseitig an ein disperses Publikum vermittelt“ werden (Maletzke 1976: 4 zitiert nach Schreyer/Schwarzmeier 2000: 141). Medien der Massenkommunikation wirken in einer demokratischen Staatsordnung als „Vermittlungsagentur zwischen dem gesamtgesellschaftlichen System und dem politischen System“ (Schreyer/Schwarzmeier 2000: 140). Die klassischen Massenmedien Zeitung, Hörfunk und Fernsehen üben in diesem Vermittlungsprozess eine filternde „Selektions- und Transformationsmacht“ aus und wirken somit als gatekeeper (Strohmeier 2004: 48).

Unter „neuen Medien“ werden in vorliegender Analyse standardmäßig die Online-Medien verstanden (Strohmeier 2004: 27), der Begriff des „Internets“ wird analog dazu verwendet.⁴ Der Begriff „neue Medien“ bringt dabei die grundsätzliche Schwierigkeit mit sich, ein relativer Begriff zu sein. Neu im Verhältnis wozu? Wird in vorliegender Arbeit eine historische Perspektive eingenommen, so kann sich der Begriff „neue Medien“ je nach Zeitkontext auch

⁴ Ganz streng genommen ist das Internet selbst kein Medium, da es allein den Datenaustausch zwischen Computern und Netzen ermöglicht. Korrekterweise müsste im Falle des Internets von einem „Meta-Medium“ gesprochen werden (Strohmeier 2004: 51). Da das Internet allerdings als Träger von Internet-Diensten und Online-Medien fungiert, soll von dieser überpräzise anmutenden Unterscheidung hier abgesehen werden.

auf das Fernsehen beziehen. Diese von der obigen Standarddefinition abweichende Verwendung wird im jeweiligen Fall deutlich gemacht.

Wie die obige Definition von Medien der Massenkommunikation zeigt, ist das Internet kein Massenmedium im klassischen Sinne. Zum einen ist es nicht nur Medium der Massenkommunikation, sondern ermöglicht auch die direkte Individualkommunikation (Strohmeier 2004: 46), die eine der häufigsten Nutzungsformen des Internets im Alltag darstellt. Zum anderen existiert keine zentrale Stelle, die das Informationsangebot selektiert, koordiniert oder transformiert (Strohmeier 2004: 48) und – sofern bestimmte Voraussetzungen⁵ erfüllt sind – hat grundsätzlich jede/r Zugang zum Internet. Das Internet als solches weist also keine gatekeeper auf. Zudem ist das Internet keine „Einbahnstraße“, wie dies bei Zeitung, Hörfunk oder Fernsehen grundsätzlich der Fall ist,⁶ sondern erlaubt direkte Antworten und Interaktion, wodurch sich die Rollensymmetrie zwischen Sender und Empfänger aufweicht (Strohmeier 2004: 49). Internetnutzer „sind erstmalig beides zugleich: Sender und Empfänger“ (Winter 1998: 274 zitiert nach Strohmeier 2004: 49). Die Funktionslogik des Internets als neues Massenmedium ist also eine andere als diejenige der traditionellen Massenmedien.⁷ Darauf wird im weiteren Verlauf der Arbeit einzugehen sein.

Nicht zuletzt soll hier betont werden, dass „die“ Medien keinen monolithischen Block darstellen, wie die personifizierende Verwendung des Begriffs zu vermitteln scheint. Die Medienlandschaft ist vielfältig und „die“ Medien sind alles andere als eine „unitary force“ (McKay/Paletz 2004: 318).

⁵ Dazu gehören z.B. die technologische Voraussetzung eines Internetzugang und eines Computers, die dazu nötigen finanziellen Mittel, die Fähigkeit, einen Computer bedienen zu können, die Abwesenheit von Zensur und Internetblockaden usw.

⁶ Einmal abgesehen von Leserschriften oder Höreranrufen.

⁷ Als Argument, das Internet sei kein Massenmedium, wird zudem oft angeführt, dass nur bestimmte Teile der Bevölkerung das Internet nutzen (vgl. dazu Strohmeier 2004: 46). Auch auf diesen Punkt wird im weiteren Verlauf einzugehen sein. Ein professionelles Team strategisch gearbeitet hat. Um den Leseprozess angenehmer zu gestalten, wird abwechselnd von (Barack) Obama und Obamas Wahlkampagne oder -team gesprochen.

Die Funktion von Medien im politischen Prozess

Grundsätzlich kommt den Medien im politischen Prozess die „Generalfunktion“ der „Herstellung von Öffentlichkeit“ zu (Bergsdorf 1980: 76 zitiert nach Schreyer/Schwarzmeier 2000: 140; vgl. dazu Strohmeier 2004: 71f.), aus der sich vier Hauptfunktionen ableiten: die Funktion der Sozialisation (d.h. Vermittlung grundlegender Werte und Spielregeln), die Funktion der Information, die Funktion der Meinungs- und Willensbildung und die Funktion der Kritik und Kontrolle (Schreyer/Schwarzmeier 2000: 143; vgl. dazu Strohmeier 2004: 71ff.). Diese allgemeinen Funktionen gelten natürlich auch für Wahlkämpfe und betreffen den Staatsbürger sowohl als Wahlbürger als auch als potenziellen Kandidaten in Wahlen.

Im Kontext der US-Präsidentschaftswahlkämpfe erfüllen die Medien darüber hinaus spezifische Funktionen für die Kandidaten, die sich zur Wahl stellen. Information und Meinungsbildung soll für die Kandidaten natürlich möglichst in einer Weise erfolgen, die die Zahl der Anhängerschaft vergrößert, Kritik und Kontrolle wird wohl eher für die Konkurrenten als für die eigene Person eingefordert. Weiterhin geht es in Wahlkampagnen darum, über die Medien Spender zu gewinnen sowie Wähler und freiwillige Helfer zu mobilisieren, die die Kandidatur beispielsweise durch Werbung im Freundes- und Bekanntenkreis und in der lokalen Umgebung unterstützen (vgl. dazu Pika 2008: 58).

Im Folgenden soll die Grundlage für die Einschätzung gelegt werden, inwiefern Barack Obamas Nutzung neuer Medien wirklich das Prädikat „historisch“ verdient. Dazu wird zuerst die Entwicklung des Einsatzes der neuen Medien im Präsidentschaftswahlkampf aufgezeigt, um anschließend Obamas Verwendung neuer Medien zu analysieren und in ihrer Neuartigkeit und Relevanz für den Wahlerfolg zu beurteilen.

Neue Medien in den Wahlkämpfen bis einschließlich 2004

Der Nominierungskongress der Demokraten 1968 lief turbulent ab (Filzmaier/Plasser 2001: 17). Nach der Nominierung von Vizepräsident Hubert Humphrey, der nicht an den Vorwahlen teilgenommen hatte, sah sich die Parteiführung

der Demokraten heftiger Kritik ausgesetzt, die zur Einrichtung der McGovern-Fraser-Kommission führte. Diese Kommission wurde mit der Aufgabe betraut, den Nominierungsprozess zu reformieren, um eine größere Beteiligung der Öffentlichkeit und eine höhere Repräsentativität der Kandidaten zu gewährleisten (Filzmaier/Plasser 2001: 18). Im Zuge des Reformierungsprozesses setzte sich in vielen Staaten das System der primaries durch. In diesem System werden die Parteikandidaten von der Partei-basis (closed primaries) bzw. der Bevölkerung (open primaries) gewählt (ebd.). Die Partei-funktionäre hatten folglich weniger (Polsby/Wildavsky 1996: 95), die Parteibasis bzw. die Wahlbevölkerung als solche mehr Einfluss auf den Auswahlprozess (Pika 2008: 59): „The result was a pronounced shift of influence from party professionals towards amateurs“ (Pika 2008: 42, Hervorhebung im Original).

Mit der Reform des Nominierungssystems, die sich in abgewandelter Form auch auf die Republikanische Partei übertrug, wurde der Einfluss der Medien auf den Nominierungswahlkampf verstärkt (Pika 2008: 43, 59). Zu dieser Stärkung kam es, da Medien für die „amateurs“ Hauptinformationsquelle über die Kandidaten sind und Partei und Interessengruppen als bisherige Intermediäre durch die Reform im Nominierungsprozess an Einfluss verloren (Hecllo 2007: 153; vgl. dazu Mewes: 1990, 139 sowie Filzmaier/Plasser 2001: 20f.). Da zudem seit den 1970er Jahren die individuelle Wählerbindung an die politischen Parteien abnimmt⁸ (Hübner 2007: 87; Mewes 1990: 140; Eilfort/Wasser 2008: 256) und die Gruppe der independents zunimmt (Pika 2008: 69), müssen einmal gekürzte Kandidaten vermehrt neue Anhänger gewinnen bzw. Wechselwähler überzeugen. Die dazu nötige breite gesellschaftliche Ansprache (vgl. dazu Pika 2008: 71) lässt sich in einer großräumigen Republik wie den USA nur über die Medien bewerkstelligen. Das Fernsehen, und damit ein in der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts neues Medium, ermöglichte es, dass Wähler Wahlkämpfe bundesweit verfolgen und Kandidaten die Bürger ohne Umweg über eine Parteiorganisation direkt ansprechen konnten

⁸ Bei den Präsidentschaftswahlen scheinen Parteibindung und Stimmabgabe trotz dieser Entwicklung noch vergleichsweise stark zusammen zu hängen, wobei auch langfristige Loyalitäten kein hohes Hindernis gegen das Abwandern in andere politische Lager darstellen (Schreyer 2007: 277).

(Filzmaier/Plasser 2001: 17).

Mit ihm war, in stärkerem Maße, als dies das Radio vermochte, die technische Grundlage gegeben, auf deren Basis die Öffnung und Demokratisierung der Kandidatennominierung durchgeführt werden konnte. Die durch das neue Medium Fernsehen ermöglichte Öffnung hat letztlich zu einem Anstieg der generellen Bedeutung der Medien im Wahlkampf geführt. Ein damals neues Medium war also Voraussetzung (Polsby/Wildavsky 1996: 95), die Medien allgemein sind Profiteure der Demokratisierung des Nominierungsprozesses.

Bis zur Jahrtausendwende profitierte hauptsächlich das Fernsehen (vgl. dazu Pika 2008: 68), das bis zum Wahlkampf 2008, in dem das Internet eine große Rolle spielte, als das Hauptmedium des US-Präsidentschaftswahlkampfes angesehen werden kann (vgl. dazu Kleinstüber 2007: 388 sowie Kleinstüber 2008: 331f.).⁹ Der massive Einsatz des Internets im Jahr 2008 ist Resultat eines Entwicklungsprozesses, der bereits in den 1990er Jahren seinen Ausgang fand.

Schon 1992 (!) setzte Jerry Brown, Nominierungskandidat der Demokratischen Partei, im Wahlkampf einen Online-Chat ein (Grant 2000: 223). 1996 wurde das Internet im Wahlkampf erstmals im großen Umfang eingesetzt (Kleinstüber 2008: 333), alle Präsidentschaftskandidaten hatten eigene Webseiten (Grant 2000: 223). Mit den Präsidentschaftswahlen 2000 fand ein Entwicklungsschub im Einsatz des Internets im Wahlkampf statt, der vor allem von John McCains Wahlkampagne ausging. Ermöglicht wurde dieser Schub, weil der republikanische Nominierungskandidat seinem Wahlkampfteam die Freiheit gab, das neue Wahlkampfmedium „Internet“ auszutesten (Filzmaier/Plasser 2001: 179). McCains Wahlkampfteam verfolgte dabei, neben der allgemeinen Steigerung seiner Bekanntheit, die Strategie, eine Datenbank mit E-Mail-Adressen von Anhängern aufzubauen und über diese Datenbank gezieltes Fundraising und die Mobilisierung von Unterstützern und Wählern zu betreiben (Filzmaier/ Plasser 2001: 180). Besonders erfolgreich war McCains Kampagne darin, über das Internet Spenden zu gewinnen

⁹ Plakatwerbung, wie sie z.B. von den Bundestagswahlen in Deutschland bekannt ist, spielt in den Präsidentschaftswahlkämpfen der USA keine Rolle (Filzmaier/Plasser 2001: 199).

(Filzmaier/Plasser 2001: 25). Während bis zum Beginn des Vorwahlkampfes bei allen Kandidaten durchschnittlich 5,2 Prozent der Spenden online gesammelt wurden, erhöhte sich dieser Anteil bei JohnMcCain im Lauf des Jahres 2000 signifikant auf bis zu 25 Prozent (Filzmaier/Plasser 2001: 165). McCain kann damit als Pionier des Internetfundraising bezeichnet werden (Ceaser/Busch 2004: 73).

Filzmaier und Plasser kommen zu dem Schluss, dass der Wahlkampf 2000 als „Beginn der Ära von professionellen Online-Wahlkämpfen bezeichnet werden“ kann (Filzmaier & Plasser 2001: 73, Hervorhebung im Original. Vgl. dazu a.a.O: 161). Auch wenn damit ein Beginn gemacht war, so muss trotz allem gesehen werden, dass die Rolle der neuen Medien in diesem Wahlkampf insgesamt relativ gering war.¹⁰

Ein massiver Schub im Einsatz des Internets im Wahlkampf vollzog sich mit den Präsidentschaftswahlen 2004, in deren Verlauf vor allem die demokratischen (Nominierungs-)Kandidaten Howard Dean und John Kerry das Internet innovativ und erfolgreich einsetzten. Einerseits schafften es beide, mit Hilfe des Internets enorme Spendensummen einzutreiben (Dezseran/Wilcox 2007: 98). Als Dean 2003 nur innerhalb eines Tages 800.000 US-\$ an Spenden über das Internet sammelte, fragten sich viele Journalisten, ob dieser Kandidat denn überhaupt gestoppt werden könne (Dezseran/Wilcox 2007: 100).

Insgesamt sammelte Dean 45 Millionen US-\$ größtenteils über das Internet – ein bis dahin unerreichter Betrag (McMahon/Rankin/Beachler/White 2004: 10). Ähnlich erfolgreich war er dabei, über das Internet Anhänger für seine Kandidatur zu gewinnen. Hatte Dean 2003 zu Anfang des Jahres 432 registrierte Unterstützer, so schoss diese Zahl bis zum Jahresende auf 600.000 online registrierte supporter (ebd.). Diese erreichte er nicht zuletzt über die Veranstaltung von Internet meet-ups, einer Mischung aus Wahlkampf und social networking. Bei diesen meet-ups konnten Spender und Anhänger Kontakte knüpfen und sich untereinander und mit Dean austauschen

¹⁰ In diesem Wahlkampf bezeichneten nur ca. elf Prozent der Wähler das Internet bzw. auf dem Internet basierende Technologien als ihre Primärquelle für Wahlkampfinformationen. 19 Prozent gaben an, zumindest einige Informationen über das Internet gewonnen zu haben (Filzmaier/Plasser 2001: 182). Nur ein Prozent der Wahlkampfspender tätigte seine Spenden über das Internet (Filzmaier/Plasser 2001: 165).

(Dezseran/Wilcox 2007: 98). Weiterhin richtete Dean einen Internet-Blog ein, den er täglich aktualisierte und über den sich seine Anhänger über den Verlauf seiner Kampagne informieren konnten (McMahon/Rankin/Beachler/White 2004: 10). Durch diese Maßnahmen brachte Dean vor allem junge, idealistische und technikaffine Wähler hinter sich (Ceaser/Busch 2004: 73; McMahon/Rankin/Beachler/White 2004: 10), die mit Dean die Ablehnung der Bush-Administration und des Irak-Krieges teilten (Ceaser/Busch 2004: 93). Dean wurde so zum Pionier eines „cyber movements“ (ebd.), das einen demokratischen Stil und eine starke Direktheit pflegte (ebd.), und dabei die Interaktion seiner Anhänger untereinander und die Interaktivität des Interneteinsatzes stark betonte (Barko Germany 2009: 153).

Auch wenn Dean die Nominierung der Demokratischen Partei schließlich verlor, so zeigte seine Kampagne, wie das Internet kreativ eingesetzt und erfolgreich zur Sammlung von Spenden verwendet werden konnte (Dezseran/Wilcox 2007: 100). Al Gore drückte Dean dafür seine Bewunderung aus und kam zu dem Schluss, dass Dean sich aufgrund seiner innovativen Web-Strategie zum Erneuerer der Demokratischen Partei gemacht habe (McMahon/Rankin/Beachler/White 2004: 10).

Die Einbindung des Mediums Internet fand schließlich auch auf dem Nominierungskonvent der Demokraten statt, auf dem Web-Blogger reservierte Plätze in der Pressesektion bekamen (Ceaser/Busch 2004: 116). Der letztlich von den Demokraten nominierte John Kerry kopierte das Internet fundraising-System von Dean und gab an, über dieses System 82 Millionen US-\$ an Spenden bekommen und 750.000 freiwillige Wahlkampfhelfer rekrutiert zu haben (Dezseran/Wilcox 2007: 100).

Abschließend lässt sich sagen, dass das Internet im Jahr 2000 noch ganz im Sinne der klassischen Definition von Massenkommunikation einseitiges (weil relativ kandidatenzentriertes) Medium war. Schon im damaligen Wahlkampf zeigte John McCain die Möglichkeiten des Internetfundraising auf (Johnson 2009a: 15). Mit den Präsidentschaftswahlen 2004 fand ein Schritt zur Stärkung der Interaktion der Anhänger untereinander und zu mehr Interaktivität statt, und damit eine gewisse Form der Mediendemokratisierung.

Neue Medien im Wahlkampf 2008

Kleinsteuber hält es für möglich, dass der Wahlkampf 2008 als erster Internetwahlkampf in die Geschichte eingehen wird (Kleinsteuber 2008: 333). In diesem Wahlkampf entwickelte Barack Obama eine ausgeklügelte Online-Strategie, die gut zu seiner jugendlichen und internetaffinen Wahlklientel passte (ebd.). Von zentraler Bedeutung war dabei das Instrument des Internetfundraising, das so erfolgreich war, dass es Obama einen komfortabel finanzierten Wahlkampf ermöglichte (ebd.).

Wenn auch das Internet im Wahlkampf eine wichtige Rolle einnahm und Obama in dieser Hinsicht als Revolutionär (siehe dazu bspw. Jacinto 2009) gesehen wird, so dürfen zwei Dinge nicht vergessen werden. Erstens war im Wahlkampf 2008 das Fernsehen nach wie vor zentrales Wahlkampfmedium (Fenn 2009: 210). 2008 wurde mit schätzungsweise 400 Millionen US-\$ so viel Geld für Fernsehwerbung ausgegeben, wie in keinem vorausgehenden US-Präsidentenwahlkampf (Fenn 2009: 211). Zweitens war es nicht nur Obama, der eine Internet-Strategie fuhr. Vielmehr versuchten sich die Kandidaten auf verschiedenliche Art und Weise im Einsatz neuer Medien zu übertreffen (Barko Germany 2009: 148). Im Gegensatz zum Wahlkampf für die Wahlen 2012 war Obama hier nicht der „Pionier“. John Edwards gab am 27.12.2006 als erster seine Kandidatur bekannt, dies geschah durch die Veröffentlichung eines Youtube-Videos (Barko Germany 2009: 147). Schon diese beiden ersten Punkte rücken das, was 2008 an „Revolution“ geschehen ist, in Perspektive.

Obamas Internetkampagne¹² zeichnete sich durch den koordinierten Einsatz seiner Internetpräsenz, Internet-Videos, social networking und E-Mail sowie SMS-Nachrichten und Einträgen auf dem Microblog Twitter aus. Zentrales Element der Kampagne war das social networking-Portal MyBarackObama.com, auf dem seine Anhänger persönliche Profile anlegen und sich vernetzen konnten.

Auch andere Kandidaten setzten ähnliche

¹² Wenn hier von „Internetkampagne“ gesprochen wird, bezieht sich dies ausschließlich auf allgemeine „werbende“ Maßnahmen. Auf das Fundraising, bei dem das Internet auch eine wichtige Rolle spielte, wird später separat eingegangen.

Werkzeuge wie Obama ein. John McCain richtete ebenfalls ein social networking-Portal mit ähnlichen Funktionen ein, welches aber weitaus weniger genutzt wurde als Obamas Seite. Auch wurde Obamas Youtube-Kanal von zehnmals so vielen Nutzern angesehen wie derjenige McCains (Johnson 2009a: 17).

Im Versuch zu erklären, warum Obama mit ähnlichen Online-Angeboten viel erfolgreicher war als seine Konkurrenten, kommt Barko Germany zu dem Schluss, dass der Erfolg darauf gründete, dass MyBarackObama.com zum zentralen Element („integral role“) der Wahlkampagne gemacht wurde und nicht nur reine Schönfärberei war (Barko Germany 2009: 156). Dass diese „integral role“ überhaupt möglich war, lässt sich anhand dreier Faktoren erklären.

Erstens: die soziodemographische Struktur der Wählerschaft von John McCain und Barack Obama. Obama hat insbesondere junge¹³ sowie gebildete Wähler aller Altersklassen und Wähler mit höherem Einkommen angesprochen (Johnson 2009a: 32) – eine Klientel, der generell eine vergleichsweise hohe Technikaffinität zugesprochen werden kann. In der Al-tersklasse zwischen 18 und 29 entfielen 66 Prozent der abgegebenen Stimmen auf Barack Obama und vergleichsweise geringe 32 Prozent auf John McCain (Barr 2009: 111). McCains Anhängerschaft setzte sich vermehrt aus Wählern über 65 Jahren zusammen (Johnson 2009a: 23) – eine Gruppe, deren Affinität zu neuen Technologien im Durchschnitt geringer sein dürfte als bei jüngeren Menschen.

Zweitens ist der große Erfolg von Obamas Internetkampagne auf den Kontextfaktor zurückzuführen, dass Obama mit der Botschaft „change“ den Nerv von großen Teilen der Bevölkerung traf, die genug von der Bush-Administration hatten und sich, um diesen „change“ herbeizuführen, aktiv einsetzten und vernetzten. McCains Kampagne ließ

¹³ Dass 2008 so viele Wähler zwischen 18 und 29 wie nie zuvor ihre Stimme abgegeben haben (Barr 2009: 111), ist nicht allein der Tatsache zu verdanken, dass Obama es vermochte, diese hinter dem Ofen hervorzulocken. Kathrin Barr betont, dass es sich bei der heutigen Jungwählergeneration, der „millennial generation“ um eine generell politisch aktivere Generation handelt als es die vorangehende „generation X“ war. Zudem arbeiten diverse Organisationen seit 2004 (erfolgreich) daran, Jungwähler zu mobilisieren. Hier sind Obama zu seiner auf Jungwähler ausgerichteten Kampagne also auch externe Faktoren zuzurechnen (siehe dazu Barr 2009).

es in ihrer Wechselhaftigkeit an solch einer vereinigenden und mobilisierenden Botschaft missen (Fenn 2009: 214) und stand zudem vor der Schwierigkeit, sich von der ungeliebten Bush-Administration distanzieren zu müssen, ohne dabei republikanische Stammwähler zu verprellen. Einer einigenden Wirkung abträglich war McCains Eintreten für eine Reform der Einwanderungsgesetzgebung, womit er quer zu weiten Teilen der republikanischen Parteibasis stand, was dazu führte, dass diese in der frühen Vorwahlkampfphase von ihm entfremdet wurde (Fabrizio 2009: 68f.). Bis zum Ende des Wahlkampfes vermochte der „maverick“ McCain es nicht, die Partei komplett hinter sich zu bringen (Fabrizio 2009: 77), was einen „Hype“, wie ihn Obama herbeiführte, klar verhinderte.

Drittens ist anzumerken, dass die Art und Weise, wie Obama die neuen Medien einsetzte, sich von derjenigen seiner Konkurrenten unterschied. Obamas Kampagne stand ständig in direktem Kontakt zu ihren Anhängern und vermochte es, diesem Kontakt einen glaubwürdigen, persönlichen Ton zu geben. Obamas Kampagne schaffte es, das Unpersönliche persönlich werden zu lassen und nutzte damit geschickt die Natur des neuen Mediums Internet aus, das nicht nur Medium der Massenkommunikation, sondern zugleich Medium der persönlichen Kommunikation ist. Diese direkte und persönliche Interaktion ist eine der häufigsten Alltags-nutzungsformen des Internets (vgl. dazu Barko Germany 2009: 148). Es ist deswegen plausibel anzunehmen, dass die Internetnutzer solch eine direkte Form der Kommunikation von den Akteuren, auf die sie im Internet stoßen, erwarten (Barko Germany 2009: 150f.) und es auch entsprechend wertschätzen, wenn diese stattfindet. Im Gegensatz zu manchen Konkurrenten, die das Medium Internet noch wie ein klassisches (und damit: unpersönliches und einseitiges) Medium der Massenkommunikation

¹⁴ Dazu gehören nach Barko Germany's Einschätzung bspw. Hillary Clintons Nominierungs-Video „I'm in“, dessen Betonung von Dialog und Austausch ungläubwürdig wirkte (Barko Germany 2009: 149; 151) sowie John Edwards Online-Nominierungsvideo, das „staged“ wirkte und ganz im Geiste der traditionellen Massenkommunikation als einseitige Sender-Empfänger Botschaft produziert worden war (vgl. dazu Barko Germany 2009: 147f.). Diese und andere Beispiele zeigten nach Barko Germany nur „an illusion of openness, conversation, and dialogue with voters while the campaign continued to engage in the same kind of broadcast-driven politics that had dominated the past sixty years of American campaigns“ (Barko Germany 2009: 148).

nutzten,¹⁴ vermochte Obama es, die Anonymität aus der Formel der Massenkommunikation zu subtrahieren und das Unpersönliche persönlich zu machen. Er nutzte die andersartige Funktionslogik des Internets als neues Massenmedium, das nicht nur die einseitige und unpersönliche, sondern gleichzeitig die interaktive und persönliche Kommunikation ermöglicht. Wie genau ging Obama vor?

Der starke persönliche Bezug in Obamas Einsatz des neuen Mediums Internet lässt sich an zweierlei Kriterien identifizieren. Einerseits versendete Obamas Kampagne wie keine andere authentisch wirkende persönliche Nachrichten und Videos, die (angeblich)¹⁵ direkt von Obama selbst, seiner Frau Michelle und Mitarbeitern der Kampagne, wie z.B. Kampagnen-Manager David Plouffe kamen, und die so formuliert waren, dass sie den Anhängern das Gefühl gaben, quasi Teil der Kampagne zu sein (Johnson 2009a: 12; Arterton/Greener 2009: 183f.). Jim Messina, Obamas Stabschef im Wahlkampf 2008, bringt das Anliegen der Kampagne, Nähe und direkten Bezug zu schaffen, auf den Punkt: „You can't just ask for money. You've got to involve them. That's why the famous videos with Plouffe were so important. People felt like insiders. They felt like they knew what we were doing“ (Messina zitiert nach Arterton/Greener 2009: 184).

In dem Vorhaben, Massenkommunikation persönlich zu gestalten, ergibt sich die Schwierigkeit, dass diese Kommunikation in weiten Teilen immer primär einseitig bleiben muss, weil ein einzelner Sender es nie schaffen wird, mit Millionen von Empfängern persönlich zu kommunizieren. Damit entsteht die Gefahr, dass die persönlich klingenden Botschaften als „fake“ empfunden werden (vgl. dazu Barko Germany 2009: 151). Obama vermochte es, diese Gefahr zu umschiffen – womit das zweite Kriterium dafür, dass er persönlichen Bezug herstellen konnte, gefunden wäre. Obama vermied den Eindruck, „fake“ zu wirken, indem er das Bedürfnis nach persönlichem Kontakt geschickt kanalisierte und umleitete. Nicht Obama selbst blieb in ständigem persönlichem Kontakt, sondern er förderte die Kommunikation seiner Anhänger untereinander sehr stark, beispielsweise durch Vernetzung auf

¹⁵ Ein pikantes Detail in dieser Angelegenheit ist, dass Obama 2009 vor chinesischen Studenten sagte, er selbst habe Twitter nie verwendet. Siehe dazu <http://www.youtube.com/watch?v=IV1cFeXYf-c> [letzter Zugriff: 13.04.2012].

MyBarackObama.com, was den Mangel an direktem Kontakt mit ihm selbst kompensieren konnte (Barko Germany 2009: 151). Durch diese intelligente Kombination des einseitig-unpersönlichen und des interaktiv-persönlichen Potentials des Internets ging das Gefühl, Insider zu sein, nicht verloren. Auch wenn John McCain ebenso Ansätze in diese Richtung entwickelte, so hatten diese nicht die Intensität derjenigen von Obama (Barko Germany 2009: 156). Und selbst wenn John McCain diesen Ansatz genauso intensiv verfolgt hätte wie Obama und das social networking eine „integral role“ hätte einnehmen lassen, wäre diese Strategie wahrscheinlich allein schon wegen der soziodemographischen Struktur seiner Wählerschaft zum Scheitern verurteilt gewesen.

Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man die Fundraising-Aktivitäten des Wahlkampfes 2008 betrachtet. Im Zeitraum der Vorwahlen schaffte Obama es, mehr als 400 Millionen US-\$ an Spenden zu sammeln – ein Betrag, der die Gesamtsumme dessen, was alle demokratischen Kandidaten 2004 an Spenden sammelten, übersteigt (Corrado/Corbett 2009: 130). Ebenso enorme Summen konnte er im Hauptwahlkampf sammeln. Hillary Clinton und John McCain hatten dagegen beide im Verlauf des (Vor-) Wahlkampfes mit Finanzierungsproblemen zu kämpfen. Wie schaffte Obama es, so erfolgreich zu sein? Der Schlüssel zu seinem Erfolg liegt auch hier „online“ und die Faktoren, die zu Obamas Erfolg beitrugen sind denjenigen, die Obamas Internetkampagne so erfolgreich werden ließen, ähnlich. Und auch hier muss betont werden, dass nicht die ausgefeilte Internet-Strategie allein Garant für den Erfolg war, sondern dass günstige Kontextfaktoren¹⁶ eine ebenso wichtige Rolle spielten.

Obamas Kampagne baute auf das Modell, dass Howard Dean und John Kerry bereits im Wahlkampf 2004 eingesetzt hatten: Obama sammelt das Geld für seinen Wahlkampf hauptsächlich über das Internet und konnte vor

¹⁶ Dazu gehören beispielsweise die Tatsache, dass der Wahlkampf hochkompetitiv war, was einen Unterstützer-Boom für Obama auslöste, und dass das politische Klima die Demokraten begünstigte (Corrado/Corbett 2009: 139). Vgl. dazu oben die Anmerkungen zu Obamas passender Botschaft des „change“.

¹⁷ Als Kleinspende gelten i.d.R. alle Beträge unter 200 US-\$ (vgl. dazu Corrado/Corbett 2009: 136).

allem beim Sammeln von Kleinspenden¹⁷ Erfolge verbuchen (Devine 2009: 32). Kein Kandidat vor Obama hat jemals solche Summen an Kleinspenden angehäuft (Corrado/Corbett 2009: 136). Von insgesamt 410,9 Millionen US-\$ an Individualspenden, die Obama bekam, beliefen sich 217,1 Millionen US-\$ auf Kleinspenden, ein Anteil von 53 Prozent (Corrado/Corbett 2009: 137).¹⁸ Der durchschnittliche Spendenbetrag, den Obama von Einzelgebern bekam, betrug 86 US-\$ (Fenn 2009: 218). Die Strategie, vor allem auf Kleinspenden über das Internet zu setzen, war optimal an die soziodemographische Basis (viele junge und gut ausgebildete Wähler) von Obamas Anhängerschaft angepasst (Faucheux 2009: 56). Zudem vermochte Obamas Kampagne es auch beim fundraising, das unpersönliche Internet persönlich werden zu lassen, indem er die Kommunikation der Spender untereinander auf MyBarackObama.com anregte, beispielsweise durch die Möglichkeit, Spender-Gruppen mit eigenen „fundraising thermometers“ zu bilden (Corrado/Corbett 2009: 138). Verantwortlich für die Ausgestaltung des online fundraising waren Joe Rospers, der 2004 für Howard Dean gearbeitet hatte, und Chris Hughes, Mitbegründer von Facebook (ebd.). Hillary Clinton folgte dahingegen, vor allem in der frühen Wahlkampfphase, eher dem traditionellen Modell des fundraising und setzte auf Großspenden aus fundraising events (Corrado/Corbett 2009: 139; vgl. dazu Devine 2009: 40). John McCain setzte auch auf das Internet als fundraising-Instrument und verwendete dabei Werkzeuge, die denen von Obama nicht unähnlich waren (vgl. dazu Corrado/Corbett 2009: 139f.). Den Pionier-Status aus dem Wahlkampf 2000 konnte McCain allerdings nicht in einen Vorteil ummünzen, die Anzahl der Spenden, die er online sammelte, war vergleichsweise gering (Corrado/Corbett 2009: 139).

Erstes Fazit: Obama – Revolutionär des Online-Wahlkampfes?

Was Obama 2008 geleistet hat, war mehr ein quantitativer denn ein qualitativer Sprung. Der

¹⁸ Im Vergleich dazu: Hillary Clinton konnte die zweitgrößte Spendensumme auf sich vereinigen und sammelte insgesamt 169,9 Millionen US-\$ an Individualspenden, wovon 52,1 Millionen US-\$ (oder 31 Prozent) Kleinspenden waren (Corrado/Corbett 2009: 137).

qualitative Wechsel hin zum Medium Internet ist schon früher zu verorten. Besonders im Hinblick auf Online-Fundraising spielt der Wahlkampf des Jahres 2000 bereits eine Schlüsselrolle. Was Obama 2008 an Internetstrategien umgesetzt hat, wurde, sofern schon technologisch verfügbar, in der einen oder anderen Form schon in vorangegangenen Wahlkämpfen eingesetzt. Kurioser Weise leistete gerade sein Konkurrent John McCain in diesem Zusammenhang einen entscheidenden Beitrag. Die Frage, warum McCain diesen Vorsprung 2008 nicht in einen Vorteil ummünzen konnte, lässt sich wahrscheinlich vor allem darauf zurückführen, dass eine Online-Strategie für die Wählerschaft McCain in soziodemographischer Hinsicht weniger „passte“, als dies bei der Wählerschaft Obamas der Fall war. Die Altersstruktur lässt auf weniger Internetnutzer schließen, zudem wird das Internet auf eine andere Art und Weise genutzt, wie dies bei den im Durchschnitt jüngeren Wählern Obamas der Fall ist, die mit Twitter, Facebook und Co. vertrauter sein dürften. In dieser Hinsicht stellt sich umgekehrt die Frage, wie McCain 2000 mit seinem Online-Fundraising so erfolgreich sein konnte – vor allem, weil er auch damals nicht überwiegend junge Menschen anzog, sondern die Altersstruktur seiner Wählerschaft ausgeglichen war (Filzmaier/Plasser 2001: 180). Man könnte spekulieren, dass dies vor allem der Fall war, da das Internet 2000 insgesamt gesehen noch eine sehr kleine Rolle spielte und die Verteilung der wenigen „Internet-Pioniernutzer“ über die Altersklassen relativ homogen war.

Im Wahlkampf 2008 griff Obama vor allem auf Maßnahmen zurück, die Howard Dean und John Kerry 2004 bereits etabliert hatten (Devine 2009: 32; Barko Germany 2009: 153; 155; Johnson 2009b: 225). Dies äußert sich nicht zuletzt darin, dass Obama mit Joe Rospers einen „alten Veteranen“ der Dean-Kampagne in seinem Team hatte. Die Pionierrolle Howard Deans fasst Joe Trippi, der Manager von Deans Wahlkampfteam 2004, wie folgt zusammen: „I like to say that we at the Dean campaign were the Wright brothers. We put this rickety thing together and got it off the ground“ (Trippi zitiert nach Barko Germany 2009: 153).

Obamas Wahlkampf 2008 war hinsichtlich der Verwendung neuer Medien also mehr Evolution denn Revolution. Ein qualitativer Sprung lässt sich am ehesten noch bei der sehr persönlich gestalteten Verwendung des neuen Mediums

Internet identifizieren. Obamas Art und Weise, das Internet einzusetzen, gab den Wählern das Gefühl, in direktem Kontakt mit ihm und der Kampagne zu stehen und „Insider“ zu sein. Barko Germany kommt damit zu dem Schluss, dass mit Obamas Wahlkampagne ein „subtle shift in the way campaigns encouraged and enabled supporters to communicate with each other and engage directly in the goals of the campaign“ (Barko Germany 2009: 157) stattfand. Die Leistung von Obamas Wahlkampagne schätzt sie wie folgt ein: „The campaign understood the social dynamic at work in the netroots movement and gave supporters a platform [...]. The real work was done in living rooms and coffee shops during authentic, one-to-one conversations between average voters all over the country“ (ebd.).

Wenn die qualitative Leistung Obamas also begrenzt war, warum wurde sie trotzdem von vielerlei Seiten so hochgejubelt¹⁹ und als historischer Bruch bezeichnet – ganz im Gegensatz zu Obamas persönlichem Signum „No drama“? Dafür lassen sich zwei Erklärungsmöglichkeiten finden. Erstens wird die Wahlkampagne desjenigen, der die Wahl gewinnt, im Nachhinein immer stark gelobt (vgl. dazu Arterton/Greener 2009: 186), die nachträgliche Analyse des Wahlkampfes wird oftmals vom Ergebnis der Wahl beeinflusst (Arterton/Greener 2009: 164). Der Wahlsieg wird dann als, aufgrund der „überlegenen“ Strategie, unvermeidlich dargestellt. Arterton und Greener sprechen in diesem Zusammenhang unter Rückgriff auf Alan Greenspan von einer „irrational exuberance“ (Arterton/Greener 2009: 186). Kontextfaktoren wie die eher schwierige politische Lage für die Republikaner 2008 treten mit solch einer Wahrnehmung in den Hintergrund, das „revolutionäre Potential“ von Obamas Online-Strategie wird tendenziell überbewertet. Hätten Howard Dean oder John Kerry 2004 gewonnen, wäre einer von ihnen und nicht Obama in der öffentlichen Wahrnehmung als „Online-Revolutionär“ in die Geschichte eingegangen, wobei objektiv gesehen vor allem Howard Dean diese Rolle zusteht.

Als zweite Erklärungsmöglichkeit dafür, dass Obamas Wahlkampagne als so revolutionär eingeschätzt wird, lässt sich die zunehmende Professionalisierung des US-

¹⁹ Siehe dazu bspw. Johnson 2009a: 1f. Dort spricht Johnson von der „best presidential campaign we have ever witnessed“ und von einer „transformational election“.

Präsidentenwahlkampfes (vgl. dazu bspw. Filzmaier/Plasser 2001: 199ff.) seit den Reformen der 1970er Jahre anführen. Diese Professionalisierung lässt den Schluss zu, dass der Anspruch, revolutionäre Neuerungen in den Wahlkampf einzubringen, grundsätzlich vorhanden und strukturell bedingt ist (vgl. dazu Filzmaier/Plasser 2001: 209). Die Spin-Doktoren und Wahlkampfmanager der US-amerikanischen „Consultant Democracy“ (Filzmaier/Plasser 2001: 168, Hervorhebung im Original) betreiben mit diesem „Neuerungs-Hype“ nicht zuletzt „Wahlkampf“ in eigener Sache. Erfolgreiches Marketing dient der Selbsterhaltung und der Rechtfertigung der eigenen Branche. Dass erfolgreiche Neuerungen dabei übertrieben herausgestellt werden, scheint eine logische Konsequenz zu sein.

Dass Obama so erfolgreich war, lag nicht zuletzt an Kontextfaktoren, auf die er situationsangemessen reagiert hat. Große Teile der Bevölkerung hatten genug von der Bush-Administration, Obamas Botschaft des „change“ war äußerst passend und wurde von ihm glaubwürdig verkörpert. Wäre der Wunsch nach change nicht so stark gewesen, hätte Obama auch unter Einsatz ausgefeilter Technologien und Strategien nicht so viele Wähler hinter sich scharen können. Dies zeigt sich nicht zuletzt darin, dass McCain ganz ähnliche Technologien wie Obama einsetzte, diese aber weitaus weniger Menschen erreichten. In diesem Kontext ist die Angemessenheit des Einsatzes von Wahlkampftechnologien zu betonen. Nicht zuletzt die soziodemographischen Daten über die Wähler von Barack Obama und John McCain lassen verstehen, warum Obama mit seiner Online-Strategie so viel erfolgreicher war.

Zweites Fazit: Neue Medien und der US-Präsidentenwahlkampf

Wenn Strategie als „a roadmap designed to define an objective and to specify theme and to obtain that outcome“ (Grenner/Arterton 2009: 163) verstanden wird, so müssen die Mittel zu dem Weg, auf dem ein Ziel erreicht werden soll, passen. Ähnliches gilt für eine Internetkampagne, die sich an wenig internetaffine Wählergruppen richtet. Beim Einsatz von Wahlkampfmitteln kommt es nicht auf das „Dass“ des Einsatzes an, sondern auf das „Wie“. Neue Technologien sind kein Selbstzweck, die man – wie John Edwards

es bei seiner erfolglosen Online-Kampagne tat (Barko Germany 2009: 155; vgl. dazu Fußnote 14 zu Edwards Online-Nominierungsvideo) – relativ unreflektiert einsetzt, weil sie eben gerade „state of the art“ sind. Ein Kandidat muss verstehen, wie neue Technologien die Funktionslogik der Medien der Massenkommunikation verändern und was diese Veränderung bedeutet.

Die neuen Medien haben die vergangenen drei Präsidentenwahlkämpfe fundamental verändert und bieten Kandidaten in Präsidentenwahlkämpfen in mehrerer Hinsicht großes Potential. Mehr als zuvor kann vom „Einsatz“ der Medien im Wahlkampf gesprochen werden. Während die traditionellen Medien eine aktive Filterfunktion wahrnehmen, können die Kandidaten auf das Internet und seine Erscheinungsformen wie Twitter, Facebook und Myspace direkt zugreifen und mediale Gestaltung in ihrem Sinne betreiben. Die Kandidaten können so ihre eigenen Botschaften direkt verbreiten, ohne dass die Selektionsfunktion der gatekeeper der traditionellen Medien wirksam werden würde (vgl. dazu Filzmaier/Plasser 2001: 171). Ausgeglichen wird der Einflusszuwachs der Kampagnen einzelner Kandidaten, der mit diesem direkten Zugriff anzunehmen ist, dadurch, dass quasi jedermann direkten Zugriff auf die neuen Medien hat und diese damit auch leicht gegen einen bestimmten Kandidaten in Stellung gebracht werden können. Diese Möglichkeit wird insbesondere mit der Entwicklung des Web 2.0, in dem Inhalt von den Nutzern selbst bereitgestellt wird (Kleinsteuber 2008: 328), immer präsenter. Ein gatekeeper besteht also auch in dieser umgekehrten Richtung des Kommunikationsprozesses nicht. Der technologische Fortschritt hat damit zu einer zunehmenden Demokratisierung des Mediensystems geführt (vgl. dazu Barko Germany 2009: 151), die sowohl die Kandidaten als auch die Wählerschaft betrifft. Auf der Seite der positiven Potentiale lässt sich weiterhin vermerken, dass mit den neuen Medien bessere Möglichkeiten zur Mobilisierung der Anhängerschaft und zum Sammeln von Spenden bestehen (vgl. dazu Ceaser/Busch 2004: 27). Kandidaten, die wie Obama 2008 eine für ihre Zielwählerschaft passende Strategie fahren, kann dies sehr zugute kommen.

Die zunehmende Demokratisierung des Mediensystems birgt für die

Präsidentenwahlkandidaten neben den genannten Potentialen auch Risiken. Denn mit der Demokratisierung geht auch eine Fragmentierung des Mediensystems einher, die mit drei Gefahren verbunden ist: Erstens besteht für den einzelnen Bürger die Gefahr der Verwirrung durch „information overflow“ (Strohmeier 2004: 54) sowie die Unsicherheit über Informationen aus ungesicherten Internetquellen, die im schlimmsten Fall zu Apathie und Rückzug aus der Teilnahme am politischen Prozess führen kann. Dies wird sich kein Präsidentenwahlkandidat wünschen, dieser Gefahr wird man als Kandidat allerdings schwerlich entgegenwirken können. Die einzige Gegenmaßnahme besteht darin, durch Bildung die Bürger im Umgang mit den (neuen) Medien zu schulen, was letztlich in der Hand der jeweiligen Regierung liegt.

Zweitens besteht für Kandidaten im Wahlkampf das Risiko, dass aus dem demokratisierten Mediensystem heraus ein „online firestorm“ entsteht (Ceaser/Busch 2004: 119). Beispiele hierfür sind die Geschichte um Barack Obama und Jeremiah Wright im Wahlkampf 2008 (siehe dazu bspw. Johnson 2009a: 7f. sowie May 2009), die Vorwürfe gegenüber John Kerry von Seiten der Swift Boat Veterans for the Truth im Wahlkampf 2004 (siehe dazu Ceaser/Busch 2004: 119), die Macaca-Affäre von George Allen, die seinen Ambitionen auf die Präsidentschaft ein Ende setzte (siehe dazu Fabrizio 2009: 62 sowie Fenn 2009: 219) und das „Vote Different“ Video von Phil DeVellis, das Hillary Clinton im März 2007 mit Big Brother aus dem Roman 1984 gleichsetzte (siehe dazu Barko Germany 2009: 149f.). Bei all diesen Aktionen wurde Negatives über die Kandidaten von Einzelpersonen oder kleinen Gruppen in das Internet eingespeist und dort von tausenden von Nutzern angesehen bzw. gelesen, um letztlich auch von den traditionellen Medien aufgegriffen zu werden. Es kam zu einer schnellen „viralen“ Verbreitung. Das Video über Clinton wurde beispielsweise in kürzester Zeit von über vier Millionen Menschen angesehen und wurde damit zum erfolgreichsten Medienprodukt, das von einer Privatperson im Verlauf des Wahlkampfes 2008 veröffentlicht wurde (Barko Germany 2009: 150). Phil DeVellis, der das „Vote Different“-Video produzierte, betont die Rolle, die der einzelne Bürger in Zeiten neuer Medien spielt: „I wanted to show that an individual citizen can affect the process“ (DeVellis zitiert

nach Barko Germany 2009: 150). In solchen Fällen bleibt einem Kandidaten nichts anderes, als schnell und angemessen zu reagieren, um Schadensbegrenzung zu betreiben. Dies ist wahrscheinlich primär eine Frage politischer Intuition und guter Berater.

Drittens besteht durch die Demokratisierung des Mediensystems auf der Ebene der politischen Gruppierungen die Gefahr der ideologischen Verhärtung (siehe dazu Ceaser/Busch 2004: 27-30) und Polarisierung (May 2009: 81). Ein demokratischeres Mediensystem mit mehr Individualisierungsmöglichkeiten und höherer Passgenauigkeit kann dazu führen, dass von den Nutzern nur noch diejenigen Quellen konsultiert werden, die das eigene Bild der Welt bestätigen. Im Internet gibt es keine institutionalisierte Kritik- oder Kontrollinstanz (vgl. dazu Strohmeier 2004: 55), die dem Angebot extremer oder falscher Informationen entgegenwirken würde. Dies zu tun liegt letztlich in der Verantwortung der einzelnen Kandidaten, was Obama mit der Website www.fightthesmears.com, auf der er falsche Behauptungen und Gerüchte über seine Person richtig stellt, bereits unter Beweis gestellt hat. Damit können aber maximal kleine „Lecks“ gekittet werden – wenn denn die Zielgruppe dieser Gegeninformationen überhaupt erreicht wird. Vor dem Hintergrund dieser Gefahr, stellt sich die Frage, ob durch sie die Funktion der Sozialisation, die den Massenmedien zukommt, d.h. die Vermittlung grundlegender Werte und Spielregeln des sozialen Zusammenlebens, evtl. beeinträchtigt wird. Der ideologischen Verhärtung an sich entgegenzuwirken, ist von einem einzelnen Kandidaten schwerlich zu leisten – auch wenn Obama seine Präsidentschaft mit diesem Ziel begonnen hat. Die Ironie des Schicksals scheint dabei zu sein, dass die neuen Medien, die Obama nicht zuletzt zum Wahlsieg verholfen haben, gleichzeitig das große Versprechen der „bipartisanship“ (Obama 2006: 131f.), mit dem Obama die Präsidentschaft angetreten hat, untergraben (vgl. dazu Ceaser/Busch 2004: 183). Hat das neue Medium „Fernsehen“ die Demokratisierung der Kandidatennominierung in den 1970er Jahren ermöglicht, so ermöglicht das neue Medium „Internet“ die Demokratisierung der Berichterstattung über die Kandidaten und deren Nominierung. Grundsätzlich scheint also die Schlussfolgerung erlaubt zu sein, dass ein Zusammenhang zwischen neuen

Medien und Demokratisierungsschüben im Präsidentschaftswahlkampf besteht. Zusammenfassend hat die mit den neuen Medien einhergehende Demokratisierung positive wie negative Folgen für Kandidaten, die sich im Wahlkampf befinden. Während die größere individuelle „Passgenauigkeit“, die mit den neuen Medien einhergeht, bei der Zielwählerschaft eines bestimmten Kandidaten intern zu einer größeren Kohäsion und hohem Mobilisierungspotential führt, scheinen die externen Grenzen schärfer zu werden und die ideologischen Positionen stärker auseinanderzudriften. Das neue Medium Internet scheint hinsichtlich politischer Gruppierungen zu größerer interner Harmonie und größerem externen Konfliktpotential zu führen.

Die grundsätzliche Relevanz der neuen Medien für den politischen Prozess der USA

Die Veränderung der Funktionslogik der Medien hat nicht nur Einfluss auf den Wahlkampf einzelner Kandidaten, sondern in einem medienzentrierten politischen System wie den USA auch grundsätzliche Auswirkungen auf die Demokratie als solche. Neben der bereits im vorangegangenen Gliederungspunkt angesprochenen ideologischen Verhärtung und Polarisierung sind weitere Implikationen zu beachten. Diese widersprechen einander auf den ersten Blick, da sie einerseits zu „aristokratischen“, andererseits zu „demokratischen“ Entwicklungen zu führen scheinen.

Die potenzielle Tendenz hin zu einer „aristokratischen“ Entwicklung liegt in der Tatsache begründet, dass (bisher) die Nutzer der neuen Medien ein relativ klares soziodemographisches Profil aufweisen. Auch wenn die Nutzung des Internets grundsätzlich offen für jedermann ist, so nutzen faktisch bestimmte Bevölkerungsgruppen das Internet signifikant häufiger als andere. Zu den Gruppen, die das Internet vermehrt nutzen, gehören junge und gut ausgebildete Menschen sowie Personen mit höherem Einkommen (Filzmaier/Plasser 2001: 142f.; 182). Wäre der Unterschied im soziodemographischen Profil hauptsächlich altersbegründet, würde sich der Unterschied mit der Zeit aufheben und wäre insofern nicht als schwerwiegendes grundsätzliches Problem anzusehen. Neben den Altersunterschieden gibt es aber eindeutige Unterschiede zwischen Menschen

mit unterschiedlichen Bildungsbiografien und Einkommensklassen (ebd.). Stützt sich der politische Prozess in Zukunft noch stärker auf die neuen Medien und das Internet und vermag es, ausreichend Wähler zu mobilisieren, droht die Gefahr eines digital divide (vgl. dazu Strohmeier 2004: 65), einer digitalen Klassengesellschaft, die sich in eine Internet-Aristokratie und ein Offline-Proletariat aufteilt. Daraus folgt, dass Personen ohne Zugriff auf bzw. Kompetenz zur Nutzung der neuen Medien sukzessive vom politischen Prozess ausgeschlossen würden. Hier bleibt nur, durch entsprechende Bildung für weitgehende und sich über alle Bevölkerungsschichten verbreitete Medienkompetenz zu sorgen und den Zugang zu den neuen Medien offen zu gestalten. Die potenzielle Tendenz hin zu einer verstärkt demokratischen Entwicklung ergibt sich aus der bereits angesprochenen Demokratisierung der Funktionslogik der Medien. Die Demokratisierung der Funktionslogik der Medien kommt dabei, systematisch gesehen, dem sehr nahe, was Aristoteles als eine der Negativformen der Demokratie dargestellt hat – der Herrschaft der Masse ohne Bindung an übergeordnete Prinzipien (Aristoteles, Pol. IV 4, 1292a 4 ff.; vgl. dazu Hansen 2008: 344f.). Herrschaft der Masse wird hier verstanden in dem Sinn, als dass die einzelnen Personen, aus denen sich diese Masse zusammensetzt, durch die neuen Medien viel mehr Macht und Einflusspotential haben als zuvor, und dass daraus viel leichter Massenbewegungen entstehen können, da es im Falle des Internets als Massenmedium mit neuartiger Funktionslogik keine filternden gatekeeper mehr gibt. Mit dem Druck, Quote zu machen und unter der Linse der üblichen horse race-Berichterstattung, die den Fokus auf den Wettbewerbscharakter des Wahlkampfes und auf Sensationen legt, greifen die traditionellen gatekeeper Massenmedien diese Themen auf und verleihen ihnen und dem Demokratisierungsschub Triebkraft. Der scheinbare Widerspruch zwischen „aristokratischer“ und „demokratischer“ Tendenz löst sich damit insofern auf, als dass die Demokratisierung auch nur „aristokratisch“ ist, da nur diejenigen, die Zugriff auf neue Medien haben und diese zu nutzen wissen, aktiv an der Demokratisierung teilhaben können.

Dass sich solch ein Demokratisierungsprozess der Medienlandschaft in einem medienzentrierten politischen System auch auf dieses System als

solches auswirkt, ist anzunehmen. Es scheint also wahrscheinlich, dass sich die US-Demokratie mit diesem Prozess indirekt in eine plebiszitäre Richtung entwickelt – eine Tendenz, der die Federalists mit der Gestaltung der Verfassung eigentlich entgegenwirken wollten. In die Verfassung wird heute oftmals viel mehr Demokratie hineingelesen, als sie tatsächlich hergibt (siehe dazu Dahl 2001). Die Federalists wollten gerade verhindern, dass der ungemilderte Volkswille das politische System durchdringt (Zehnpfennig 2007: 12). Die Einrichtung der Elektoren in der Präsidentschaftswahl und des Senats als das „Volkparlament“ ausgleichende „aristokratische“ Kammer (siehe dazu Federalist 62 und 62 in Zehnpfennig 2007: 371-381) sind nur zwei Beispiele, für die den Volkswillen filternde Gestaltung der Verfassung. Dass in den USA ein medieninduzierter Demokratisierungsprozess stattfindet, der zu mehr direkt-plebiszitärem Einfluss führt, lässt sich an der „Demokratisierung“ der Institution der super delegates sehen. Wurden diese ursprünglich eingerichtet, um der Auswahl durch die Wählerbasis so etwas wie ein peer-review-Verfahren an die Seite zu stellen, das die Professionalität der Kandidaten absichern sollte (vgl. dazu Kamarck 2009: 58f.), so begannen die super delegates 2008 auf Druck der Wahlkampagne Obamas sich als Stimme des Volkes zu sehen und haben dann letztlich in dessen Sinne für Obama entschieden (Kamarck 2009: 145).

Die zentrale Frage bei der Identifizierung solches medieninduzierten Demokratisierungsprozesses ist, wie dieser zu bewerten ist. Ein Mehr an direkt aus dem Volk kommender Demokratie wird zumeist positiv bewertet. Demokratischere Medien können die Transparenz des politischen Prozesses erhöhen. Kritisch zu bewerten ist beispielsweise, dass noch nicht alle Menschen gleichermaßen an dieser Demokratisierung teilhaben (können) und es damit zum Paradox einer „aristokratischen“ Demokratisierung kommt. Überspitzt formuliert scheint damit aus den Medien als vierter Gewalt ohne Mandat (vgl. dazu Schreyer/Schwarzmeier 2000: 152) eine durch eine Online-Aristokratie legitimierte Gewalt zu werden. Wie nicht zuletzt die kontroverse Debatte um die Wikileaks-Affäre zeigt, ist dieses mediale Demokratisierungsphänomen zumindest als ambivalent einzustufen.

Mit der Erstarbung der „Herrschaft der Masse“

scheint sich im US-amerikanischen Kontext zudem ein grundlegendes Problem zu verschärfen: das „strukturelle Leistungsdefizit“ (Jäger 2007: 162) des Präsidentenamtes. Die Rolle des Präsidenten wurde schon vor der Online-Revolution mit derjenigen eines „Chief Preacher[s]“ (Burnham zitiert nach Hübner 2001: 131), eines heroisierten „plebiszitären Monarchen“ (Mewes 1990: 182) oder Familienoberhaupts (Shell 2008: 122) verglichen, an das sehr hohe Erwartungen gestellt werden, was „plebiszitäre Führung“ (Jäger 2007: 162) betrifft. Es ist anzunehmen, dass in einem zunehmend fragmentierten und polarisierten politischen System, das durch die Demokratisierung der Massenmedien verstärkt „plebiszitären“ Einflüssen ausgesetzt ist, die Erwartungen an die Führungsleistung des Präsidenten noch steigen werden. Diese Erwartungen stehen „im Widerspruch zum institutionell eingegrenzten Handlungsspielraum des Präsidenten, der von der „Realität des verbissenen, oft nur Stillstand bewirkenden Aushandelns (bargaining) mit dem Kongress“ und dem „grundsätzlichen Unvermögen des Präsidenten, den administrativen Leitungs- und politischen Führungsanforderungen des Amtes zu genügen“ geprägt ist (ebd.). Gerade Obama wird vorgeworfen, im Wahlkampf viel versprochen zu haben, dessen tatsächliche Umsetzung sich, wie beispielsweise die Gesundheitsreform gezeigt hat, als schwierig erwiesen hat. Es ist anzunehmen, dass mit den Einflüssen der neuen Medientechnologien auf den Präsidentschaftswahlkampf die „Schere zwischen Leistungsanforderungen und Leistungskapazität“ (ebd.) sich weiter öffnen wird.

Abschließende Bemerkungen

Den Einsatz neuer Medien, wie Obama ihn vollzogen hat, ab sofort als „must do“ und als unabkömmliche Erfolgsvariable im Präsidentschaftswahlkampf zu sehen, wäre eine vorschnelle Schlussfolgerung. Obama war mit seiner Strategie so erfolgreich, weil sie sowohl zu seiner Person als auch zu seiner Zielwählerschaft passte. Auch wenn amerikanische und deutsche Wahlkämpfe schwerlich verglichen werden können, so zeigt doch der Landtagswahlkampf in Hessen 2009, wie der Einsatz neuer Medien als Wahlkampfstrategie nach hinten losgehen kann. In diesem Wahlkampf hat Thorsten Schäfer-Gümbel

sich darin versucht, durch Bloggen und Twittern Wähler zu mobilisieren, wofür er streckenweise belächelt wurde, weil dies als nicht zu seiner Person passend bzw. in der Umsetzung als äußerst aufgesetzt empfunden wurde („Der Kaffee war gut, heute Morgen hätte ich am liebsten eine ganze Plantage getrunken“, zitiert nach Ries 2009). So banal das klingen mag, so grundsätzlich ist es, dass Kandidaten, die sich zur Wahl stellen, eine Wahlkampfstrategie entwerfen, die zu ihnen passt und auf ihre Zielwählerschaft zugeschnitten ist. Medien sind kein Selbstzweck, es kommt immer auf das „Wie“ ihres Einsatzes und auf die Zielgruppe an. Obama bezüglich seines „Wies“ als Revolutionär zu bezeichnen, geht insofern zu weit, als dass mit seiner Kampagne hauptsächlich ein quantitativer und weniger ein qualitativer Sprung stattgefunden hat.

Der größte Anpassungsdruck für Kandidaten im Präsidentschaftswahlkampf geht nicht von dem aus, was Obama (anders) gemacht hat, sondern von den grundsätzlichen Veränderungen, die sich mit der Funktionslogik der Massenmedien durch das Internet ergeben haben. Auf der grundsätzlichen Ebene ist also nicht von „Obamas Online-Revolution“ zu sprechen, sondern von der Demokratisierung der Medienlandschaft die, wie die oben genannten Beispiele zur Berichterstattung über Jeremiah Wright und Co. zeigen, den Kandidaten nicht nur Chancen geben, sondern sie auch vor neue Herausforderungen und Gefahren stellen.

Letztlich sind Facebook, Twitter und Obamas Kampagne insgesamt historische Manifestation der grundlegenden Entwicklung „Demokratisierung des Mediensystems“, die sich aus der andersartigen Funktionslogik des Internets ergibt. Eine Schlussfolgerung nach dem Motto „einmal Fernsehdebatte – immer Fernsehdebatte“ bzw. analog dazu „einmal Facebook und Twitter – immer Facebook und Twitter“ ist schon allein aus dem Grund, dass sich Internet und Web 2.0. so schnell entwickeln, verfrüht. Youtube entstand 2005 – wer weiß, welche neuen Innovationen das demokratische Web noch bringen wird und wie sich diese auf die Web-Demokratie auswirken werden.

Dass sich die grundsätzliche Rolle der Medien im Wahlkampf und im politischen Prozess durch die andersgeartete Funktionslogik des Massenmediums Internet stark verändert hat, wird sich mit der allergrößten Wahrscheinlichkeit auch

auf die US-Demokratie als solche auswirken. Da wir noch mitten in diesem Veränderungsprozess stecken, lässt sich schwerlich sagen, wie sich das Spannungsfeld von Aristokratisierungs- und Demokratisierungstendenzen letztlich auflösen wird. Momentan ist es noch zu früh, hier zu einer abschließenden Bewertung und allgemeinen Schlussfolgerungen zu kommen. Vielleicht bringt der weitere Verlauf des US-Präsidentschaftswahlkampf 2012 mit seinen Innovationen, Strategien und Techniken neue Aufschlüsse. ■ ■ ■

Literaturverzeichnis

Aristoteles, 1990: Politik. Übersetzt von Eugen Rolfes. 4. Auflage, unveränd. Nachdruck, Hamburg [zitiert als Pol. gemäß der Zählung nach Immanuel Bekker].

Arterton, Christopher/Greener, William, 2009: Obama. Strategies and Tactics in the General Election, in: Johnson, Dennis W. (Hg.): Campaigning for President 2008. Strategy and Tactics, New Voices and New Techniques, New York, 174-188.

Barko Germany, Julie, 2009: The Online Revolution, in: Johnson, Dennis W. (Hg.): Campaigning for President 2008. Strategy and Tactics, New Voices and New Techniques, New York, 147-159.

Barr, Kathleen, 2009: A Perfect Storm. The 2008 Youth Vote, in: Johnson, Dennis W. (Hg.): Campaigning for President 2008. Strategy and Tactics, New Voices and New Techniques, New York, 105-125.

Ceasar, James W./Busch, Andrew E., 2004: Red Over Blue. The 2004 Elections and American Politics, Lanham.

Corrado, Anthony/Corbett, Molly, 2009: Rewriting the Playbook on Presidential Campaign Financing, in: Johnson, Dennis W. (Hg.): Campaigning for President 2008. Strategy and Tactics, New Voices and New Techniques, New York, 125-146.

Dahl, Robert A., 2001: How Democratic is the

American Constitution?, New Haven, London.

Dezseran, Louis/Wilcox, Clyde, 2007: Campaigning for cash under new rules: Presidential Fundraising in 2004, in: Pfiffner, James P./Davidson, Roger H. (Hg.): Understanding the presidency, Harlow, 91-107.

Devine, Ted, 2009: Obama Wins the Nomination. How He Did It, in: Johnson, Dennis W. (Hg.): Campaigning for President 2008. Strategy and Tactics, New Voices and New Techniques, New York, 31-43.

Eilfort, Michael/Wasser, Hartmut, 2008: Politische Parteien und Wahlen, in: Lösche, Peter (Hg.): Länderbericht USA, Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Bonn, 237-273.

Fabrizio, Tony, 2009: McCain. From Frontrunner to Dead-in-the-Water to Nominee, in: Johnson, Dennis W. (Hg.): Campaigning for President 2008. Strategy and Tactics, New Voices and New Techniques, New York, 60-77.

Faucheux, Ronald A., 2009: Why Clinton Lost, in: Johnson, Dennis W. (Hg.): Campaigning for President 2008. Strategy and Tactics, New Voices and New Techniques, New York, 44-59.

Fenn, Peter, 2009: Communication Wars. Television and New Media, in: Johnson, Dennis W. (Hg.): Campaigning for President 2008. Strategy and Tactics, New Voices and New Techniques, New York, 210-221.

Filzmaier, Peter/Plasser, Fritz, 2001: Wahlkampf um das Weiße Haus. Presidential Elections in den USA, Opladen.

Grant, Alan, 2000: American Politics 2000 and beyond, Aldershot.

Hansen, Hendrik, 2008: Politikundwirtschaftlicher Wettbewerb in der Globalisierung. Kritik der Paradigmen Diskussion in der Internationalen Politischen Ökonomie, Wiesbaden.

Hecl, Hugh, 2007: The "Permanent Campaign", in: Pfiffner, James P./Davidson, Roger H. (Hg.):

Understanding the presidency, Harlow, 149-161.

Hübner, Emil, 2001: Das Politische System der USA. Eine Einführung, München.

Jacinto, Leela, 2009: Obama's online revolution: boom or bust?, in: France24 Online 4.11.2009, <http://www.france24.com/en/20091104-obama%E2%80%99-online-revolution-boom-or-bust> (14.04.2012)

Jäger, Wolfgang, 2007: Der Präsident, in: Jäger/ Haas/Welz (Hg.): Regierungssystem der USA, München, Wien, 129-170.

Johnson, Dennis W., 2009a: An Election Like No Other?, in: ders. (Hg.): Campaigning for President 2008. Strategy and Tactics, New Voices and New Techniques, New York, 1-28.

Johnson, Dennis W., 2009b: Ten Plays that Won (and Lost) the Presidency, in: ders. (Hg.): Campaigning for President 2008. Strategy and Tactics, New Voices and New Techniques, New York, 222-227.

Kamarck, Elaine C., 2009: Primary politics: How presidential candidates have shaped the modern nominating system, Washington DC.

Kleinsteuber, Hans J., 2007: Massenmedien und öffentliche Meinung, in: Jäger/ Haas/Welz (Hg.): Regierungssystem der USA, München, Wien, 377-393.

Kleinsteuber, Hans J., 2008: Medien und Öffentliche Meinung, in: Lösche, Peter (Hg.): Länderbericht USA, Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Bonn, 315-340.

May, Albert L., 2009: The Preacher and the Press. How the Jeremiah Wright Story Became the First Feeding Frenzy in the Digital Age, in: Johnson, Dennis W. (Hg.): Campaigning for President 2008. Strategy and Tactics, New Voices and New Techniques, New York, 78-101.

McKay, Amy/Paletz, David L., 2004: The Presidency and the Media, in: Kaid, Lynda Lee: Handbook of Political Communication Research, Mahwah, London, 315-335.

McMahon, Kevin J./Rankin David M./Beachler Donald W./White, John Kenneth, 2004: *Winning the White House 2004. Region by Region, Vote by Vote*, New York.

Mewes, Horst, 1990: *Einführung in das politische System der USA*, Heidelberg.

Obama, Barack, 2006: *The Audacity of Hope. Thoughts on Reclaiming the American Dream*, New York.

O.V., 2011a: *Barack Obama 2012 Campaign Officially Launches*, in: [huffingtonpost.com](http://www.huffingtonpost.com/2011/04/04/barack-obama-2012-campaign_n_844221.html) 4.4.2011, http://www.huffingtonpost.com/2011/04/04/barack-obama-2012-campaign_n_844221.html (14.04.2012).

O.V., 2011b: *Obama kandidiert wieder*, *Süddeutsche Zeitung* 5.4.2011, 1.

O.V. 2012: *Santorum macht Weg für Romney frei*, in: *Spiegel-Online* 10.04.2012 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,826709,00.html> (14.04.2012)

Pika, Joseph A./Maltese, John Anthony, 2008: *The Politics of the Presidency*, Washington DC.

Polsby, Nelson W./Wildavsky, Aaron, 1996: *Presidential Elections. Strategies and Structures in American Politics*, New Jersey.

Ries, Christoph, 2009: *Wahlkampf zwischen Klinkenputzen und Facebook*, in: *Badische Zeitung* 23.1.2009, <http://www.badische-zeitung.de/wahlkampf-zwischen-klinkenputzen-und-facebook--print> (14.04.2012).

Schreyer, Bernhard/Schwarzmeier, Manfred, 2000: *Grundkurs Politikwissenschaft: Studium der Politischen Systeme. Einestudienorientierte Einführung*, Wiesbaden.

Schreyer, Söhnke, 2007: *Wahlssystem und Wählerverhalten*, in: *Jäger/Haas/Welz (Hg.): Regierungssystem der USA*, München, Wien, 265-288.

Shell, Kurt L., 2008: *Kongress und Präsident*, in: *Lösche, Peter (Hg.): Länderbericht USA*,

Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Bonn, 94-141.

Strohmeier, Gerd, 2004: *Politik und Massenmedien. Eine Einführung*, Baden-Baden.

Zehnpfennig, Barbara (Hg.), 2007: *Die Federalist Papers*, übersetzt, hrsg., eingeleitet und mit Anmerkungen versehen von Barbara Zehnpfennig, München.

Saskia Scholz

FREMDERWARTUNG IN DER ROLLENTHEORIE

Japanische Sicherheitspolitik unter dem Einfluss der USA

Abstract

Saskia Scholz

B.A. Governance
and Public Policy,
Universität Passau,
zur Zeit: M.A.
Internationale Studien
/ Friedens- und
Konfliktforschung,
Universität Frankfurt,
SaskiaScholz@aol.com

Die vorliegende Arbeit nimmt sich eines spezifischen Aspekts einer sozialkonstruktivistischen Außenpolitiktheorie – der Rollentheorie – an: dem Stellenwert und der Konzeptualisierung von Fremderwartungen. Sie fragt danach, welchen Einfluss der Alter-Part einer Rolle auf das Außenverhalten eines Staates hat und legt dabei die These zu Grunde, dass die Fremderwartungen anderer Akteure die Außenpolitik eines Staates stärker beeinflussen, als dessen Selbstverständnis, der Ego-Part des nationalen Rollenkonzeptes. Diese These wird am Beispiel des Einflusses der US-Erwartungen auf die Entwicklung der japanischen Sicherheitspolitik überprüft, indem zwei besonders unterschiedliche außenpolitische Haltungen und Handlungen Japans in zwei vergleichbaren Kontexten – dem Golfkrieg 1990/91 und dem Irakkrieg 2003 – in Bezug auf die Kategorien Selbstverständnis, Fremderwartungen und Rollenverhalten analysiert und einander gegenübergestellt werden. Dabei kann gezeigt werden, dass die Fremderwartungen im Falle Japans eine signifikante Rolle gespielt haben, wodurch die in der rollentheoretischen Forschung dominierende Auffassung, dass der Ego-Part einer Rolle wichtiger sei als der Alter-Part, relativiert wird.

Einleitung

Außenpolitiktheorien erheben den Anspruch, die Frage nach dem Warum und dem Wie staatlicher Ziel-, Interessen- und Handlungsstrategiebestimmung in der internationalen Politik zu erklären. Die Rollentheorie ist eine dieser Theorien. Dabei geht sie davon aus, dass Staaten nationale Rollenkonzepte entwickeln, die ihre außenpolitischen Ziele und Handlungsstrategien beinhalten und anhand derer ihre Außenpolitik charakterisiert und erklärt werden kann. Die Frage, welche Faktoren diese nationalen Rollenkonzepte und damit letztlich das außenpolitische Verhalten von Staaten beeinflussen, ist daher von zentraler Bedeutung in der Rollentheorie. Sie hat dabei den besonderen Vorteil, durch die Einbeziehung von individuellen, gouvernementalen, gesellschaftlichen und systemischen Analyseebenen als eine Art Brücke zwischen Theorieansätzen, welche sich auf den Akteur und jenen, die sich auf das System als Analyseschwerpunkt beschränken, fungieren zu können (Kirste/Maull 1996:294).

Kalevi Holsti war mit seinem Aufsatz „National Role Conceptions in the Study of Foreign Policy“ (1970) gewissermaßen einer der Begründer der Rollentheorie. Er geht in diesem Aufsatz davon aus, dass der Ego-Part, die im nationalen Rollenkonzept verinnerlichte Werte, Normen und Ideologien, mehr Einfluss auf die außenpolitischen Entscheidungen und Handlungen eines Staates hat, als der Alter-Part – also Normen und Erwartungen, die von außen an den Staat herangetragen werden (Holsti 1970: 244ff.).

In der folgenden Arbeit soll genau diese Problematik im Mittelpunkt stehen und untersucht werden, welchen Einfluss der Alter-Part, spezifisch die Fremderwartungen an die internationale Rolle des Staates, auf dessen Außenpolitik hat. Dieser Untersuchung soll die These zu Grunde liegen, dass die Fremderwartungen anderer Akteure die Außenpolitik eines Staates stärker beeinflussen, als dessen Selbstverständnis – der Ego-Part – und darüber hinaus, dass diese Fremderwartungen sogar zu einem Rollenwandel führen können.

Um diese These zu belegen, soll folgendermaßen vorgegangen werden: Zunächst werden Grundzüge und Begrifflichkeiten der Rollentheorie skizziert und definiert. In einem

zweiten Schritt werden die Termini Alter- und Ego-Part voneinander abgegrenzt und dargestellt, welche Ansichten die Autoren Holsti (1970), Gaupp (1983), Kirste/Maull (1996) und Harnisch et al. (2011) zum Einfluss von Rollenerwartungen und allgemein zum Rollenwandel vertreten. Dabei wurden diese Vertreter der Rollentheorie bewusst gewählt: Holsti, da er, wie bereits erwähnt, einer der „Gründerväter“ der Rollentheorie war und er sehr spezifisch auf die Einflüsse von Alter- und Ego-Part eingeht. Gaupp wird in dieser Arbeit herangezogen, da seine Dissertation „Staaten als Rollenträger“ (1983) ebenfalls zu einem Basis-Werk der Rollentheorie gehört, in dessen Rahmen er sehr viele Begrifflichkeiten und Anwendungsmöglichkeiten der Rollentheorie klar definiert. Das Werk „Role Theory in International Relations“ von Harnisch et al. bietet den aktuellsten Überblick über den Stand der Forschung zu Rollenkonflikten und Rollenwandel und ist damit für diese Arbeit besonders wertvoll. Der Aufsatz „Zivilmacht und Rollentheorie“ von Kirste/Maull (1996) dient aus folgendem Grund als vierte „Theorie-Säule“: In selbigem fassen die Autoren nicht nur Grundlagen, Stärken und Defizite der Rollentheorie zusammen, sondern stellen auch das idealtypische Rollenkonzept der Zivilmacht vor. Im Rahmen dieses Aufsatzes schließen sie sich Holstis Annahmen über den Einfluss von Rollenerwartungen und Ego-Part einer Rolle an (Kirste/Maull 1991:291f.). Die Betonung nationaler Rollenkonzepte als Basis staatlicher Außenpolitiken stellt dabei gewissermaßen ihre Grundlage für die Erläuterung des Zivilmachtkonzeptes dar, welches sie als außenpolitische Richtschnur für Japan und Deutschland annehmen (auch spezifisch in: Maull 1990/1991). Doch gerade bei einem Blick auf die japanische Außenpolitik und deren beachtlichen Entwicklung seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, erscheint es fraglich, ob die außenpolitische Orientierung des Landes hauptsächlich auf ein spezifisches nationales Rollenkonzept zurückzuführen ist. Deshalb soll in der folgenden Arbeit anhand der Entwicklung der japanischen Sicherheitspolitik die These überprüft werden, dass es vielmehr die Fremderwartungen sind, welche maßgeblichen Einfluss auf die Außenpolitik eines Staates nehmen.

Dafür werden zunächst die Grundlagen und Besonderheiten der japanischen Außen- und Sicherheitspolitik erläutert und die Entwicklung

selbiger anhand besonders unterschiedlicher außenpolitischer Haltungen und Handlungen Japans in zwei vergleichbaren Kontexten – dem Golfkrieg 1990/91 und dem Irakkrieg 2003 – dargestellt. In einem zweiten Schritt wird spezifisch der Einfluss der USA, Japans bedeutendster internationaler Partner, auf die Möglichkeiten und Orientierung der japanischen Außen- und Sicherheitspolitik seit Ende des Zweiten Weltkrieges identifiziert, sowie Selbstverständnis, Rollenerwartungen und Rollenverhalten Japans in den genannten Fallbeispielen analysiert und einander gegenüber gestellt, um Rückschlüsse auf die Ursachen der bemerkenswerten Entwicklung der japanischen Sicherheitspolitik ziehen zu können.

Grundzüge und Einordnung der Rollentheorie

Um die Außenpolitiken von Staaten zu erklären, geht die Rollentheorie davon aus, dass diese außenpolitische Rollenkonzepte entwickeln, die gewissermaßen als Richtschnur für das außenpolitische Handeln eines Staates fungieren und sowohl Ziele, als auch Strategien und Instrumente zu einem angemessenen Verhalten des Staates in den internationalen Beziehungen beinhalten (Kirste/Maull 1996:283f.).

Derzeit gibt es zwei unterschiedliche Strömungen in der aktuellen Forschung der Rollentheorie – eine betont die kognitiven oder institutionellen Strukturen, also wesentliche Eigenschaften und Merkmale des Staates selbst als Ursache für bestimmte Rollen von Staaten. Die andere betont die soziale Ordnung, in die der Akteur eingebunden ist und die wiederum ein bestimmtes Handeln hervorbringt (Harnisch 2011:7f.). Der sozialen Eingebundenheit von Akteuren in funktionale Kontexte, wie beispielsweise internationale Institutionen, kommt besonders bei der letzteren Strömung durch die Analyse von Eigen- und Fremderwartungen an die außenpolitische Orientierung eines Akteurs eine große Bedeutung zu (Harnisch 2003:334). Beiden Strömungen liegt dabei der Konsens zu Grunde, dass bei der Rollenanalyse in den internationalen Beziehungen immer auch Bezug auf den counterpart einer Rolle, beziehungsweise auf andere Akteure und deren Rollen, genommen werden muss (Harnisch 2011:7). Die Rollentheorie ist damit in die sozialkonstruktivistischen Ansätze

der Außenpolitikforschung einzuordnen, welche von einem sozialen, regelgeleiteten Akteur ausgehen, der seine (wandelbaren) Interessen situativ und endogen definiert. Dabei ist er eingebunden in ein Netz von Werten und Normen, das, zusammen mit externen Erwartungen und Regeln, sein Handeln beeinflusst (Kirste/Maull 1996:285). Die Akteure unterscheiden sich dabei vor allem im Hinblick auf kognitive Variablen, wie Zielsetzungen außenpolitischen Handelns sowie Selbst- und Fremdperzeption (Kirste/Maull 1996: 284f.).

Begriffliche Grundlagen: Akteur, Rolle, Rollenkonzept, Rollenverhalten, Position

Die Analyseperspektive ist in der Rollentheorie nicht einheitlich, manche Untersuchungen legen den Fokus auf die Struktur des Systems, in dem sich der Akteur befindet, andere auf die individuelle Ebene der nationalen Entscheidungsträger. Angelehnt an Kirste und Maulls (1996:287) Auffassung, dass ein hohes Maß an Kongruenz der außenpolitischen Rollenkonzepte in den außenpolitischen Eliten die Bedingung für eine wirksame staatliche Außenpolitik darstellt und der Staat somit, auf das Kollektiv selbiger verkürzt, als Träger außenpolitischer Rollenkonzepte aufgefasst werden kann, soll sich auch diese Arbeit auf die Untersuchung des staatlichen Kollektivs als Akteur beschränken.

In der aus der Soziologie stammenden Rollentheorie bezieht der Begriff Rolle ursprünglich auf das Verhalten des Akteurs, also beispielsweise seine Entscheidungen und Handlungen, während der Begriff der Rollenzuschreibung die Normen und Erwartungen, die mit der Position des Akteurs in der Gesellschaft assoziiert werden, umfasst (Holsti 1970:239). Übertragen auf die Anwendung der Rollentheorie zur Außenpolitikanalyse ergibt sich folgendes Bild: Eine Rolle ist eine soziale Position, die durch Alter- und Ego- Erwartungen bezüglich der Aufgaben des Akteurs im Rahmen des jeweiligen Kontexts, also beispielsweise innerhalb einer internationalen Organisation, definiert wird. Da das außenpolitische Handeln von Staaten sowohl als Ergebnis von externen Einflüssen, als auch der Akteursebene verstanden wird, muss der internationale Rollenbegriff ebenfalls Umwelteinflüsse – den Alter-Part –

sowie individuelle Faktoren der Akteursebene – den Ego-Part – umfassen. Wie in Kirste und Maulls (1996:289) Aufsatz „Zivilmacht und Rollentheorie“ soll auch dieser Arbeit die Rollendefinition von Gaupp als Grundlage dienen:

„Internationale Rollen sind geplante - d.h. kollektiv normierte und individuell konzipierte – und von Repräsentanten realisierte Einstellungs- und Verhaltensmuster von Staaten [...] in internationalen Systemen“ (Gaupp 1983:109).

Es bleibt noch, die Begriffe des Rollenverhaltens und des Rollenkonzepts zu definieren. Zur Klärung des Begriffs des Rollenkonzepts stützen sich Kirste und Maull (1996:291) auf Holstis Definition:

„A national role conception includes the policymakers' own definitions of the general kinds of decisions, commitments, rules, and actions suitable to their states, and of the functions, if any, their state should perform on a continuing basis in the international system or in subordinate regional systems“ (Holsti 1970: 245f.).

Für Holsti ist damit das Rollenkonzept gleich dem Ego-Part einer Rolle, welcher allerdings von außen beeinflusst werden kann. Kollektive Normierung erfahren die Rollenkonzepte also extern und intern durch Werte und Ideale, denen sich der Rolleninhaber selbst verpflichtet fühlt und die von außen an ihn herangetragen werden. Sie beinhalten dabei die Wahrnehmung des Akteurs über seine Position gegenüber anderen (dies kennzeichnet den Ego-Part einer Rolle) und seine Wahrnehmung über die an ihn gerichteten Erwartungen von anderen (dies kennzeichnet den Alter-Part einer Rolle) (Kirste/Maull 1996: 289; Harnisch 2011:8). Gaupp (1983:109f.) weist darüber hinaus spezifisch auf die Abhängigkeit des Rollenkonzeptes von den Sanktionserwartungen, damit sind Annahmen des Rollenträgers über negative Reaktionen des Umfelds auf sein Rollenverhaltens gemeint, sowie von den Merkmalen des Positionsinhabers, den nationalen Merkmalen des Staates und früheren Erfahrungen in der Rolle, hin. Holsti geht davon aus, dass sich aus den nationalen Rollenkonzepten Beschränkungen für das außenpolitische Verhalten der Staaten ergeben (Holsti 1970:244). Rollenkonzepte bilden also gewissermaßen einen Rahmen für außenpolitisches Handeln, in dem angemessene Instrumente und Ziele formuliert werden. Kirste und Maull betonen dies noch weiter, indem sie beschreiben,

dass Rollenkonzepte auch immer die innere Verfasstheit eines Staates, seine gesellschaftlichen Normen und Wertevorstellungen, widerspiegeln (Kirste/Maull 1996:284).

Unter dem Rollenverhalten wird das „[...] tatsächliche Verhalten eines staatlichen Rolleninhabers in konkreten Situationen außenpolitischer Interaktion“ (Kirste/Maull 1996:290) verstanden, beziehungsweise mit Holstis (1970:245) Worten, das „[...] generelle außenpolitische Verhalten von Regierungen. Dies beinhaltet Muster von Haltungen, Entscheidungen, Antworten, Funktionen und Verpflichtungen gegenüber anderen Staaten“. Dabei unterscheidet sich das Verhalten eines Akteurs beim Ausüben einer Rolle oft von den externen und internen Rollenerwartungen (Harnisch 2011:9).

Die Übertragung des Konzepts der Position einer Rolle ist etwas problematisch, da hier besonders die Unterschiede des Umfelds, also zwischen einer integrierten Gesellschaft und der internationalen Staatenwelt, wichtig werden. In einer Gesellschaft lassen sich die Funktionen, Rechte und Pflichten, die mit einer bestimmten Position, beispielweise einem Lehrer, Gewerkschaftsleiter oder Militäroffizier, verbunden sind, leicht identifizieren (Holsti 1970:240). In der Staatenwelt ist dies schwieriger. Im internationalen System findet außenpolitisches Handeln nicht immer in einem Umfeld statt, das mit einer sozialen Position vergleichbar ist, wie das innerhalb einer internationalen Organisation der Fall wäre (Holsti 1970:241). Holsti vermeidet deshalb den Begriff der Position und bringt den Begriff Status ein, der, zumindest ungefähr, eine Aussage über den Grad der Involvierung des Staates im internationalen System, seine militärischen Ressourcen und sein Prestige, machen kann (ibid.). Holsti (1970:241) nimmt an, dass sich die Entscheidungsträger eines Staates über dessen Status im internationalen System bewusst sind und dass dies auch an den außenpolitischen Entscheidungen selbiger erkennbar ist. Dennoch betont er, dass der Begriff des Status in der außenpolitischen Analyse noch sehr vage und unerforscht ist (ibid.). Gaupp (1983:109) hingegen verwendet den Positionsbegriff in seiner Analyse und geht davon aus, dass die internationale Position eines Staates ihm, beziehungsweise seinen Repräsentanten, Situationen, einen Aufgabenbereich, Kommunikationspartner und

einen Rang erschließt.

Zusammenfassend ergeben sich bisher folgende analytische Begriffe: Das Rollenverhalten, das die Handlungen, Entscheidungen und Haltungen von Regierungen in einer bestimmten Situation beschreibt und somit das außenpolitische Agieren beim Ausführen einer Rolle umfasst; das Rollenkonzept, welches zum Teil selbstbestimmt und zum Teil von externen Rollenzuschreibungen und Erwartungen bestimmt ist; und die Position, in deren Rahmen das Verhalten des Akteurs stattfindet und die wiederum spezifische Rollenzuschreibungen in einem bestimmten Kontext umfasst.

Abgrenzung von Alter- und Ego-Part von Rollen und Rollenerwartungen

Der Ego-Part einer Rolle bezeichnet das kollektive Selbstverständnis eines Akteurs, spezifisch die von den nationalen Entscheidungsträgern geteilten Werte und Normen. Es sind also Faktoren der Akteursebene, das eigene Wertesystem, Weltbild und eigene Rollenvorstellungen, die hier bestimmend sind (Kirste/Maull 1996:286ff.). Der Ego-Part ist demnach konsistent mit den Vorstellungen der Entscheidungsträger über die Orientierung und Aufgaben des Staates im internationalen System (Holsti 1970:246).

Nun nehmen aber nicht nur eigene Vorstellungen über ein angemessenes Verhalten des Rolleninhabers Einfluss auf die Rolle, sondern sie wird auch von außen beeinflusst. Dies bezeichnet den Alter-Part einer Rolle: Der Alter-Part beschreibt, allgemein formuliert, die Umwelteinflüsse auf eine Rolle. Hierzu zählen die Rollenzuschreibungen, die unter anderem die Fremderwartungen anderer Akteure und Vorstellungen darüber, wie sich der Akteur nach außen hin verhalten sollte, beinhalten. Quellen dieser Rollenzuschreibungen können sowohl Strukturen des internationalen Systems sowie dort verankerte Werte und Normen sein, als auch die „worldopinion“, multi- beziehungsweise bilaterale Verträge und Beziehungen und die Erwartungen anderer Staaten (Holsti 1970:246).

Rollenerwartungen können an den Akteur durch Kommunikation und Handeln von anderen Akteuren herangetragen werden. Manifeste Rollenerwartungen der Umwelt

fließen in das Kalkül der Entscheidungsträger ein (Kirste/Maull 1996:293). Dabei können die Erwartungen an die Akteure, in diesem Fall die Staaten, sehr unterschiedlich ausfallen (Holsti 2011:8). Eine Definition des Begriffs der internationalen Rollenerwartungen bietet Gaupp (1983:109): „Internationale Rollenerwartungen sind kollektiv festgelegte (soziale), zeitlich generalisierte (normative) und positionsbezogene Einstellungs- und Verhaltenserwartungen und Sanktionskonzeptionen der Inhaber internationaler Positionen bzw. deren Repräsentanten als Rollensender“.

Dabei geht er von einer Abhängigkeit der Erwartungen von der Struktur des internationalen Systems sowie von früheren Erwartungen der internationalen Akteure und ihrer Repräsentanten aus (ibid.). Wir unterscheiden also bei den Rollenerwartungen ebenfalls in Ego-Part – die eigenen, innerstaatlichen Vorstellungen über und Anforderungen an die staatliche Rolle und deren Ausführung – und Alter-Part – die Erwartungen und Forderungen von außen, beispielsweise von dem Gegenpart einer Rolle, der Counter Role (Harnisch 2011:8). Dass Rollenerwartungen aufgrund ihrer unterschiedlichen Quellen und Genauigkeit nicht immer miteinander kompatibel sind und somit zu einem Rollenkonflikt führen können, beispielsweise zwischen Alter- und Ego-Part, ist daher nicht überraschend (ibid.). Obwohl formaler Zwang zu einem bestimmten Rollenverhalten für einen internationalen Akteur aufgrund staatlicher Souveränität und mangelnden Sanktionsmöglichkeiten im internationalen System meistens nicht gegeben ist, gibt es doch Varianten des Drucks zur internationalen Rolle (Gaupp 1983:148). Formen dieses Drucks, sowie schon allein die Dynamik des internationalen Geschehens und die Wandelbarkeit von Rollenvorstellungen, können Förderer von Konflikten sein (ibid.).

Rollenkonflikt

Konflikt bedeutet hier inhaltlicher Widerspruch. Der Begriff zielt also auf unverträgliche Erwartungen und Konzeptionen bezüglich der Einstellung und des Verhaltens staatlicher Akteure ab (Gaupp 1983:78).

Gaupp (1983:78;124) unterscheidet verschiedene Konfliktarten. Hier soll die Indisposition des internationalen Positionsinhabers als internationaler Rollenkonflikt näher erläutert werden. Dabei geht es um die Übereinstimmung zwischen Rollenidentität, also dem Bild des für eine internationale Rolle geeigneten Positionsinhabers, und den eigentlichen Eigenschaften und Motiven eines Akteurs (Gaupp 1983:151). Die Erwartungen an nationale Merkmale und Motive können mit den eigentlichen nationalen Charakteristiken in Konflikt treten. Dabei ist die Perzeption des Akteurs über seine eigene Position und die damit verbundenen Ansprüche ebenso von Bedeutung wie die Übung in der Ausführung dieser Rolle (Gaupp 1983:136). Kompromittierung als eine Form der Indisposition des internationalen Positionsinhabers findet dann statt, wenn die nationalen Motive des Positionsinhabers den Zielen des internationalen Rollensystems und somit auch den Einstellungserwartungen an ihn selbst widersprechen (Gaupp 1983:152). Als Lösungsform dieses Konfliktes hat der Staat zum einen die Möglichkeit, sich zwar von seiner Rolle (verbal) zu distanzieren, sich aber dennoch rollenkonform, also den Erwartungen entsprechend, zu verhalten. Wählt er eine aktivere Lösungsform des Konfliktes, so kann er versuchen, seine Merkmale, Ziele und Kapazitäten der Rollenidentität beziehungsweise den Einstellungserwartungen an ihn selbst anzupassen, oder sogar umgekehrt versuchen, die Rollenidentität zu verändern (Gaupp 1983:152f.).

Auch Harnisch et al. widmen sich in dem Buch „Role Theory in Foreign Policy analysis“ dem Problem der Rollenkonflikte. Hier wird in zwei Hauptgruppen unterschieden: Intra-Rollenkonflikte und Inter-Rollenkonflikte (Harnisch et al. 2011:256). Durch die Komplexität außenpolitischer Rollenkonzepte und der Vielzahl an Normen, Prinzipien und Werten, die sie beinhalten, können bei Veränderungen von äußeren oder inneren Umständen, die eine Re-Evaluation des außenpolitischen Rollenkonzeptes erforderlich machen, Intra-Rollenkonflikte entstehen (ibid.). Bei Inter-Rollenkonflikten handelt es sich um Konflikte, die durch die Unvereinbarkeit innenpolitischer und/oder international erzeugter Erwartungen entstehen. Dabei können solche Erwartungskonflikte wiederum zu einem Intra-Rollenkonflikt,

einer innenpolitischen Kontroverse über das Rollenkonzept, führen (ibid.).

Rollenwandel

Ein Wandel in der Rolle kann durch eine Veränderung der Außen- und Selbstzuschreibung herbeigeführt werden (Stahl 2006:53). Dabei gibt es verschiedene Arten und Intensitäten des Wandels. Wie bereits angedeutet, können Rollenkonflikte zu einem Rollenwandel oder zumindest zu einer Veränderung im Rollenverhalten führen. Die neuesten Forschungsergebnisse zum Rollenwandel fassen Harnisch et al. (2011) im letzten Kapitel von „Role Theory in International Relations“ zusammen. Im Folgenden sollen ausgewählte Arten und Prozesse des Rollenwandels, die die Autoren identifizieren, kurz skizziert werden.

Es findet zunächst eine Unterscheidung in drei verschiedene Arten des Rollenwandels statt, wie er bei Staaten in bilateralen Beziehungen oder im sozialen Kontext von internationalen Institutionen stattfinden kann, typologisiert nach der Intensität des Wandels: die (strategische) Adaption (Roleadaption), das Lernen (Rolelearning) und die Transformation (Roletransformation). Dabei findet bei der Adaption einer Rolle ein Wandel in der Präferenz von Instrumenten und Strategien statt, wobei die außenpolitischen Ziele konstant bleiben. Letztere ändern sich beim zweiten Grad des Rollenwandels, dem Lernen. Eine Rollentransformation bezeichnet einen Wandel in der Identität und den Interessen des Rolleninhabers (Harnisch et al. 2011:252f.). Breuning (2011:30) weist darauf hin, dass ein Wandel im bloßen außenpolitischen Verhalten – sie unterscheidet hier adjustment, programmechange, goalchange und international orientationchange, zumindest bei den ersten beiden Termini, nicht zwangsläufig einen Wandel der Rolle, beziehungsweise des Rollenkonzepts bedeuten muss.

Harnisch et al. (2011:254) haben nun sechs verschiedene Prozesse beziehungsweise Ursachen des Rollenwandels identifiziert. An dieser Stelle soll auf zwei dieser sechs Prozesse eingegangen werden, die für die weitere Analyse relevant werden: Rollenwandel durch Sozialisation und Rollenwandel durch eine „Conception-Performance-Gap“, eine Diskrepanz zwischen Rollenkonzept und Rollenverhalten. Bei dem Sozialisierungsprozess wird davon ausgegangen,

dass eine Institution oder eine Partnerschaft zu einem anderen Akteur einen Rollenwandel hervorrufen kann. Dies geschieht dann, wenn ein „Außenseiter“ die Verhaltensregeln einer „Insidergemeinschaft“ internalisiert. Dabei findet Sozialisation in einem stark asymmetrischen Machtverhältnis zwischen „Insidern“ und „Outsidern“ statt (Harnisch et al. 2011:13). Wenn es um eine Conception-Performance-Gap geht, dann versteht man darunter eine Divergenz zwischen dem Rollenverhalten und den Ego- oder Alter-Erwartungen, die Einfluss auf die Ausführung einer Rolle und somit das Rollenkonzept nehmen (Harnisch et al. 2011:254).

Zusammenfassend lassen sich hier die folgenden Ursachen für einen Wandel in der Rolle festhalten, die allerdings wiederum von einem bloßen Wandel im außenpolitischen Rollenverhalten abgegrenzt werden sollten: ein Rollenkonflikt, wie von Gaupp (1983) und Harnisch et al. (2011:256) in verschiedenen Formen skizziert, kann zur Veränderung des Rollenverhaltens führen, da der Rolleninhaber diesen Konflikt beziehungsweise die Spannungen zwischen den Erwartungen an das Rollenkonzept und der Ausführung der Rolle zu lösen sucht. Hier besteht allerdings die Gefahr, dass der erfolgende Wandel wieder neue Spannungen und Konflikte zwischen und innerhalb der Rolle hervorruft (Harnisch et al. 2011:256). Die oben beschriebene Form der Lösung eines als Indisposition bezeichneten Konflikts ist mit der Adaption der Rolle nach Harnisch et al. (2011:252) vergleichbar, also ein Rollenwandel ersten Grades, wenn der Rolleninhaber zwar versucht, sich den Rollenerwartungen anzupassen, allerdings seine außenpolitischen Ziele und seine Identität nicht verändert. Die aktivere Form der Lösung dieses Rollenkonfliktes nach Gaupp wäre dann mit dem zweiten Grad des Rollenwandels nach Harnisch et al. (2011:253) gleichzusetzen, wenn der Rolleninhaber seine eigenen Merkmale und Ziele anpasst oder sogar versucht, die Rollenidentität zu verändern. Findet eine komplette außenpolitische Neuorientierung statt, indem sich Interessen und Identität des Akteurs ändern, dann ist dies der höchste Grad des Rollenwandels (Harnisch et al. 2011:253). Außerdem bleibt festzuhalten, dass es verschiedene Prozesse gibt, die zum

Rollenwandel führen können, auf Grund des begrenzten Rahmens dieser Arbeit soll an dieser Stelle allerdings nur der Sozialisierungsprozess, sowie die Conception-Performance-Gap Erwähnung finden, die bereits erläutert wurden.

Alter- oder Ego-Part ?

Schließlich soll noch der Frage nachgegangen werden, welcher Teil, der Alter – oder der Ego-Part einer Rolle, mehr Einfluss auf die Außenpolitik eines Staates nimmt.

Holsti geht davon aus, dass die Vorstellungen der nationalen Entscheidungsträger über das angemessene Verhalten des Staates in den internationalen Beziehungen mehr Einfluss auf das Rollenverhalten haben, als Rollenzuschreibungen von außen (Holsti 1970:244). Er begründet dies mit dem noch zu vagen Begriff des Status eines Staates im Vergleich zur Position eines Individuums in der Gesellschaft sowie mit dem Verweis auf die Souveränität der Staaten im internationalen System. Er geht davon aus, dass das Umfeld von Staaten im Bezug auf die dort verankerten Normen, Werte, Regeln und Erwartungen, mit dem eines Individuums in einer Gesellschaft nur bedingt vergleichbar ist. Es scheint seiner Meinung nach noch verfrüht, von einer international society zu sprechen, da sich Staaten in der Regel nicht in einem vergleichbarem Umfeld einer integrierten Gesellschaft befinden, wo ihnen eine bestimmte Position und somit auch spezifische Funktionen und Erwartungen zugeschrieben werden können. Somit können Erwartungen von außen, eine „worldopinion“ und beispielsweise internationale Normen, staatliches Handeln nur geringfügig erklären. Schon allein das Prinzip der Souveränität führe dazu, dass das außenpolitische Rollenverhalten in erster Linie von den Rollenkonzepten der Entscheidungsträger und den innenpolitischen Forderungen und Bedürfnissen abhänge (ibid.).

Damit spricht er zwar den Rollenzuschreibungen durch den Alter-Part den Einfluss auf den Akteur nicht vollkommen ab, stuft ihn jedoch im Vergleich zum Ego-Part erheblich herab (Holsti 1970:244). In seiner Studie sieht er das außenpolitische Rollenverhalten als Ergebnis der nationalen Rollenkonzepte der Entscheidungsträger an, also deren Ansichten über die angemessene

außenpolitische Orientierung und die damit einhergehenden Aufgaben und Funktionen ihres Staates (Holsti 1970:245). Auf den Punkt gebracht heißt dies, dass nach Holstis Auffassung der Ego-Part nationaler Rollenkonzepte das außenpolitische Handeln eines Staates mehr beeinflusst als externe Rollenerwartungen.

Kirste und Maull schließen sich diesen Annahmen zum Einfluss von Alter- und Ego-Part an, fügen allerdings hinzu, dass kontinuierliche, stabile Rollenerwartungen von außen dazu führen können, dass diese Erwartungen in das eigene Selbstverständnis übergehen und somit Teil des Selbigen werden (Kirste/Maull 1996:289). Gaupp geht zwar wie Holsti auf das Prinzip der Souveränität in der internationalen Politik ein, das unter anderem dazu führt, dass ein Staat normative Bindungen nur willentlich eingeht (Gaupp 1983:102) und weist außerdem auf die mangelnden Sanktionsmöglichkeiten im internationalen System hin, da diesem ein Gewaltmonopol fehle (Gaupp 1983:161). Doch misst er diesem Prinzip keine so große Bedeutung zu und erklärt, dass ein konkretes Verhalten sowohl souverän (selbstbestimmt), als auch erwartungskonform (fremdbestimmt) sein kann, nämlich dann, wenn sich Eigen- und Kollektivwille decken (Gaupp 1983:160).

Im folgenden Empirieteil dieser Arbeit wird nun genau dieser Problematik nachgegangen, indem versucht wird, die Frage zu beantworten, ob der Alter-Part – spezifisch die Fremderwartungen – oder der Ego-Part mehr Einfluss auf die Außenpolitik eines Staates nimmt. Die These, dass die Fremderwartungen wichtiger sind und sogar zu einem Rollenwandel führen können, wird durch die Analyse des Einflusses der USA auf die Entwicklung der japanischen Sicherheitspolitik seit Ende des Zweiten Weltkrieges überprüft.

Die japanische „Friedensklausele“ und die Grundlagen der japanisch-amerikanischen Sicherheitsallianz

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges war Japan von den Alliierten unter Führung der Amerikaner besetzt (Berger 1996:331). Am 4. Februar 1946 begann die Regierungssektion des Supreme Commander for Allied Powers (SCAP), General Douglas MacArthur, die Ausarbeitung eines neuen Verfassungsentwurfs für Japan, welcher am 13. Februar 1946 den

japanischen Vertretern, unter anderem dem damaligen Außenminister Yoshida Shigeru, übergeben wurde (Tsuchiyama 2007:50). Besonders heikel für die Japaner war dabei der Artikel 9, die „Friedensklausele“, welche eine völlige Absage an jegliche Formen und Mittel des Krieges beinhaltete. Die endgültige Version des meist umstrittenen Artikel 9, in dem Japan auf den Unterhalt einer Armee, die Androhung militärischer Gewalt und die Kriegsführung verzichtet, lautet wie folgt:

“Aspiring sincerely to an international peace based on justice and order, the Japanese people have forever renounced war as a sovereign right of the nation and the threat or use of force as means of settling international dispute.“

„In order to accomplish the aim of the preceding paragraph, land, sea, and air forces, as well as other war potential, will never be maintained. The right of belligerency of the state will not be recognized.“¹

Eine von McArthur ursprünglich vorgesehene Formulierung, die den Krieg sogar verbot, um die eigene Sicherheit zu wahren, wurde allerdings in der endgültigen Fassung wieder herausgenommen. Ob dies implizieren sollte, dass das Recht der Japaner auf Selbstverteidigung durch diesen Artikel dadurch nicht verwehrt wurde, ist nach wie vor umstritten (Otto 2002:46f.).

Die Verfassung wurde im Juni dem Parlament vorgestellt und der Kaiser gab die Annahme am 3. November öffentlich bekannt (Tsuchiyama 2007:52). Zusammen mit dem japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag bildet Artikel 9 eine zentrale Säule der japanischen Sicherheitspolitik (Tsuchiyama 2007:59).

Die Japaner strebten den raschen Abschluss eines Friedensvertrags mit den USA an, welcher 1951 in San Francisco parallel zum amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrag geschlossen wurde und Japan nach knapp sieben Jahren Besatzung wieder zu einem voll souveränen Staat werden ließ (Togo 2010:55f.). Japan bot dabei den Vereinigten Staaten an, ihre militärische Präsenz im Land beizubehalten, um im Gegenzug amerikanische Sicherheitsgarantien zu erhalten (Otto 2002:20). Das Interesse an der Garantie der eigenen Sicherheit durch die USA kann im folgenden Zusammenhang erklärt werden:

¹ Siehe *“The Constitution of Japan”, Artikel 9, verfügbar unter: http://www.kantei.go.jp/foreign/constitution_and_government_of_japan/constitution_e.html*

Premier Yoshida Shigeru etablierte zu Beginn der 1950er Jahre das Konzept der japanischen Handelsmacht (Berger 1996:336). Nach der sogenannten Yoshida Doktrin sollte Japan sich vordergründig auf seine wirtschaftliche Entwicklung und Wiedereingliederung in die internationale Gemeinschaft konzentrieren und sich im Bereich Verteidigung und Sicherheit vollkommen auf die USA verlassen. Dazu war eine militärische Präsenz der Amerikaner in Japan nötig. Japans nationale Sicherheit sollte auf diese Weise allein durch die USA gewährleistet werden, wodurch der Pazifismus der eigenen Verfassung aufrecht erhalten werden konnte. Dieses Konzept sollte zur Grundlage für die zukünftige japanische Außen- und Sicherheitspolitik werden (Hughes/Krauss 2007:157). Der Ausbruch des Koreakriegs kam dabei für die Japaner sehr gelegen, denn er machte den Amerikanern die Wichtigkeit ihrer Militärbasen in Japan im Kampf gegen den Kommunismus nur allzu deutlich. Die amerikanische Regierung ging allerdings einen Schritt weiter, als es Yoshida lieb war: MacArthur wurde im Juli 1950 damit beauftragt, Japan wieder zu bewaffnen. Eine Nationale Polizeireservetruppe (NPR) von 50000 Mann wurde etabliert, welche später als National Safety Force (NSF) und schließlich im Juni 1954 zur Self Defence Force (SDF) umgewandelt wurde (Tsuchiyama 2007:57). Damit kam ultimativ die Frage über die Vereinbarkeit solcher Streitkräfte und des Rechts auf Selbstverteidigung mit der japanischen Verfassung auf (Aoi 2004:112f.). Der 1951 geschlossene japanisch-amerikanische Sicherheitsvertrag hält explizit fest, dass die Vereinigten Staaten ihre militärische Präsenz auf japanischen Gebiet unter anderem deshalb beibehalten, um einen bewaffneten Angriff auf Japan verhindern zu können, da Japan selbst aufgrund seiner Entwaffnung dem eigenen Recht der Selbstverteidigung nicht nachkommen könne. Die japanische Regierung gab 1954 offiziell bekannt, dass die Verfassung Japan das Recht auf Selbstverteidigung nicht absprach, wenn es sich um einen direkten Angriff handelt. Außerdem zähle die SDF nicht unter „land, sea and air forces, as well as other war potential“, die in Artikel 9 verboten wurden (Aoi 2004:113). Diese offizielle Interpretation, mit der zumindest die Existenz

der SDF legitimiert und ein minimales Recht auf Selbstverteidigung möglich gemacht wurde, ist umstritten (ibid.). Außerdem ist es offensichtlich, dass Artikel 9 der Verfassung starke Beschränkungen für die Rolle, die Japan in einer Sicherheitsallianz übernehmen kann, birgt. Es ist daher zweifelhaft, ob man hier wirklich von einer Allianz im traditionellen Sinnesprechen kann. Nishimura Kumao, Vorsitzender des Vertragsbüros des japanischen Außenministeriums, wird beispielsweise mit den Worten zitiert, dass es sich hier eher um ein vorläufiges „base-lending-agreement“ handle (Tsuchiyama 2007:58).

Der Artikel 9 stellte darüber hinaus ein Problem für die Möglichkeiten einer kollektiven Selbstverteidigung Japans dar. Die Frage, ob die japanische SDF im Ausland, außerhalb japanischen Territoriums, eingesetzt werden könne, wenn dies von den Vereinigten Staaten verlangt wird, wurde besonders heiß während des Abschluss eines Mutual Defense Assistance Agreements (Abkommen zur gegenseitigen Verteidigungsunterstützung) mit den USA diskutiert (Aoi 2004:113). Im Juni 1954 wurde vom japanischen Parlament entschieden, dass die SDF nicht ins Ausland entsandt werden dürfe. Zwei Jahre später wurde die Problematik nochmals aufgegriffen und festgehalten, dass Japan sehr wohl das Recht zur kollektiven Selbstverteidigung besaß, allerdings nur bei einem direkten Angriff auf japanisches Territorium militärische Mittel anwenden dürfe. Solange Japan selbst nicht unmittelbar angegriffen werde, dürfe die SDF nicht aktiv werden (ibid.). Diese Bestimmung sollte schon bald zu Konflikten mit dem amerikanischen Allianzpartner führen.

Eine ungleiche Allianz im Zweiten Golfkrieg

Je enger sich die Beziehungen zwischen Tokyo und Washington entwickelten, umso bedeutender wurden sie für die beiden Staaten. So bezeichnete der ehemalige amerikanische Botschafter Mike Mansfield die Beziehung zu Japan als die „wichtigste Beziehung, die die USA haben“ (zit. n. Holbrooke 1991:43f.). Japan folgte zunächst den meisten außenpolitischen Vorgaben der USA breitwillig (Holbrooke 1991:46). Doch die 1950er und

1960er Jahre waren auch von der japanischen „fear of entrapment“ geprägt – der Angst, durch die USA in einen Konflikt in Asien hineingezogen zu werden. Aus diesem Grund war die Priorität der japanischen Außenpolitik jener Zeit starke Beschränkungen auf die eigene Sicherheitspolitik zu legen. Dazu zählt unter anderem das Verbot von Waffenexporten, Auslandseinsätzen der SDF und offensiver Militärdoktrinen (Tsuchiyama 2007:60). In diesem Licht kann auch die Absage der japanischen Regierung an die Forderung des UN Generalsekretärs gesehen werden, im Juli 1958 Offiziere der SDF für eine UN Beobachtermission in den Libanon zu schicken (Tanaka 1995:90). Japan war mit der Yoshida Doktrin, dem ausschließlichen Fokus auf wirtschaftliches Wachstum, zufrieden und orientierte sich stark an diesen Prinzipien in seiner Außenpolitik (Funabashi 1991:61). In den 1970ern wandelte sich die „fear of entrapment“ allerdings in eine „fear of abandonment“ – die Japaner befürchteten, dass die USA nach Ende des Vietnamkriegs das Interesse daran verlieren würden, Japan weiter zu (be-)schützen, da das amerikanische Engagement in Asien zu schwinden schien (Tsuchiyama 2007:60). Als Reaktion auf diese Befürchtungen wurde beispielsweise die National Defense Program Outline 1976 und die gemeinsamen Verteidigungsrichtlinien 1978 verabschiedet, welche erstmals die Aufgaben der beiden Allianzpartner definierte und unter anderem auch die Durchführung gemeinsamer Manöver sowie eine engere nachrichtendienstliche Zusammenarbeit anregten (Otto 2002:56).

In den 1980ern beschleunigte die Nakasone-Administration den militärischen Aufbau Japans, indem sie die 1%-Grenze des Bruttonationaleinkommens für Verteidigungsausgaben aufhob (Tsuchiyama 2007:60). Mitte der 1980er Jahre kam dann immer mehr Kritik an der japanischen „Scheckbuchdiplomatie“, welche sich ausschließlich auf finanzielle Mittel stützte, auf (Funabashi 1991:62). Japan wurde in den 80ern der größte Entwicklungshilfegeber für „Dritte-Welt“-Staaten: 1989 übernahm das Land 22% der gesamten weltweiten Entwicklungshilfe (Holbrooke 1991:42). Allerdings war es noch immer abgeneigt, auch „human contributions“ mit in Betracht zu ziehen. Einen Kurswechsel der japanischen Sicherheitspolitik sollten in diesem Sinne erst die Folgen der Golfkrise auslösen,

welche im August 1990 ausbrach und im Januar 1991 in einen Krieg eskalierte (Tsuchiyama 2007:60). Die japanische Öffentlichkeit war tief gespalten in der Frage, ob Japan die Koalition mit eigenem militärischem Personal unterstützen sollte (Holbrooke 1991:51). Die Verfassungsbeschränkungen und die fest verankerten pazifistischen Normen führten letztlich dazu, dass Japan sich nicht einmal dazu durchringen konnte, symbolische militärische Streitkräfte zu schicken, obwohl es die gleichen Interessen wie die USA und ihre Alliierten verfolgte (Michizuki 2007:5; Berger 1996:323). Allerdings trug Japan mit 13 Milliarden Dollar einen großen Teil der Kosten des Krieges, was nur durch eine Erhöhung der Steuern im eigenen Land möglich war (Michizuki 2007:5). Doch dieser Beitrag wurde von der internationalen Gemeinschaft kaum gewürdigt. So konnte Japan beispielsweise im UN-Sicherheitsrat nicht mitbestimmen, wie auf die Golfkrise weiter reagiert werden könne und musste sich hauptsächlich von den USA heftige Kritik gefallen lassen, der Beitrag zur Lösung der Krise sei „too little too late“ gewesen (ibid.). Als Reaktion auf diese Kritik verabschiedete Japan das International Peace Cooperation Gesetz im Juni 1992, welches eine japanische Teilnahme an UN-Peacekeeping Operationen ermöglichte (Tsuchiyama 2004:79) und schickte SDF-Einheiten im Rahmen einer UN-Peacekeeping Mission nach Kambodscha. Dies war ein großer Schritt für das Land, das seit 1945 keine Truppen mehr ins Ausland gesendet hatte (Holbrooke 1991:52).

Eine neue Verteidigungsrichtlinie wurde 1995 verabschiedet, in der unter anderem der Einsatzbereich der SDF klar ausgeweitet wurde: Von nun an war die logistische Unterstützung amerikanischer Truppen im Falle einer Bedrohung auch außerhalb der eigenen Landesgrenzen möglich und es fand eine schrittweise Aushöhlung des Verbots der kollektiven Verteidigung statt (Otto 2002:246). Um die verteidigungspolitische Kooperation zwischen den USA und Japan noch effektiver zu gestalten und die Allianz glaubwürdiger zu machen, wurden 1997 durch US-Präsident Clinton und den japanischen Premier Hashimoto die 1978 beschlossenen Richtlinien für die Verteidigungs-Allianz der beiden Staaten erneuert, wodurch von nun an deren sicherheitspolitische Kooperation über die reine Verteidigung Japans hinausging und

auf „situations in a reassurrounding Japan“ ausgeweitet wurde, also auf den recht dehnbaren Begriff der „Situationen in Gebieten im Umfeld Japans“, solange diese Situationen mit der Sicherheit Japans in Verbindung stehen (Otto 2002:161).

Die SDF in Afghanistan und Irak

Der 11. September 2001 sollte einen weiteren Wendepunkt in der japanischen Sicherheitspolitik darstellen. Dieser Wandel ging sogar so weit, dass Japan seine SDF-Einheiten auch außerhalb des UN-Rahmens ins Ausland schickte und diplomatischen sowie logistischen Support für die amerikanischen Militärmissionen in Afghanistan und Irak bereitstellte (Michizuki 2007: 11). So schickte Tokio seine Marine SDF (MSDF) in den Indischen Ozean (beginnend 2001) und Luftstreitkräfte (beginnend 2003) sowie Bodentruppen (beginnend 2004) in den Irak, zwar immer Bezug auf UN Resolutionen nehmend, jedoch im Rahmen der Koalition der Willigen ohne spezifisches UN-Mandat (Sato 2008:94). Bereits im Oktober 2001 hatte die Regierung ein besonderes Anti-Terrormaßnahmen Gesetz (Antiterrorism Special Measures Law, ASML) verabschiedet, das die Entsendung der Marine SDF und Luftwaffe in den Indischen Ozean möglich machte, um die USA in Afghanistan zu unterstützen (Hughes/Krauss 2007:160). Das ASML erlaubte die japanische Teilnahme an kooperativen Unterstützungsmaßnahmen („cooperativesupportactivities“) mit Koalitionspartnern (Sato 2008:96). Bis zur Verabschiedung des ASML waren SDF-Auslandseinsätze an das International Peace Cooperation Gesetz von 1992 gebunden, welches eine Autorisation durch die UN und die Zustimmung des jeweiligen Landes verlangte. Da diese Zustimmung erst Ende 2001 durch die Übergangsregierung in Afghanistan überhaupt möglich gewesen wäre, rechtfertigt das ASML die Handlungen Japans in Bezugnahme auf die eigene Selbstverteidigung (ibid.).

Als es um die Unterstützung Japans für die USA im Irakkrieg ging, schaffte es Premier Koizumi ebenfalls, eine Gesetzesverabschiedung zu veranlassen, die die Entsendung von Boden-, Luft- und

Marine Einheiten in den Irak und den Persischen Golf zu schicken erlaubte, um an Wiederaufbaumissionen außerhalb des Kampfgebiets teilzunehmen (Hughes/Krauss 2007:160f.). Das Gesetz zur Entsendung der SDF in den Irak war nicht unumstritten und entfachte in Japan erneut eine Debatte über die Frage der kollektiven Selbstverteidigung. Das ASML wurde dennoch im Oktober 2003 verlängert (Sato 2008:100), obwohl es von vornherein keinen nationalen Konsens darüber gab, ob die Terroranschläge des 11. September überhaupt einen Fall darstellten, in dem die Regierung das Recht zur kollektiven Selbstverteidigung anwenden könnte, selbst wenn die Verfassung anders ausgelegt würde (Tsuchiyama 2007: 62). Beide Einsätze, Afghanistan und Irak, fanden letztlich beachtlichen Widerspruch in Japan; die japanische Öffentlichkeit zeigte sich besonders im Falle des Irakkrieges sehr skeptisch (Maull 2011:188f.;Michizuki 2007:11f.).

So hat sich seit Mitte der 1990er Jahre die japanische Sicherheitspolitik schrittweise in Richtung einer engeren Beziehung zu den USA und einer aktiveren Rolle entwickelt. Von der gemeinsamen Sicherheitserklärung zwischen US-Präsident Clinton und Premier Hashimoto 1996, in deren Folge beispielsweise ein fortgeschrittenes gemeinsames Raketenabwehrsystem entwickelt wurde, bis hin zur Umwandlung der japanischen Defence Agency in ein vollwertiges Ministerium 2007 wurde Japans sicherheitspolitische Rolle schrittweise ausgebaut (Michizuki 2007:13). Jedoch sei hier nochmals ausdrücklich betont, dass bis heute keine Änderung der japanischen antimilitaristischen Nachkriegsverfassung stattgefunden hat (Tsuchiyama: 2007:69f.)

Im folgenden Abschnitt sollen nun die sich ändernden Fremderwartungen der USA und deren Auswirkungen auf die Entwicklung der japanischen Sicherheitspolitik an den ausgewählten Fallbeispielen analysiert werden.

Widersprüche in den Grundlagen der japanischen Sicherheitspolitik

Vor dem Zweiten Weltkrieg war Japan eine militärische Großmacht, deren starke militärisch-politische Kultur und militärischer Ethos zentral für das eigene Selbstverständnis

war (Berger 1996:330). Nach der Niederlage 1945 verlangten die Atlantikcharta sowie das Potsdamer Abkommen die Errichtung eines legitimen und demokratischen Systems für Japan (Otto 2002:42). Dabei nahmen die Amerikaner eine Schlüsselrolle in der Verfestigung und Institutionalisierung der antimilitarischen Kultur in Japan ein. Diese wurde durch Artikel 9 der Verfassung, die strikte zivile Kontrolle der SDF und das Verbot der Stationierung von Streitkräften außerhalb des japanischen Territoriums, in den neuen Institutionen des japanischen Staates verankert (Berger 1996:331). Damit wird deutlich, welchen Einfluss die USA von Beginn an auf die japanische Neuorientierung, von einer militarisierten, absoluten Monarchie zu einem pazifistischen, demokratischen Staat, hatten. Denn mit der Annahme des Verfassungsentwurfs und den größtenteils positiven Reaktionen in der japanischen Öffentlichkeit wurde mit dem Artikel 9 nicht nur eine neue Norm geschaffen, sondern gleichzeitig auch die Grundlage für die zukünftige pazifistische Ideologie des Staates gelegt (Tsuchiyama 2007:52). Es ist also keine Übertreibung zu sagen, dass der japanische Antimilitarismus seinen Ursprung im Einfluss der USA hatte (Inoguchi 2004:42). Somit sind stabile Außenerwartungen (nicht nur von den Amerikanern, sondern der internationalen Gemeinschaft im Allgemeinen) an das besiegte Japan, was seine zukünftige Rolle als pazifistische Nation im internationalen System betrifft, in das eigene Selbstverständnis der Nation übergegangen. Die amerikanische Besatzung konnte durch Sozialisierung die Grundlagen des japanischen Selbstverständnisses verändern (Maull 2004:2) und der zukünftigen japanischen Außenpolitik – und damit der außenpolitischen Rolle Japans – klare Vorgaben machen. Der pazifistische Charakter der Sicherheitspolitik des Landes in den folgenden Jahrzehnten beweist dies.

Der japanische Premier Yoshida kombinierte diese Außenerwartungen mit der Vision der japanischen Handelsnation: Japan solle sich von nun an auf seine wirtschaftliche Entwicklung konzentrieren, anstatt nach militärischer Macht zu streben. Somit verband er den anti-militaristischen Charakter der Verfassung mit dem Streben nach wirtschaftlichem Wohlstand und machte dies zur neuen Ideologie für das Land. „Japan als Handelsmacht“ war damit das Rollenkonzept,

welches sich die ersten Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg immer mehr verfestigte. Diese neue Linie Yoshidas kann als logische Antwort auf den externen Druck gesehen werden und wurde nun zum Teil des nationalen Selbstverständnisses (Berger 1996:337). Damit waren die Grundlagen des neuen nationalen Rollenkonzeptes, das japanische Selbstverständnis als pazifistische Nation und Handelsmacht, gelegt (Aoi 2004:112). Am Beginn der japanischen Nachkriegspolitik stand also ein Rollenwandel dritten Grades durch Sozialisation, um auf das Konzept von Harnisch et al. (2011:253) zurückzukommen. Dieser beinhaltet, wie am japanisch-amerikanischen Beispiel deutlich wird, den kompletten Wandel der eigenen Identität und Interessen und findet in einem asymmetrischen Machtverhältnis zwischen dem „Sozialisierer“ und dem sozialisierenden Staat statt.

Doch der amerikanische Einfluss trug auch zur tiefen und grundlegenden Verankerung eines Konfliktes im Japan der Nachkriegsjahre bei. Mit dem japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag von 1951 wurde das Land in die Asienstrategie der USA im Kalten Krieg eingebunden (Akaha 2000:178). Unter anderem durch die Entwicklungen in Korea veranlasst, nahm die USA eine politische Kehrtwende vor, die nun nicht mehr nur die Demokratisierung Japans und die Zerschlagung seines Militärs vorsah, sondern jetzt das Ziel verfolgte, mit Japan einen verlässlichen Satelliten im Kampf gegen den Kommunismus aufzubauen (Otto 2002:47). Der Druck auf Premier Yoshida, eine Polizeireservetruppe zu etablieren, kann in diesem Sinne interpretiert werden. So ist nicht nur über die Interpretation des Artikels 9 an sich und vor allem die Frage, ob er Selbstverteidigung einschließt oder nicht, heftig diskutiert worden. Vor allem der japanisch-amerikanische Sicherheitsvertrag stellt in Verbindung mit Artikel 9 einen offensichtlichen Widerspruch dar (Otto 2002:42; Tsuchiyama 2007:58). Denn die bloße Existenz der SDF allein ist bereits schwer mit dem Artikel 9 der Verfassung, welcher Japan jegliches „war potential“ untersagt, vereinbar. Dieser Widerspruch wurde von verschiedenen japanischen Regierungen wiederholt unterschiedlich erklärt und heruntergespielt (Tsuchiyama 2007:58). Er stellt die Kehrtwende der amerikanischen Politik und Erwartungen gegenüber Japan dar und hat sich bis heute als Grundlage japanischer Außen- und

Sicherheitspolitik gehalten.

Der Rollenkonflikt manifestiert sich

Die Niederlage im zweiten Weltkrieg und die anschließenden Erfahrungen im Umgang mit dieser Niederlage, angeleitet durch die USA, haben neue Werte und Überzeugungen in Japan entstehen lassen, die in den folgenden Jahren auch im politischen System national institutionalisiert und Teil des eigenen Selbstverständnisses wurden (Berger 1996:318). Die militärischen Beschränkungen und die außenpolitische Zurückhaltung der folgenden zwei Jahrzehnte verdeutlichen diesen Rollenwandel Japans. Auch wurde durch den amerikanischen Einfluss die Grundlage für Japans pro-West und pro-Amerika Ausrichtung gelegt (Akaha 2000:178). Der Ego-Part der neuen Rolle Japans wurde also in der Nachkriegszeit erneuert und verfestigt. Doch mit seiner antimilitärischen Haltung kam Japan schon bald in die Kritik. Es entwickelte sich zwar in den 60er und 70er Jahren zu einer (wirtschaftlichen) Großmacht, doch baute es keine militärischen Ressourcen auf, die dieser wirtschaftlichen Macht entsprochen hätten (Berger 1996:321). So kam Japan, als Gründungsmitglied der G7 1975, der Status einer Großmacht zu, an die die internationalen Rollenerwartungen wuchsen und deren Untermauerungen zunehmend in Frage gestellt wurden (Funabashi 1991:59). Die Beziehungen zu den USA, die Japans Verantwortungsgefühl im Bezug auf seine internationale Rolle und die Fähigkeit, eigene, selbstständige Entscheidungen zu treffen, schmälerte, wurde zunehmend problematisch (Samuels 2007:2). Japan wurde sich zwar seines größeren Handlungsbedarfs und der Erwartungen bewusst, musste aber seine politisch-militärischen Schritte noch immer genau abwägen. Der Grund war natürlich der Ego-Part, zudem nicht nur die eigene pazifistische Grundeinstellung (in der Bevölkerung), sondern auch die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs gehörten (Otto 2002:59f.).

Der Druck der USA auf Japan, sich stärker am „burden sharing“ in den Verteidigungsausgaben zu beteiligen, wuchs in den 1980ern (Akaha 2000:179). Die bereits angesprochene „fear of abandonment“ brachte Japan dazu, auf diesen

Druck zu reagieren und die 1%-Grenze für die Verteidigungsausgaben aufzuheben und einen größeren Teil der Kosten für die Verteidigung des Nord-Ost-Pazifiks gegen die sowjetische Ostflotte zu übernehmen (Holbrooke 1991:52). Die Erwartung von negativen Sanktionen durch die USA nahm hier, wie von Gaupp (1983:109f.) beschrieben, Einfluss und veranlassten Japan zu diesem Handeln. Japan selbst war in dieser Zeit recht zufrieden damit, im Schatten der USA zu bleiben und hatte kein internationales Prestige und auch keine Unabhängigkeit der nationalen Sicherheit gesucht, wie es für seine wirtschaftliche Macht angemessen wäre (Michizuki 2007:2). Mit dem Ausbruch des Golfkrieges war die Kluft zwischen den internationalen Erwartungen an Japan als (wirtschaftliche) Großmacht und dessen eigentlicher Außenpolitik allerdings bedenklich groß geworden. Der Punkt war gekommen, die japanische Rolle und die damit verbundenen Ziele in der Welt klarer zu definieren, um nicht mehr nur ein bloßer Akteur, sondern eine wichtige Säule der globalen Ordnung zu sein (Funabashi 1991:61). Der japanische Begriff „gaiatsu“ beschreibt diesen äußeren Druck, der hauptsächlich mit den Erwartungen Washingtons einher ging und in Tokio mit Ausbruch des Golfkrieges nur allzu deutlich spürbar war (Funabashi 1991:73). Der amerikanische Botschafter Michael Amacost ließ beispielsweise gegenüber der japanischen Regierung verlauten, dass die Handlungen, die die japanische Regierung als Reaktion auf die Golfkrise vornehmen würde, einen tiefgreifenden Einfluss auf die Zukunft der japanisch-amerikanischen Beziehungen haben würden (Holbrooke 1991:51). Doch trotz des internationalen Drucks gelang es der japanischen Regierung nicht, ein Gesetz zu verabschieden, das logistische Unterstützung durch die SDF möglich gemacht hätte (Kliman 2006:75). Japan steuerte „nur“ 13 Milliarden US-Dollar bei und trug damit 20% der gesamten Kriegskosten, doch dies wurde von der internationalen Gemeinschaft nicht gleichwertig mit einem personalen Einsatz gesehen und ließ besonders in den USA Zweifel an der Zuverlässigkeit Japans als Allianzpartner aufkommen (Kliman 2006:72f.; Holbrooke 1991:51). Damit waren die Grenzen der japanischen Sicherheitsstrategie nur allzu

deutlich offengelegt: Japan konnte seine Interessen nur durch wirtschaftliche Macht wahrnehmen und wurde nun in den Medien beschuldigt, eine „Scheckbuchdiplomatie“ (Ausspruch von ehem. amerikanischen Außenminister James Baker) zu führen und „too little too late“ gehandelt zu haben (Kliman 2006:75). Tokio wurde eine eindimensionale Politik des Geldes vorgeworfen und des Desinteresses gescholten, sich aktiv an der Regelung von Konflikten zu beteiligen (Otto 2002:22). Yoichi Funabashi formulierte es treffend: „In the moment of truth, an economic superpower found itself merely an automatic teller machine - one that needed a kick before dispensing the cash.“ (Funabashi 1991:58).

Die Situation im Golfkrieg stellte für Japan einen Rollenkonflikt dar, der mit Gaupps (1983:151) Kompromittierung als Form der Indisposition beschrieben werden kann: Die Merkmale, politischen Möglichkeiten und Motive des anti-militaristisch orientierten Landes unterschieden sich von den Erwartungen, die an seine Rolle als Allianzpartner durch die USA und an seinen Status als wirtschaftliche Großmacht durch die internationalen Gemeinschaft herangetragen wurden. Dies führte schließlich zu einem Umdenken in der japanischen Verteidigungspolitik, wie in den weiteren Entwicklungen der 90er Jahre, in denen Japan beispielsweise eine führende Rolle im Friedensprozess in Kambodscha einnahm und das International Peace Cooperation (IPC)-Gesetz zur Entsendung von militärischem Personal ins Ausland verabschiedete, deutlich wird (Samuels 2007:191). Somit ist anzunehmen, dass Japan die äußeren Erwartungen annahm und sich diesen im Laufe der 90er Jahre immer mehr anpasste. Es änderte nicht seine Interessen oder Ziele, sondern nur seine Strategien und erweiterte seine eigenen Möglichkeiten und Kapazitäten, um seiner Rolle als verlässlicher Allianzpartner gerecht zu werden und für die internationale Sicherheit eine größere Verantwortung zu übernehmen. Somit fand in den 90er Jahren nicht nur eine Änderung im Rollenverhalten Japans, sondern ein Rollenwandel ersten Grades, eine Rollenadaption statt. Oder um auf Gaupps (1983:152f.) Konfliktlösung zu verweisen: Japan wählte zum Teil eine passive Strategie, indem Tokio zwar mit Missmut auf den „gaiatsu“ aus Washington verwies, sich aber trotzdem immer den amerikanischen Erwartungen versuchte anzunehmen. Manchmal

verfolgte das Land aber auch eine etwas aktivere Strategie, indem dann beispielsweise mit dem IPC-Gesetz von 1992 die eigenen Möglichkeiten und Kapazitäten erweitert und somit nationale Merkmale verändert wurden. Japan sollte sich langsam von einer „peace-loving“ in eine „peace-supporting“ und verantwortungsbewusste Nation entwickeln (Samuels 2007:187).

Durch Fremderwartungen zum Rollenwandel zweiten Grades?

Die starke Kritik an Japans Verhalten während des Golfkrieges Anfang der 90er Jahre hatte offensichtlich seine Spuren hinterlassen. Eine solche Demütigung sollte unbedingt in Zukunft vermieden werden. So machte der Golfkrieg Japan nochmal besonders empfänglich für US-Erwartungen von 1991-2001: mit dem International Peace Cooperation Law, der Clinton-Hashimoto Joint Declaration und den überarbeiteten Verteidigungsrichtlinien zwischen Japan und den USA wurden die amerikanischen Erwartungen in Japan institutionalisiert und sogar das Verbot zur kollektiven Selbstverteidigung immer mehr aufgeweicht (Kliman 2006:76; Akaha 2000:186ff.). Diese Entwicklung wurde von den USA begrüßt und unterstützt (Hughes/Krauss 2007:157). Als dann die Kriege in Afghanistan und Irak stattfanden, sah sich Japan wieder unter Druck, äußere Erwartungen mit dem eigenen Selbstverständnis als pazifistische Nation und der noch immer unverändert antimilitaristischen Verfassung in Einklang zu bringen. Obwohl Japan, wie oben beschrieben, zur „Operation Enduring Freedom“ in Afghanistan bereits einen signifikanten Beitrag leistete, waren die Erwartungen, die SDF auch in den Irak zu schicken, besonders hoch. Die Befürchtung, dass eine erneute Unentschlossenheit und Zögerlichkeit über Japans Beitrag im Irak die außenpolitische Glaubwürdigkeit des Landes stark beschädigen könnte, war nicht von der Hand zu weisen (Japan Times 2003). Im Falle des Irakkrieges erwarteten die USA ohne Zweifel einen sichtbaren Beitrag Japans und verwiesen auf den Golfkrieg als ein Resultat, das diesmal vermieden werden sollte (Kliman 2006:74f.). Dabei äußerten die Amerikaner häufig nur vage Erwartungen, um damit die Verantwortung auf Japan zu legen, das genaue Wesen der Antiterrorismus-Kooperation zu bestimmen und an Tokios Allianzsinne

zu appellieren (Kliman 2006:75). Japan befand sich nun in einem Interrollenkonflikt nach Harnisch et al. (2011:256f.): Die innenpolitischen Erwartungen, dass Japan sich weiter an das Verbot der kollektiven Verteidigung hält und weitestgehend neutral in Sicherheitsfragen bleibt, gingen nicht mit den externen Erwartungen der USA konform. Japan passte sein Rollenverhalten den Fremderwartungen an und schickte seine SDF trotz seiner verfassungsrechtlichen Beschränkungen nicht nur in den Indischen Ozean, sondern auch in den Irak und nahm damit eine noch größere militärische Rolle ein, als dies in den Verteidigungsrichtlinien von 1997 vorgesehen war. Tokio versuchte dabei die Balance zwischen der neuen, engeren Sicherheitskooperation mit den USA und den eigenen traditionellen außenpolitischen Prinzipien, die sich in der Yoshida Doktrin verankert hatten, zu finden (Tsuchiyama 2007:70). Die japanische Elite akzeptierte nun immer mehr die Vision, dass der globale Status, den Japan innehatte, eine bedeutendere, aktivere internationale Rolle erforderte und so wurde vor allem unter Koizumi internationale Verantwortung ein eigener Wert in der Ausführung dieser Rolle (Kliman 2006:76).

Innenpolitisch war der SDF-Einsatz im Irak allerdings sehr umstritten, denn in der Bevölkerung entstand zunehmend der Eindruck, dass Koizumi die Truppen nur in den Irak geschickt hatte, um Präsident Bush zufrieden zu stellen (Economist 2004). Somit war Japan nicht nur in einem Inter- sondern auch in einem Intra-Rollenkonflikt (Harnisch et al. 2011:256): Eine Re-Evaluation nicht nur des Rollenverhaltens, sondern des gesamten Rollenkonzepts der pazifistischen, strikt anti-militaristischen Nation, führte zu innenpolitischen Kontroversen und das Entsenden der SDF in den Irak, noch dazu ohne ein gültiges UN-Mandat, stellte offensichtlich eine Conception-Performance-Gap (Harnisch et al. 2011:254) dar. Doch indem der Fokus darauf gelegt wurde, die externen Erwartungen angesichts der Lehren aus dem Golfkrieg zu erfüllen, konnte die japanische Regierung nach dem 11. September innenpolitisch genügend Druck aufbauen, um die neuen Verteidigungsinitiativen anzustoßen und sich somit den amerikanischen Erwartungen

anzupassen (Kliman 2006:78).

Die USA als Japans wichtigster „Alter“, oder, in Harnischs (2011:8) Bezeichnung, Counter Role, drängten Japan dazu, ihre Kriege in Korea, Vietnam, Kuwait und Irak zu unterstützen und erzeugten im Land immer wieder Unsicherheit über die Vereinbarkeit von Fremderwartungen und eigenem Selbstverständnis, zwischen Alter- und Ego-Part der eigenen Rolle (Maull 2011:188). So sind die Erwartungen der USA, die mit ihrer Einflussnahme auf die japanische Verfassungsgebung in der Nachkriegszeit noch die Grundlagen des japanischen Antimilitarismus und Pazifismus legten, nun an Japan größer als je zu vor, sein sicherheitspolitisches Profil zu verschärfen (Samuels 2007:190). Die Bedeutung, die Japan dieser Allianz und demzufolge den Erwartungen der USA beimisst, wird in einem Interview deutlich, das Koizumi im März 2003 im Zusammenhang mit der japanischen Beteiligung im Irakkrieg gab:

„On the part of the government of Japan, we will go on with our efforts to hold together the importance of the Japan-US alliance and the international coordination. And, above all, in the 50 years in the post war era, our pursuing of international coordination while recognizing the importance of the Japan-US alliance, led Japan to prosperity in peace. Damaging the confidence on the Japan US relationship, fostered by our predecessors, the people of Japan for more than fifty years, in my view, would go against the national interest of Japan.“(Ministry of Foreign Affairs of Japan: 2003).

Auch die Angst vor einer internationalen Isolation, falls Japan nicht angemessen auf die Bedrohungen durch den Terrorismus des 11. September reagiert, und die „fear of abandonment“ durch die USA werden in den Statements der japanischen Führung deutlich:

„If Japan fails to take a responsible action against this sort of terrorism, it will be left isolated in the international community.“(Koizumi, zit.n.Kliman 2006: 78).

“Should we fail to immediately indicate a set of support measures for the US the Japan US alliance itself will be questioned.“(Kantei zit. n. Kliman 2006: 78).

Die Entscheidung zur Unterstützung der

USA im Irakkrieg war somit gewissermaßen auch eine Reflektion des japanischen Bestrebens, die Allianz zu stärken und stärker zu weltweiter Sicherheit und Frieden beizutragen (Togo 2010:85). So wurde Japan immer mehr zu einem „normalen“ Allianzpartner für die USA, der nicht nur militärische Basen, sondern auch militärische Beiträge zu der amerikanischen „Koalition der Willigen“ bereitzustellen hatte (Hughes/Krauss 2007:162). Man könnte in diesem Sinne einen sich entwickelnden Rollenwandel zweiten Grades nach Harnisch et al. (2011:252f.), hervorgerufen durch den Rollenkonflikt und die Interaktion mit der Gegenrolle USA, vermuten, da Japan nun nicht mehr nur seine Strategien und Merkmale anzupassen versucht, sondern auch seine internationalen Interessen und Ziele, beispielsweise durch das Streben nach einem permanenten Sitz im UN-Sicherheitsrat oder die zunehmend stärkere Haltung, die es gegenüber Nordkorea einnimmt, aktiver und neu zu definieren scheint (Berger 2007:259). Dennoch ist bisher nicht erkennbar, dass eine kohärente Außenpolitikstrategie das Rollenkonzept der Yoshida Doktrin ersetzt hätte. Bisher kann man die japanische Außen- und Sicherheitspolitik eher als einen Versuch definieren, eine Balance zwischen den Forderungen der öffentlichen Meinung innerhalb Japans und den Forderungen der USA, also zwischen Ego- und Alter-Part, zu finden (Hughes/Krauss 2007:162).

Fazit

Die Frage, ob es die Fremderwartungen – im Gegensatz zum Ego-Part – sind, die die Außenpolitik eines Staates maßgeblich beeinflussen, kann am Beispiel Japans mit einem klaren „Ja“ beantwortet werden. Da in dieser Arbeit eine lange Zeitspanne zur Untersuchung der japanischen Sicherheitspolitik gewählt wurde, waren die Befunde rollentheoretisch gut interpretierbar. Die Analyse und Gegenüberstellung von Rollenkonzept, Rollenerwartungen und Rollenverhalten von und an Japan hat die These wie folgt belegen können: Japan hat sich, wie oben gezeigt, seit Ende des Zweiten Weltkrieges von den USA in außen- und sicherheitspolitischen Fragen beeinflussen und leiten lassen. Die USA legten mit Artikel 9 der japanischen Verfassung den Grundstein für Japans Pazifismus und pro-

westliche Haltung und machten das Land von ihren Sicherheitsgarantien abhängig. Mit der Zeit wuchsen ihre Erwartungen an den Partner in Ostasien, selbst mehr zur eigenen Verteidigung beizutragen und ein verlässlicher Allianzpartner für amerikanische Sicherheitsstrategien zu sein. Japan, darauf bauend, dass die amerikanischen Sicherheitsgarantien es ermöglichten, den eigenen Pazifismus zu Gunsten der Konzentration auf wirtschaftliche Entwicklung und Wohlstand aufrecht zu erhalten, sah sich bald dazu gezwungen, sich diesen Erwartungen anzupassen. Es rückte zunehmend vom Rollenkonzept der Yoshida Doktrin ab, erhöhte die eigenen Verteidigungsausgaben und erweiterte Stück für Stück den Einsatzbereich der SDF. Überwog im Golfkrieg noch der Einfluss des Ego-Parts – das pazifistische Selbstverständnis der Nation und die Beschränkungen der Verfassung – auf das Rollenverhalten Japans, so waren die Folgen dieser, als unzureichend kritisierten, außenpolitischen Handlungen so gravierend, dass ab Mitte der 90er tiefgreifende Veränderungen in der japanischen Sicherheitspolitik vorgenommen wurden. Diese gipfelten letztlich im Beitrag der SDF in Afghanistan und Irak.

Mit dieser Politik hat sich Japan immer stärker in die globale Strategie der USA einbinden lassen und wird so immer wieder Gefahr laufen, von den USA ungewollt in einen militärischen Konflikt hineingezogen zu werden. Ein japanisches „Nein“ zu amerikanischen Forderungen wird damit immer unwahrscheinlicher. Denn die politischen Eliten Japans haben nicht versucht, das Problem des Widerspruchs zwischen pazifistischer Verfassung und Selbstverständnis auf der einen, und dem immer stärker werdenden militärischen Aspekt der Allianz zu den USA und den damit einhergehenden, steigenden amerikanischen Erwartungenauf der anderen Seite, zu lösen. Mittlerweile scheint es zudem nicht nur seine außenpolitischen Strategien, sondern auch seine Ziele und Interessen neu zu definieren, was auf einen Wandel im eigenen Rollenkonzept, und damit einen Rollenwandel zweiten Grades, schließen lässt. Doch ob Japan je das Selbstverständnis als pazifistische Nation ganz aufgeben wird und kann ist fraglich. Die bemerkenswerte Kritik in der Bevölkerung bezüglich der Irak-Entscheidung der Koizumi-Administration ist nur ein Beweis dafür, wie tief der Pazifismus in Japan verankert ist. Auf der anderen

Seite ist bisher auch nicht erkennbar, dass eine Veränderung der japanischen Allianzpolitik zu den USA zu erwarten ist. Die außenpolitische Elite erwartet von den USA nach wie vor, ein zuverlässiger und starker Partner für Japan zu sein. So ist anzunehmen, dass eine Veränderung des bisherigen Status quo von den USA ausgehen müsste, beispielsweise durch ein mögliches, zunehmendes Desinteresse an Japan zugunsten stärkerer amerikanisch-chinesischer Beziehungen. Dies wäre – einhergehend mit der Gefahr des Zusammenbruchs der amerikanisch-japanischen Sicherheitsallianz – nach wie vor ein Alptraum-Szenario für Tokio, was letztlich zu einer Veränderung der Grundprinzipien der japanischen politisch-militärischen Kultur führen könnte. Damit es nicht erst so weit kommen muss, sollte Japan die eigene Rolle, die es in der internationalen Politik einnehmen will, stärker und vor allem autonomer definieren, ebenso wie die eigenen Möglichkeiten und Pflichten im Bereich des Einsatzes der SDF und der kollektiven Selbstverteidigung. Die Aufgabe, das eigene Rollenkonzept neu zu definieren und dabei die eigenen Grundprinzipien ebenso wie die Allianz zu den USA besser miteinander in Ausgleich zu bringen, ist eine Herausforderung, der sich Japan früher oder später stellen müssen.

Am Beispiel des Einflusses der USA auf die Entwicklung der japanischen Sicherheitspolitik konnte die Position von Holsti, Kirste und Maull – dass der Ego-Part nationaler Rollenkonzepte mehr Einfluss auf die Außenpolitik von Staaten hat, als die Rollenerwartungen anderer Akteure – widerlegt werden. Ob dieses Fallbeispiel allerdings nur einen Ausnahmefall darstellt, der ausschließlich auf Japan, auf Grund dessen besonderer Verfassung, oder ausschließlich auf die USA, auf Grund deren besonderen Status als Supermacht, zutrifft, müsste in einer weiterführenden Untersuchung geklärt werden. Es wurde jedoch offensichtlich, dass es in der Rollentheorie im Allgemeinen noch großen Raum und Bedarf für spezifischere Forschung zur Bedeutung von Fremderwartungen und deren Einfluss auf Rollen, Rollenkonzepte und Rollenwandel gibt. ■■■

Literaturverzeichnis

Akaha, Tsuneo, 2000: *U.S.-Japan Relations in the Post-Cold War Era: Ambiguous Adjustment to a Changing Strategic Environment*, in: Inoguchi, Takashi / Purnendra, Jain (Hg.): *Japanese Foreign Policy Today*, New York: Palgrave, 177-193.

Aoi, Chiyuki, 2004: *Asserting Civilian Power or Risking Irrelevance? Japan's Post-Cold War Policy Concerning the Use of Force*, in: Katada, Saori N. et al. (Hg.): *Global Governance. Germany and Japan in the international system*, Ashgate Publishing Company, 111-129.

Berger, Thomas U., 1996: *Norms, Identity and National Security in Germany and Japan*, in: Katzenstein, Peter J. (Hg.): *The culture of National Security. Norms and Identity in World Politics*, New York: Columbia University Press, 317-356.

Berger, Thomas U., 2007: *The pragmatic liberalism of an adaptive state*, in: Berger, Thomas U. et al. (Hg.): *Japan in International Politics: The Foreign Policies of an Adaptive State*, Lynne Rienner Publishers, Inc., 259-299.

Breuning, Marijke, 2011: *Role theory research in international relations: state of the art and blind spots*, in: Harnisch, Sebastian et al. (Hg.): *Role theory in international relations. Approaches and analyses*, London: Routledge, 16-36.

Economist, 4. November 2004: *A dreadful decision. A murdered hostage in Iraq highlights a rough patch for Junichiro Koizumi*, verfügbar unter: <http://www.economist.com/node/3364671>; (15.11.2011).

Funabashi, Yoichi, 1991: *Japan and the new world order*, in: *Foreign Affairs* 70/5, 58-74.

Gaupp, Peter 1983: *Staaten als Rollenträger. Die Rollentheorie als Analyse-Instrument von Außenpolitik und internationalen Beziehungen*, Bern.

Harnisch, Sebastian, 2011: *Role theory: operationalization of key concepts*, in: Harnisch, Sebastian et al. (Hg.): *Role theory in international relations. Approaches and analyses*. London: Routledge, 7-16.

Harnisch, Sebastian et al., 2011: *Conclusion: role theory, role change and the international social order*, in: Harnisch, Sebastian et al. (Hrsg.): *Role theory in international relations. Approaches and analyses*, London: Routledge, 252-262.

Holbrooke, Richard, 1991: *Japan and the United States: Ending the unequal partnership*, in: *Foreign Affairs*, 70/5, 41-57.

Holsti, Kalevi J. 1970: *National Role Conceptions in the Study of Foreign Policy*, in: *International Studies Quarterly*, 14/3, 233-309.

Hughes, Christopher / Krauss, Ellis S., 2007: *Japan's New Security Agenda*, in: *Survival*, 49/2, 157-176.

Inoguchi, Takashi, 2004: *The Evolving Dynamics of Japan's National Identity and Foreign Policy Role*, in: Katada, Saori N. et al. (Hrsg.): *Global Governance. Germany and Japan in the international system*, Ashgate Publishing Company, 31-53.

Japan Times, 24. August 2003: *Japan again risking too little, too late*, verfügbar unter: <http://www.japantimes.co.jp/text/eo20030824a1.html>; (15.11.2011).

Kirste, Knut / Maull, Hanns W., 1996: *Zivilmacht und Rollentheorie*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 2/3, 283-312.

Kliman, Daniel M., 2006: *Japan's security strategy in the post- 9/11 world: embracing a new realpolitik*, Westport: Praeger.

Maull, Hanns W., 1990/1991: *Germany and Japan: The new civilian powers*, in: *Foreign Affairs*, 69/5, 91-106.

Maull, Hanns W., 2004: *Japan- Gescheiterte Ambitionen als globale und regionale*

Zivilmacht in Ostasien, verfügbar unter: http://192.68.214.70/blz/web/old_100111/maull.pdf; (15.11.2011).

Maull, Hanns W., 2011: *Hegemony Reconstructed? America's role conception and its "leadership" within its core allies*, in: Harnisch, Sebastian et al. (Hg.): *Role theory in international relations. Approaches and analyses*, London: Routledge, 167-194.

Michizuki, Mike M., 2007: *Japan's Changing International Role*, in: Berger, Thomas U. et al. (Hrsg.): *Japan in International Politics: The Foreign Policies of an Adaptive State*, Lynne Rienner Publishers, Inc., 1-23.

Ministry of Foreign Affairs of Japan, 18. März 2003: *Prime Minister Junichiro Koizumi's Interview on the Issue of Iraq*, verfügbar unter: http://www.mofa.go.jp/region/middle_e/iraq/pm_int0303.html; (21.11.2011).

Otto, Carsten, 2002: *Zwischen Bilateralismus und Multilateralismus: japanische Sicherheitspolitik in Asien-Pazifik seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes*, Frankfurt am Main (u.a.): Peter Lang GmbH.

Samuels, Richard J., 2007: *Securing Japan: Tokyo's grand strategy and the future of East Asia*, Cornell University Press.

Sato, Yoichiro, 2008: *Three Norms of Collective Defense and Japan's Overseas Troop Dispatches*, in: Sato, Yoichiro / Hirata, Keiko (Hg.): *Norms, Interests, and Power in Japanese Foreign Policy*, New York: Palgrave Macmillan, 93-111.

Stahl, Bernhard, 2006: *Frankreichs Identität und außenpolitische Krisen- Verhalten und Diskurse im Kosovo-Krieg und in der Uruguay-Runde des GATT*, Baden-Baden: Nomos.

Tanaka, Akihiko, 1995: *The Domestic Context: Japanese Politics and UN Peacekeeping*, in: Harrison, Selig S. (Hg.): *UN Peacekeeping. Japanese and American Perspectives*, Washington D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, 89-109.

Togo, Kazuhiko, 2010: Japan's Foreign Policy: 1945-2009: The Quest for a Proactive Policy, Leiden: Brill.

Tsuchiyama, Jitsuo, 2004: Why Japan is Allied: Politics of the US-Japan Alliance, in: Katada, Saori N. et al. (Hg.): Global Governance: Germany and Japan in the international system, Ashgate Publishing Company, 71-89.

Tsuchiyama, Jitsuo, 2007: War Renunciation, Article 9, and Security Policy, in: Berger, Thomas U. et al. (Hg.): Japan in International Politics: The Foreign Policies of an Adaptive State, Lynne Rienner Publishers, Inc., 47-57.

Impressum

*PJS - Passauer Journal für Sozialwissenschaften.
Studentische Fachzeitschrift
Platonische Freundschaften
Heft 2/2012 (Mai), Jahrgang 1
www.pjs-online.de*

Herausgeber

*Hochschulgruppe PJS – Passauer Journal für
Sozialwissenschaften
c/o Julian Ignatowitsch
Vilshofener Str. 16
94034 Passau
redaktion@pjs-online.de*

Redaktion

*Julian Ignatowitsch (verantwortlich)
Vanessa Jansche
Robin Lucke
Lukas Zech*

Design & Layout

*Zech Dombrowsky Design, Berlin
Julian Ignatowitsch & Robin Lucke*

Die publizierten Artikel stellen die Meinung der jeweiligen Autorinnen und Autoren, nicht der Redaktion dar. Alle Texte und Bilder sind urheberrechtlich geschützt. Vollständiger oder auszugsweiser Nachdruck oder Online-Publikation nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung durch die PJS-Redaktion.